PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erschein. im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Auflage: 55 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Montag, 18.11.1974, fertiggestellt.

21. November 1974 Jg. 2 Nr. 25 50 Pfennig

Gegen die Hetzkampagne der Bourgeoisie:

Beharren auf der Forderung: „Weg mit der Isolationshaft!"

Am Montag, dem 18. November gegen 9 Uhr ist Holger Meins auf dem Hamburger Friedhof Stellingen beerdigt worden. Über 2 400 Menschen zogen nach der Beerdigung in einer Demonstration zum Bahnhof Sternschanze. Am Nachmittag demonstrierten erneut über 2 200 Menschen vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt und forderten zur Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen auf. Der Senat hatte ein massives Polizeiaufgebot und Bundesgrenzschutz – insgesamt 1 500 Mann – zusammengezogen.

Die Demonstration stieß auf große Aufmerksamkeit. Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) beteiligte sich mit seinen örtlichen Kräften an den Demonstrationen. Die Genossen haben Stände an verschiedenen Stellen der Stadt gemacht. Mehr als sonst wurde die Kommunistische Volkszeitung verkauft.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat in vielen Städten am Montag einen Agitationstag durchgeführt, um
Städten am Montag einen Agitationstag durchgeführt, um
an möglichst vielen Orten der Hetze der herrschenden Klasse entgegenzutreten und aus Anlaß der Beerdigung verstärkt die Ziele des Hungerstreiks zu unterstützen. So hat z.B. die Bremer Ortsgruppe eine breite Stand- und Flugblattagitation an vielen Stellen der Stadt durchgeführt. Anschließend demonstrierten erneut 400 Menschen in der Innenstadt. In Köln folgten am Nachmittag 400 Menschen dem Aufruf des Komitees gegen die Isolationshaft, der von der Gruppe Rote Fahne und dem KBW unterstützt wurde. In zahlreichen Diskussionsgruppen wurde noch lange nach der Demonstration heftig über die Ziele der streikenden Gefangenen diskutiert.

All dies zeigt, daß die Häftlinge in ihrem gerechten Kampf keineswegs isoliert sind und daß es möglich ist, der Hetze der Bourgeoisie erfolgreich entgegenzutreten.

Um sich in der Öffentlichkeit aus der Verantwortung für den Tod von Holger Meins herauszuwinden und aus dem Tod des Berliner Richters von Drenkmann politisches Kapital zu schlagen, hat die bürgerliche Klasse ein wildes Sperrfeuer gegen die wachsende Zahl derer eröffnet, die die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen anpran-
die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen anpran-
gern. Mit einer Kundgebung in Westberlin, voran die politischen Spitzen der Republik, will sie den Durchbruch nach vorn erreichen. **(Siehe auch Seite 3)**

Während die Bourgeoisie gegen das "organisierte Verbrechertum" – 'Bild'-Boehnisch: "Ihr könnt nicht das ganze Volk ... niederknallen" – wütet, versucht sie mit wirren Gerüchten, die einfache Tatsache, daß die Justizbehörden Holger Meins haben draufgehen lassen, ins Zwielicht zu bringen.

Ausgerechnet Rechtsanwalt Haag, der Meins' lebensgefährliche Situation entdeckte und sofort ein dringliches Gesuch an Richter Prinzig richtete, soll selbst den Tod verschuldet haben. Gift oder Zigaretten. Verkehrte Welt!

Der Vorsitzende der Bundesrechtsanwaltskammer, Vigano, fordert Anklage wegen unterlassener Hilfeleistung! Justizminister Vogel hat Strafantrag gegen vier Rechtsanwälte wegen Verleumdung von Staatsorganen gestellt.

Der Angriff gegen die Rechtsanwälte der Häftlinge kommt nicht von ungefähr. Die konsequente Arbeit der Rechtsanwälte vor den Gerichten ist der herrschenden Klasse unbequem geworden. Unter der Deckung ihrer Hetzkampagne unter dem Namen "Recht" und "Gesetz" versucht die Bourgeoisie jetzt möglichst unbeobachtet, die Drahtverhaue ihrer Festung dichter zu legen und Lücken zu schließen.

Wir haben über das geplante Verteidigerausschlußgesetz schon in der KVZ Nr.21/74 berichtet. Durch dieses Gesetz kann in politischen Strafprozessen jeder konsequente Verteidiger ausgeschlossen werden, wenn man Verdachtsgründe findet dafür, daß er selbst an der Tat teilgenommen oder sie begünstigt habe. In Staatsschutzsachen auch im Falle von "Gefahr für die Sicherheit der BRD", was vieles heißen kann.

Jetzt hat am 15.11. die Konferenz der Justizminister zusätzlich beschlossen, daß der Verkehr zwischen Verteidiger und Angeklagten überwacht werden kann. Wenn der Verdacht konspirativer Beziehungen besteht, steht beim Gespräch immer ein Richter dabei. Es wird sicher nicht schwer sein, einen solchen Verdacht auszutüfteln.

Wenn Angeklagte durch die Isolations- und Vernichtungshaft verhandlungsunfähig geworden sind, soll das den Gang der "Gerechtigkeit" nicht mehr aufhalten können. Mußten die Angeklagten bisher zumindest bei der Prozeßeröffnung dabei sein, soll es jetzt auch ohne sie gehen.

Die Gerichte sollen wie die Parlamente eine Bannmeile erhalten.

Mit all dem soll die Isolation von jedem gesellschaftlichen Verkehr bis zur äußersten Perfektion getrieben werden. Der Angeklagte soll in dieser lückenlosen Absperrung zermalmt werden.

Der baden-württembergische Justizminister Bender hat bestritten, daß es sich hier um eine 'Lex Baader-Meinhof' (Baader-Meinhof-Gesetz) handeln würde. Da hat er recht: Es handele sich nämlich um "Vorschriften, die für alle künftigen Verfahren gelten sollen und auch heute schon außerhalb des Baader-Meinhof Komplexes erforderlich seien". (Frankfurter Rundschau, 16.11.)

Justizminister Vogel ging in "Bild am Sonntag" noch einen Schritt weiter. Er will gleich die Verbreitung von Büchern, in denen zum Beispiel Anweisungen zum Guerilla-Krieg enthalten seien, verbieten.

Was die herrschende Klasse fürchtet, ist aber gewiß nicht so sehr die Verbreitung von Bombenrezepten. Was sie fürchtet, ist die Ausbreitung des Gedankens, daß die Ausbeutung und Unterdrückung abgeschafft werden muß. Es ist das Recht auf Revolution, das mit allen Angriffen auf die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes getroffen werden soll.

Vom 25.11. bis 6.12. wird R.J.K. Chiwara, der Vertreter der ZANU (Zimbabwe National Union), der Befreiungsorganisation von Zimbabwe, auf Einladung des KBW eine Rundreise durch die Bundesrepublik vornehmen und in den folgenden Städten auf Solidaritätsveranstaltungen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Kolonialistenregime sprechen. Solidaritätsveranstaltungen finden statt:

25.11.	Mannheim
26.11.	Trier
27.11.	Frankfurt
28.11.	Westberlin
29.11.	Bochum
30.11.	Dortmund
1.12.	Herne
2.12.	Göttingen
3.12.	Hildesheim
4.12.	Kiel
5.12.	Hamburg
6.12.	Bremen

Das ist eine Fotomontage.
Doch sie zeigt, was wirklich los ist: Statt AEG hätte man auch die Firmentafeln von VW, BASF, Siemens, Bosch oder Daimler-Benz nehmen können.

Was ist los in der UNO?...

Die Bedeutung der Vorgänge in der UNO um Südafrika und Israel

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat im Verlauf ihrer diesjährigen Tagung zwei entscheidende politische Beschlüsse gefaßt. Der eine ist der Beschluß, das Stimm-, Rede- und Antragsrecht der Südafrikanischen Republik für den Rest der Tagung aufzuheben. Der andere ist die Entscheidung in der derzeit laufenden Palästina-Debatte, jedem Staat nur einmal zu gestatten, das Wort zur Sache zu ergreifen.

Beide Maßnahmen sind zunächst vom Präsidenten der Vollversammlung, dem algerischen Außenminister Bouteflika, kraft seines Amtes verfügt worden. Als eine Abstimmung darüber verlangt wurde, zeigte sich, daß jeweils eine Mehrheit von einmal 90 und einmal 75 Staaten diese Maßnahmen für richtig hielt, während rund 20 Staaten dagegen waren und der Rest sich der Stimme enthielt. In treuer Gefolgschaft zu den USA hat die Bundesrepublik jedesmal mit Nein gestimmt.

Das südafrikanische Siedlerregime ist ungerecht! Der Ausschlußantrag ist gerecht.

Sehen wir uns die Beschlüsse an: Wie ist der Südafrika-Beschluß zustandegekommen? Vorausgegangen ist ein Antrag von einer Reihe von Staaten, Südafrika aus der UNO auszuschließen. Die Staaten begründeten diesen Antrag damit, daß die Südafrikanische Republik bisher keinen der UNO-Beschlüsse befolgt habe und weder bereit sei, seine völkerrechtswidrige Herrschaft über Namibia (Südwestafrika) aufzugeben noch einlenke in der Frage der Apartheid. Anstatt die Politik der Rassentrennung aufzugeben und der afrikanischen Bevölkerung in Südafrika die volle Gleichberechtigung zu geben, ver-

Fortsetzung Seite 2

Krisenpolitik der Bundesregierung:

Aus den Lohnabhängigen rauspressen, um die Löcher im Staatshaushalt zu stopfen

Jetzt hat auch die Bundesregierung zugeben müssen, daß die Verschuldung des Staates im nächsten Jahr 55 Milliarden DM betragen wird. Auf fünf Jahre hinaus gebe es keine Reformen mehr. Aber mit 10 Milliarden DM sollen die Kapitalisten gespritzt werden, damit sie wieder Lust zum Investieren bekommen. Dafür sollen die Lohnabhängigen bluten. Gegen die Lohnforderungen im öffentlichen Dienst hat Bundesfinanzminister Apel den offenen Kampf angesagt. Er werde auch einen Streik in Kauf nehmen, hat er gesagt. Dabei rechnet er auf öffentliche Unterstützung, weil im Volk der Haß gegen die riesigen Staatsausgaben und die Steuerausplünderung groß ist, und versucht ihn gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst zu wenden. Bei den Personalausgaben sind es aber die Gehälter der Ministerialen, die Diäten der Abgeordneten und Minister und nicht die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, die aus den Steuereinnahmen fett werden. Hart gegen die Lohnabhängigen, um den Kapitalisten die verschärfte Ausbeutung abzusichern, das ist der Kurs der Regierung und auch der CDU/CSU-Opposition, die einen Vorschlag gemacht hat, die Personalausgaben im öffentlichen Dienst zu kürzen.

Daß es der Regierung dabei nicht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit geht, hat unmißverständlich Bundeswirtschaftsminister Friderichs geäußert. "Entscheidender als die vorübergehende Zahl der Arbeitslosen, die uns selbstverständlich Sorge bereitet, sei für ihn die Frage, ob sich in Kürze wieder ein Anstieg der Auftragseingänge unserer Industrie und eine verstärkte Investitionstätigkeit der Unternehmer erkennen läßt", sagte Bundeswirtschaftsminister Friderichs laut "Süddeutsche Zeitung" vom 13. November. Mit dieser Äußerung bewegt er sich auf der gleichen Linie wie bisher alle Regierungsäußerungen, wobei er seine Verachtung gegenüber den Volksmassen nur noch offener ausdrückt. Aber das haben sie alle gesagt. Von Schmidt bis zum DGB-Vorsitzenden Vetter haben alle gesagt, die Wirtschaft käme nur wieder in Gang, wenn die Investitionen, das heißt die Profite steigen. Und so ist das auch im Kapitalismus. Die kapitalistische Wirtschaft funktioniert nur mit Profit, und wenn sie nicht funktioniert, schreien die Kapitalisten und ihre Staatsdiener nach mehr Profit. Doch wegen der Jagd nach Profit kommt es auch zu den Krisen, denn mit jedem Profit müssen die Kapitalisten mehr Profit machen, investieren, um wieder Profit zu machen, und so kommt es zur Überproduktion, zur Krise. Dann können sie ihre Waren nicht absetzen und ihre Maschinen nicht auslasten, und dann klappt's nicht mehr mit dem Profit, und dann schreien sie nur, wir müssen wieder mehr Profit machen, und das Spiel soll von neuem beginnen.

Man sieht also, wenn man sich am Wohl der kapitalistischen Wirtschaft orientiert, dann muß man sich auf Gedeih und Verderb am Profit orientieren. Und diese Orientierung ist eine Orientierung, die bedeutet, Gedeih für die Kapitalisten, Verderb für die Lohnabhängigen. Denn der Profit kommt aus der Ausbeutung, mehr Profit heißt mehr Ausbeutung.

Das ist auch der Kern aller Krisenprogramme und deshalb können sie gar nicht bedeuten: Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Sicherung des Lebensstandards der Massen. Vielmehr

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt:



Wo ein Volk für seine gerechte Sache kämpft, da haben auch die Kinder klaren Durchblick. Palästinenser Kinder im Libanon.

Was ist los in der UNO?... Fortsetzung von Seite 1

schärft das Vorster-Regime in Pretoria die Rassentrennung. Diese Gründe, die für den Ausschluß von Südafrika angeführt worden sind, sind höchst gerecht und der weitere Verbleib dieses Rassistenregimes in der Weltorganisation ist höchst ungerecht. Was aber machten die Imperialisten, besonders die Supermacht USA? Sie nutzten ihre Stellung als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO und legten ihr Veto gegen eine Behandlung dieses Antrags in der Vollversammlung ein. (Die USA haben ein großes Interesse an Südafrika als Eckpfeiler seiner auf die Weltherrschaft ausgerichteten Politik. So wurde gleichzeitig bekannt, daß Pläne von der NATO ausgearbeitet worden sind, um die Südafrikanische Republik in dieses Militärbündnis einzugliedern.)
Wir sehen daran: Die Aufregung um die Aufhebung der Rechte Südafrikas in der Vollversammlung ist ganz ungerechtfertigt. Dieses Geschrei ist deshalb auch nichts weiter als das Gekreische eines Diebes, dem man auf die Schliche gekommen ist und der sich jetzt zu retten versucht, indem er lauthals schreit: Haltet den Dieb!

Weltherrschaft ausgerichteten Politik. So wurde gleichzeitig bekannt, daß Pläne von der NATO ausgearbeitet worden sind, um die Südafrikanische Republik in dieses Militärbündnis einzugliedern.)
Wir sehen daran: Die Aufregung um die Aufhebung der Rechte Südafrikas in der Vollversammlung ist ganz ungerechtfertigt. Dieses Geschrei ist deshalb auch nichts weiter als das Gekreische eines Diebes, dem man auf die Schliche gekommen ist und der sich jetzt zu retten versucht, indem er lauthals schreit: Haltet den Dieb!

Aber dieses Geschrei wird kein Volk der Welt täuschen über die wahren Diebe und Räuber: Die Räuber sind die Imperialisten, die jetzt mit der Entrüstung des Biedermannes der Mehrheit der UNO-Vollversammlung vorwerfen, sie verstoße gegen den Geist und die Satzung der Weltorganisation. Die Imperialisten sind es, die das Siedlerregime in Südafrika unaufhörlich unterstützten und die Beherrschung der afrikanischen Bevölkerung brutal für ihre Interessen ausnutzen. Sie verstoßen gegen die Beschlüsse der UNO.

Das Geschrei von der "ungerechten Behandlung Israels" ist gegen die UNO gerichtet und soll einen neuen Krieg vorbereiten.

In der Palästina-Debatte ist die Sache nicht viel anders. Israel, so heißt es in der Presse der Imperialisten, sei durch diesen Beschluß "ungerecht" behandelt worden. Es könne nur einmal reden, während die Palästinenser viele Freunde hätten und in Wirklichkeit ihre Interessen von den arabischen Staaten vorgebracht würden.
Was ist der Grund für das Geschrei von der ungerechten Behandlung?

Auf der einen Seite ist die Tatsache unwiderlegbar geworden, daß das zionistische Unterdrückerregime in der ganzen Welt isoliert ist, daß es keine Freunde hat. Selbst die Imperialisten – allen voran die Supermacht USA – wagen nicht, in der Vollversammlung der Vereinten Nationen offen und rückhaltlos für dieses Regime einzutreten. Warum soll ein solcher Staat häufiger dran kommen als andere Staaten, warum sollen ihm Vorrechte eingeräumt werden? Denn der Anspruch Israels, häufiger zu Wort kommen zu können, ist der Anspruch auf ein Vorrecht. Die Verweigerung von Vorrechten aber ist gerecht und nicht ungerecht.
Auf der anderen Seite machen die Imperialisten das Geschrei um die ungerechte Behandlung Israels, um damit die UNO in Mißkredit zu bringen und die Autorität der Weltorganisation zu untergraben. Sie benutzen das Argument von der ungerechten Behandlung Israels, um sich offener auf einen neuen Krieg im Nahen Osten vorbereiten zu können und um vorzubereiten, daß sie sich nicht an die Beschlüsse der UNO in der Palästina-Frage gebunden fühlen.

ein Vorrecht. Die Verweigerung von Vorrechten aber ist gerecht und nicht ungerecht.
Auf der anderen Seite machen die Imperialisten das Geschrei um die ungerechte Behandlung Israels, um damit die UNO in Mißkredit zu bringen und die Autorität der Weltorganisation zu untergraben. Sie benutzen das Argument von der ungerechten Behandlung Israels, um sich offener auf einen neuen Krieg im Nahen Osten vorbereiten zu können und um vorzubereiten, daß sie sich nicht an die Beschlüsse der UNO in der Palästina-Frage gebunden fühlen.

Die "Krise der UNO"

Die Imperialisten zielen auch darauf ab, die Weltorganisation zu schwächen und zu zerstören. In der UNO-Vollversammlung hat jeder Staat eine Stimme. Dieses gerechte und vollkommen demokratische Prinzip hat dazu geführt, daß die Sache der Völker der Welt unaufhörlich gestärkt wird, während dieImperialisten in ihrem Streben nach Macht und Einfluß über andere Völker eine Niederlage nach der anderen hinnehmen müssen. Wenn die Imperialisten die demokratischen und gerechten Entscheidungen hinsichtlich Südafrika und Israel jetzt zum Anlaß nehmen, um von der Krise der UNO zu reden, dann ist das nichts weiter als ihre eigene Krise, als die Krise ihrer Herrschaft, von der sie reden. Das wird erneut deutlich werden in der Debatte über die Kambodscha-Frage, wenn es darum geht, die Lon-Nol-Clique, die eine Marionette der US-Imperialisten ist, aus der Weltorganisation auszuschließen und die GRUNK, die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha, wieder in ihre legitimen Rechte einzusetzen.

– g.j. –

Spenden für die KVZ-Wochenzeitung vom 31. Oktober bis 7. November

E.K.G., Gießen	20,00 DM
G.M., Kiel	75,00 DM
KSB Bremen	200,00 DM
G.K., Leserkreis Neckargemünd	34,00 DM
SG des KBW Herdecke	500,00 DM
Krankenhauszelle Kiel	40,00 DM
SG des KBW Friedrichshafen	100,00 DM
KHG Köln	200,00 DM
M.R., Frankfurt	10,00 DM
SG des KBW Würzburg	156,00 DM
R.O., Heidelberg	50,00 DM
KHG Westberlin	50,00 DM
KHG Freiburg	1 125,00 DM
SG des KBW Goslar	40,33 DM
Sammlung Buchladen Frankfurt	230,00 DM
Soldaten- und Reservisten-Komitee Wiesbaden	50,00 DM
E.F., Heidelberg	50,00 DM
KG Alfeld	140,00 DM
J.W., Baierbrunn	25,00 DM
J.M., Bremen	32,00 DM
GUV Münster	190,00 DM
KHG Köln	1 156,00 DM
U.R., Tübingen	128,32 DM
D.A., Hamburg	50,00 DM
F.K., Mannheim	30,00 DM
KG Hagen	30,00 DM
SG des KBW Aachen	300,00 DM
KOB Göttingen	130,00 DM
H.F., Kiel	500,00 DM
P.M., Westberlin	380,00 DM
KG Krefeld	83,00 DM
KSB Bremen	200,00 DM
Sympathisanten aus Weinsberg	15,00 DM
SG Sinsheim	200,00 DM
H.-W.M., Frankfurt	20,00 DM
SG Herne	60,00 DM
H.SK., Kiel	20,00 DM
B.W., Tönisvorst	420,00 DM
OG Hildesheim	240,00 DM
B.R., Vorsfelde	60,00 DM
Skatrunde Klingenteich Heidelberg	178,00 DM
KSO Gießen	1 060,00 DM
Skatclub Rote Flöte Paderborn	31,61 DM
OAG Speyer	125,00 DM
KHG Hannover	150,00 DM
KG Konstanz	200,00 DM
H.O., Kiel	200,00 DM
SG des KBW Peine	420,00 DM
U.Sch. und H.Sa., Heidelberg	100,00 DM
D.-E., Lüneburg	10,00 DM
S.St. und W.F., Westberlin	50,00 DM
KHG Heidelberg	50,00 DM
OAG Dortmund	250,00 DM
H.H.V., Kiel	480,00 DM
GUV Freiburg	190,00 DM
GUV Freiburg	560,00 DM

Forts. „Krisenpolitik der Bundesregierung"

ist es so, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gar nicht geplant ist, sondern ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit aufrechterhalten werden soll, um dauerhaft Druck auf die Löhne ausüben und die Ausbeutung erhöhen zu können.

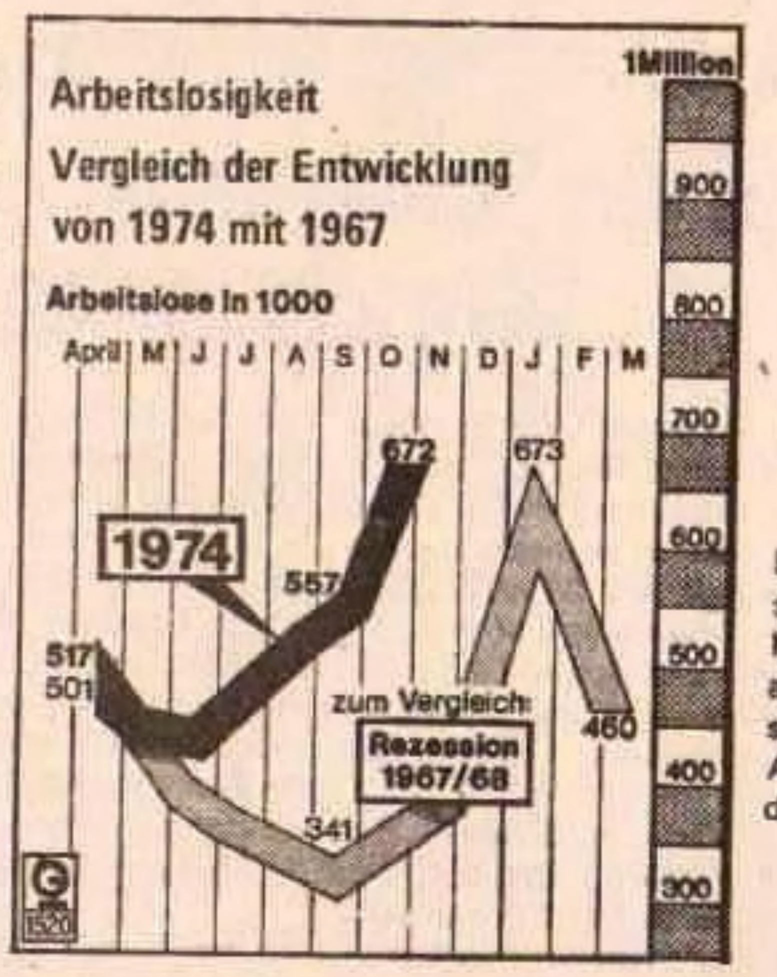
Doch einig sind sich die Politiker gar nicht darüber, wie sie das bewerkstelligen wollen. Denn erstens ist die Krise des Kapitalismus so, daß alle Erhöhung der Ausbeutung gar nicht gleich ein weiteres Absinken des Absatzes und der Produktion verhindern kann, weil der Kapitalismus auf die Dauer gar nicht lebensfähig ist und seine Krise derzeit auf der ganzen Welt politisch und wirtschaftlich zunimmt, und zweitens bedeutet die Zunahme des sozialen Elends der Massen einen sozialen Sprengstoff, der geeignet ist, den Todeskampf dieses Systems zu verkürzen, weil die Arbeiterklasse und die Volksmassen da nicht mehr länger mitmachen. Und jede soziale Erschütterung fördert die Einsicht, daß dieses System beseitigt werden muß – und nicht nur diese Einsicht, sondern auch die Tätigkeit und den Widerstand der Arbeiterklasse zusammen mit den breiten Volksmassen.

Die SPD hofft es so hinzukriegen, daß sie mit Milliarden Staatsaufträgen eine Besserung bis zu den Wahlen in Nordrhein-Westfalen hinkriegt, und hat zugleich Angst, daß sie ihr Pulver dann für die Bundestagswahlen schon verschossen hat. Denn sie schätzt die längerfristigen Wirkungen ihres Ankurbelungsprogramms ganz pessimistisch ein.
Die FDP will sich dadurch bei den Unternehmern wieder größeres Ansehen verschaffen, indem sie Pläne vorbereitet für umfangreiche Steuersenkungen für die Kapitalisten.
Derweil hat die Regierung schon zwei Maßnahmen beschlossen, die nichts anderes darstellen als eine Steuererhöhung für die Massen direkt zugunsten der Kapitalisten. Erstens die Einführung des Kohlepfennigs auf den Stromverbrauch. Das heißt, die Stromrechnungen werden um 3 % teurer. Das Geld sollen die Ruhrkohle-Kapitalisten erhalten, die damit

stisch ein.
Die FDP will sich dadurch bei den Unternehmern wieder größeres Ansehen verschaffen, indem sie Pläne vorbereitet für umfangreiche Steuersenkungen für die Kapitalisten.
Derweil hat die Regierung schon zwei Maßnahmen beschlossen, die nichts anderes darstellen als eine Steuererhöhung für die Massen direkt zugunsten der Kapitalisten. Erstens die Einführung des Kohlepfennigs auf den Stromverbrauch. Das heißt, die Stromrechnungen werden um 3 % teurer. Das Geld sollen die Ruhrkohle-Kapitalisten erhalten, die damit

nicht etwa die Kohleförderung hier beleben, sondern sich ganze Zechen in den USA kaufen.
Zum zweiten sind die Pauschalen für Instandhaltungs- und Verwaltungskosten bei den Sozialmieten erhöht worden. Das bedeutet, daß die Sozialmieten um durchschnittlich 20 DM ohne Nachweis tatsächlicher Kostenerhöhungen von den Wohnungsgesellschaften erhöht werden können. So will die Bundesregierung die Baukapitalisten subventionieren, ohne daß es den Staat einen Pfennig kostet, durch direkte Erhöhung der Ausplünderung der Sozialmieter.

So ratlos die bürgerlichen Politiker sind, wie sie die Krise meistern sollen, so einig sind sie auf der anderen Seite, daß die Lohnabhängigen bluten sollen.



Die Arbeitslosenzahlen sind im Herbst 1974 schon höher als im Januar 1967, als die Krise von 66/67 sich am schärfsten in den Arbeitslosenzahlen ausdrückte.

„Freiheitskundgebung"

In Westberlin versucht die Bourgeoisie für ihre Unterdrückungspolitik zu mobilisieren

In Westberlin haben für den 21. November die Industrie- und Handelskammer und der Deutsche Gewerkschaftsbund die CDU, FDP und die SPD, der Deutsche Richterbund und der Westberliner Senat zu einer "Freiheitskundgebung gegen den Terrorismus" aufgerufen. Ab 16 Uhr sollen alle Betriebe schließen, was die Kapitalisten wenig kostet und einen früheren Feierabend vor allem für die Angestellten und Beamten in den Verwaltungen des öffentlichen Dienstes

„Freiheitskundgebung"

In Westberlin versucht die Bourgeoisie für ihre Unterdrückungspolitik zu mobilisieren

In Westberlin haben für den 21. November die Industrie- und Handelskammer und der Deutsche Gewerkschaftsbund die CDU, FDP und die SPD, der Deutsche Richterbund und der Westberliner Senat zu einer "Freiheitskundgebung gegen den Terrorismus" aufgerufen. Ab 16 Uhr sollen alle Betriebe schließen, was die Kapitalisten wenig kostet und einen früheren Feierabend vor allem für die Angestellten und Beamten in den Verwaltungen des öffentlichen Dienstes

bedeutet. Sprechen sollen auf der Kundgebung der Bundespräsident Scheel, der Leiter des Bundesverfassungsgerichtes Benda und der Regierende Bürgermeister von Westberlin Schütz. Ebenfalls wird die Bundestagspräsidentin Renger anwesend sein.

Es sind die höchsten Würdenträger der Republik, welche man aufmarschieren läßt um den Kampf um die Meinung des Volkes zu entscheiden. In Westberlin ist dieser Meinungsstreit im Volk mit großer Heftigkeit geführt worden. Eine wachsende Zahl von Menschen ist gegen die Isolationshaft für politische Gefangene aufgetreten und hat die Ziele des Hungerstreiks der RAF-Häftlinge unterstützt.
Am Montag fand eine nicht genehmigte Demonstration mit 5 000 Teilnehmern statt. Am Donnerstag letzter Woche demonstrierten 8 000. Insbesondere an den westberliner Hochschulen herrscht große Unruhe. Aber im Vergleich zu den sechziger Jahren beherrschen Senat und bürgerliche Parteien nicht mehr völlig die öffentliche Meinung außerhalb der Hochschulen. Selbst, wenn alle Parteien zusammengehen, wenn die Führung des DGB sich an die Rockschöße des Kapitalistenverbandes hängt und die höchsten Würdenträger zur Gemeinsamkeit gegen Gewalt und Terror aufrufen: Sie können nicht mehr vergessen machen, daß das arbeitende Volk nicht terrorisiert wird von kleinen Gruppen, die mit untauglichen Mitteln gegen die Ausbeuterordnung und gegen politische Unterdrückung vorgehen wollen, sondern daß sie terrorisiert, das heißt in Schrecken versetzt werden durch drohende Arbeitslosigkeit, zu niedrigen Löhnen und gesteigertes Arbeitstempo. Die Ausbeuterordnung ist der Schrecken für die arbeitenden Klassen, und gegen diesen Schrecken kann man nicht mit den Trägern der Ausbeutung und den Garanten der Unterdrückung demonstrieren.

–W.M.–

Am Mittwoch, dem 13.11., demonstrierten in Bochum ungefähr 1 000 Menschen gegen die Isolations- und Vernichtungshaft. Aufgerufen hatten zu dieser Demonstration neben der Bochumer KBW-Sympathisantengruppe verschiedene andere Organisationen (Gruppe Rote Fahne, Gruppe Roter Morgen, Kommunistische Gruppe Bochum und andere).
Neben den Losungen gegen die Isolations- und Vernichtungshaft führten die Demonstranten auch die Losungen: "Solidarität mit dem Hungerstreik von Lothar Gend in Bochum" und "Sofortige Haftentlassung und Krankenhauseinweisung von Lothar Gend" mit, der sich in der Bochumer Haftanstalt "Krümmede" ebenfalls seit sieben Wochen im Hungerstreik befindet, weil er von der Anstaltsleitung in Isolationshaft gehalten wird.
In vielen Diskussionen gelang es, die Unmenschlichkeit und den politischen Zweck der Isolationshaft darzustellen und diejenigen, die anfänglich entschieden gegen unsere Forderungen aufgetreten waren, zum Nachdenken oder sogar zur Zustimmung zu bewegen. Noch zwei Stunden nach der Schlußkundgebung standen große Diskussionsgruppen auf dem Kundgebungsplatz.

Der bessere Strauß

Zu einem Artikel im DGB-Organ "Welt der Arbeit"

Unter der Überschrift *Der 'starke Mann' ist doch schon da* schreibt das Organ des DGB *Welt der Arbeit: Was könnte Strauß schon besser machen als Schmidt?* und kommt zu dem Schluß, daß Strauß auch nicht Inflation und Arbeitslosigkeit und die weltweite Wirtschaftskrise aus der Welt zaubern kann. Das DGB-Organ stellt damit richtig fest, daß keine der bürgerlichen Parteien und keine bürgerliche Regierung die Krise beseitigen kann. Sang- und klanglos wird die Reformillusion fallengelassen. Doch nicht um nun illusionslos eine Politik der Arbeiterklasse zu vertreten, sondern um die nächste Illusior zu verbraten: die Illusion des starken Mannes. Doch davon gibt es zwei, den Strauß und den Schmidt. Sie unterscheiden sich kaum und haben schon in der großen Koalition zusammengearbeitet, und sich dabei "ganz wohl gefühlt", so schreibt das DGB-Organ. Daß keiner der beiden "starken Männer" etwas besser machen kann, das ist dem DGB-Schreiber klar. Wozu dann also den starken Mann? Gerade die Antwort des DGB in diesem Artikel auf der ersten Seite der *Welt der Arbeit*:
Die Menschen bei uns haben Zukunftsangst. Viele rufen jetzt lauter denn je nach dem 'starken Mann'. Aber muß das Franz Josef Strauß sein? Wir haben ihn ja schon, den starken Mann. Er heißt Helmut Schmidt.
So endet der Artikel des DGB. Und es wird klar, wozu der DGB den 'starken Mann' propagiert: Nichts hat der DGB gegen eine starken Mann, aber es soll einer von der SPD sein. Was ist die Aufgabe dieser starken Männer? Sie sollen den harten Krisenkurs der Bourgeoisie vor dem Volk vertreten. Nicht das Volk sondern die Kapitalistenklasse braucht sie. Nehmt unseren "starken Mann", sagt die SPD-Gewerkschaftführung an die Adresse der Bourgeoisie, wir werden auch alle Mühe darauf verwenden, den Arbeitern beizubringen, daß sie ihn brauchen.

Die RAF-Häftlinge sind politische Feinde der Kapitalistenklasse

Die Auseinandersetzung um die Haftbedingungen der RAF-Häftlinge hat sich in der letzten Woche verschärft und wird sich weiter verschärfen.

Die RAF-Häftlinge haben ihren Hungerstreik gegen die Isolations- und Vernichtungshaft fortgesetzt, obwohl der bürgerliche Justiz- und Staatsapparat alles daran setzt, um diesen Hungerstreik zu brechen. Lieber will er weitere Häftlinge über die Klinge springen lassen, als die Isolations- und Vernichtungshaft abzuschaffen. Den Tod von Holger Meins stellen diese Leute als Selbstmord dar. Aber der beste Beweis dafür, daß die RAF-Häftlinge in Isolationshaft gehalten werden und daß die Haftbedingungen ihre Existenz bedrohen, ist der konsequent geführte Hungerstreik der RAF-Häftlinge selber. Für nichts und wieder nichts führt niemand einen Kampf auf Leben und Tod, für nichts und wieder nichts setzt niemand sein Leben ein. An dieser Tatsache scheitern all die Behauptungen, die der Justizapparat über die Haftbedingungen der RAF-Häftlinge verbreiten läßt. Deshalb können auch all diese Geschichten und all die Hetze der bürgerlichen Politiker und der bürgerlichen Presse nicht verhindern, daß der Hungerstreik der RAF-Häftlinge für die Abschaffung der Isolations- und Vernichtungshaft eine breite Unterstützung findet.

Nach den zahlreichen Protestaktionen unmittelbar nach Bekanntwerden des Todes von Holger Meins haben am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche große Protestdemonstrationen gegen die Isolationshaft in Frankfurt und Berlin stattgefunden. Beide Demonstrationen wären zunächst verboten gewesen. Das Verbot konnte nicht aufrechterhalten werden. In Frankfurt haben 4 000 demonstriert, in Berlin 8 000.

Obwohl die RAF in der Arbeiterklasse kein gutes Ansehen genießt, weil ihre Aktionen gegen den bürgerlichen Staatsapparat völlig massenfeindlich gewesen sind und nach wie vor bleiben, ist es möglich, in der Auseinandersetzung unter den Massen zu erklären, auf was die bürgerliche Klasse bei der Verfolgung der RAF-Häftlinge hinaus will: Unter der Hand will sie ihren Polizeiapparat ständig vervollkommnen, will sie die Haftbedingungen für politische Häftlinge extrem verschärfen und das Recht der juristischen Verteidigung weitgehend abschaffen. Sie will gleichzeitig durch ihre Hetze glaubhaft machen, dies alles geschehe im Interesse des Volkes und der Arbeiterklasse.

Aber die das behaupten, sind die gleichen, die jede Lohnforderung verhetzen, die gegen Streiks der Arbeiter Polizeieinsätze befohlen haben, die den Bundesgrenzschutz Fabrikbesetzungen üben

befohlen haben, die den Bundesgrenzschutz Fabrikbesetzungen üben

lassen. Der gleiche bürgerliche Justizapparat, der die RAF-Häftlinge in Isolations- und Vernichtungshaft halten will und die hungerstreikenden Häftlinge lieber verrecken läßt, als ihre Haftbedingungen zu verändern, geht auch direkt gegen die Arbeiterklasse vor. In der letzten Woche hat das Amtsgericht Paderborn mehrere Arbeiter, die an dem Streik bei den Hella-Werken teilgenommen hatten und durch die Polizei in Auseinandersetzungen verwickelt worden waren, zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Selbstverständlich wurden auch diese Arbeiter von der bürgerlichen Justiz als Kriminelle abgeurteilt. Gegner des bürgerlichen Staats und der Kapitalistenklasse werden von der bürgerlichen Justiz nämlich stets als Kriminelle behandelt. Auch die Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, die wegen Teilnahme an einer Demonstration gegen den Kriegsverbrecher McNamara und gegen den portugiesischen Kolonialismus vor Gericht kamen, wurden von der bürgerlichen Justiz selbstverständlich als Kriminelle zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Bei der Demonstration war es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen.

Es ist klar, daß der bürgerliche Staat und die bürgerliche Presse es bei den RAF-Mitgliedern besonders leicht zu haben hofft, politische Feinde auch bei den Massen als Kriminelle abzustempeln. Aber die RAF-Häftlinge hören nicht deshalb auf, politische Feinde der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates zu sein, weil sie diese Feindschaft mit völlig falschen Methoden zum Ausdruck gebracht haben. Die algerischen Freiheitskämpfer, die für die Unabhängigkeit ihres Landes kämpften mit Bombenanschlägen und bewaffneten Überfällen, sind offensichtlich keine Verbrecher gewesen. Die RAF-Häftlinge werden nicht deshalb zu Verbrechern, weil sie gemeint haben, sie könnten die westdeutsche Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat mit ähnlichen Methoden bekämpfen, obwohl die Bedingungen ganz anders und sie im Gegensatz zu den algerischen Freiheitskämpfern im Volk nicht verankert sind. Kriminelle sind die Angehörigen der RAF jedenfalls nicht. Sie wollen die Gesellschaft ändern und nicht ihre eigene private Situation in dieser Gesellschaft. Das muß man anerkennen.

Jeder, der in dieser Hinsicht dem Druck der bürgerlichen Politiker und der bürgerlichen Presse nachgibt, dient, ob er es will oder nicht, den Feinden der Arbeiterklasse. Der Versuch, Revolutionäre und Rebellen gegen den bürgerlichen Staat als Kriminelle abzustempeln, dient letzten Endes keinem anderen Zweck, als der Arbeiterklasse das Recht zur Umwälzung der herrschenden Verhältnisse zu verwehren, revolutionäre Arbeiter wie Verbrecher behandeln zu können. Und in der Tat: Hat die bürgerliche Klasse revolutionäre Arbeiter jemals anders als Verbrecher behandelt, die sie über den Haufen schießt und in die Gefängnisse steckt? 1918, als sie die revolutionären Arbeiter wie tollwütige Hunde zusammenschießen ließ, 1923, als sie es nicht anders machte, und im Faschismus, als sie die revolutionären Arbeiter in die KZ's steckte und reihenweise ermordete, in der Bundesrepublik, als sie kommunistische Arbeiter für Jahre in die Gefängnisse steckte?

Kein Zweifel, die bürgerliche Klasse behandelt ihre politischen Feinde als Kriminelle. Hat sie Kriminelle gefaßt und ins Gefängnis gesteckt, dann behandelt sie sie wie Tiere. Das hat zum Beispiel der Mannheimer Gefängnisskandal ans Licht gebracht. Im Gefängnis hat einer keinerlei Rechte. Da wird geprügelt, und oft gibt es Tote. Politische Häftlinge betrachtet die Bourgeoisie als besonders gefährliche Kriminelle. Deshalb werden sie nicht nur ins Gefängnis gesteckt, sondern in Isolierhaft. Die Bourgeoisie versucht, sie zu vernichten. Mit der RAF hat die Bourgeoisie zweierlei vor: Ei-

sucht, sie zu vernichten. Mit der RAF hat die Bourgeoisie zweierlei vor: Ei-

nerseits versucht sie, sie zu Kriminellen zu stempeln, um mit den RAF-Häftlingen alles anfangen zu können. Andererseits versucht sie, sie als politische Feinde zu vernichten, indem sie ihren Willen brechen will.

Die Hetze dient der Vernichtung der RAF in der öffentlichen Meinung; die Isolationshaft der psychischen und schließlich physischen Vernichtung. Das eine kann nur mit Hilfe des anderen erfolgen. Nur wenn es gelingt, die RAF in der Öffentlichkeit zu einer Verbrecherbande ohne gesellschaftliches und politisches Ziel zu machen, kann die Isolationshaft politisch begründet und aufrechterhalten werden. Zu diesem Zweck werden die RAF-Häftlinge zu Kriminellen gestempelt, um sie noch übler als Kriminelle behandeln zu können. Deshalb muß man dem Versuch, die RAF-Häftlinge zu Kriminellen zu machen, entschlossen entgegentreten. Die RAF hat gegen die bürgerliche Ausbeuter- und Unterdrückerordnung gekämpft, nicht gegen die Arbeiter und das Volk. Sie hat das so gemacht, daß das nicht immer erkennbar war. So konnten ihr auch Provokationen wie die ungezielte Bombendrohung auf Stuttgart erfolgreich in die Schuhe geschoben werden. Dennoch: Wenn es der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staatsapparat gelingt, die RAF-Häftlinge zu Kriminellen – zu besonders gefährlichen Kriminellen – zu stempeln, den Hungerstreik der RAF-Häftlinge zu brechen, die Isolations- und Vernichtungshaft aufrechtzuerhalten, dann ist dies nicht einfach ein Sieg der Bourgeoisie über die RAF und ihre Handvoll Sympathisanten, sondern dann ist das ein Sieg über die Arbeiterklasse und die Volksmassen, die der bürgerliche Staat bei seinen Verfolgungsmaßnahmen stets im Auge hat, auch wenn sich diese scheinbar nur gegen eine Gruppe richten, die den Kampf gegen die Kapitalistenklasse als ihren Privat-

Gruppe richten, die den Kampf gegen die Kapitalistenklasse als ihren Privat-

krieg führen wollte. Ein Sieg über die Arbeiterklasse deshalb, weil sich die bürgerliche Hetze noch einmal durchgesetzt hat und Maßnahmen aufrechterhalten werden können: Isolationshaft, Verteidigerausschluß und Aufrüstung des staatlichen Unterdrückungsapparates, die die Macht der Kapitalistenklasse gegenüber der Arbeiterklasse vorübergehend stärkt. Dagegen muß man sein und auftreten.

Joscha Schmierer

Grössenwahnsinn endgültig ausgebrochen?

Der Kommunistische Bund Westdeutschland wurde am Freitag, den 15. November, vormittags zu Aktionseinheitsverhandlungen eingeladen durch das Komitee gegen die Isolationsfolter Hamburg, für 16 Uhr nachmittags. Es sollte eine Einigung über Aktionen am Tag des Begräbnisses von Holger Meins, Montag, den 18. November, erzielt werden. Der Ständige Ausschuß des Zentralen Komitee mußte sich also aus Zeitgründen durch Mitglieder der Ortsleitung Hamburg vertreten lassen. Diese sollten mitteilen, daß der KBW den Tag des Begräbnisses von Holger Meins in möglichst vielen Städten als einen Agitationstag nutzen würde unter folgenden Losungen: Der Hungerstreik der Häftlinge ist gerecht! Die Isolations- und Vernichtungshaft muß weg! Sofortige Einstellung der Sonderbehandlung politischer Häftlinge! Schluß mit den Versuchen, den Hungerstreik zu brechen! Sofortige Erfüllung der Ziele des Hungerstreiks!

Dieser Agitationstag sollte bestehen in Informationsständen, Kundgebungen und Demonstrationen. Wir würden mit allen Aktionseinheiten bilden, die mit uns für diese Losungen eintreten.

In Hamburg werde sich der Ortsverband an der Beerdigung beteiligen. Für den Nachmittag schlug der KBW eine weitere Demonstration vor, da morgens um 9 Uhr bekanntlich Viele nicht könnten, da sie auf Arbeit sind. Anwesend waren bei den Verhandlungen: das Komitee gegen die Isolationsfolter Hamburg, Gruppe Rote Fahne und Gruppe Roter Morgen, also sehr wenige Organisationen. Entsprechend dieser Situation fühlten sich die genannten Organisationen offensichtlich unter sich und wollten mal "die Sau rauslassen". Sie stellten dem KBW folgende Bedingungen: Verzicht auf selbständige Agitation und Propaganda, Verzicht auf eigenen Lautsprecherwagen, Verzicht auf eigene Sprechchöre und Losungen und Verpflichtung auf die falschen Losungen dieser Organisationen (Ausweitung der Losungen auf alles mögliche: Mord- und Bestrafungslosungen, Losungen mit einem propagandistischen Charakter, Diktatur des Proletariats usw.), Verzicht auf jede Kritik an den Zielen der RAF, Verzicht auf jede Kritik an der Erschießung des Richters von Drenkmann. Der Hungerstreik dürfe nicht als gerecht, sondern müsse als notwendig bezeichnet werden.

Diese Bedingungen würden sie durchsetzen! Diese Bedingungen sind teilweise blödsinnig, teilweise eine Unverschämtheit. Selbstverständlich haben die Vertreter des KBW diese Bedingungen abgelehnt. Daraufhin wurden sie durch Mehrheitsbeschluß aus den Verhandlungen ausgeschlossen durch das Komitee und den Roten Morgen. Die Gruppe Rote Fahne enthielt sich.

Wir gehen an Aktionseinheiten so heran, daß wir sie auf die notwendigen Forderungen zu gründen versuchen. Damit wollen wir die Teilnahme von Organisationen und Kräften anstreben, die nur in diesen Punkten mit uns übereinstimmen.

Diese obengenannten Ochsenfroschorganisationen gehen so an die Aktionseinheit heran, daß sie wenig Richtiges und viel Falsches zur Bedingung machen; viel Richtiges ausschließen und einem viel Falsches aufdrängen wollen.

Da werden sie wohl zunehmend sich auf Aktionseinheiten mit sich selbst beschränken müssen.

Sie werden sich auch ausnehmend lächerlich machen.

J.S.

Über Isolationshaft

Verfügung (Auszug)

Für die Dauer des Aufenthalts des Untersuchungsgefangenen Holger Meins in den hiesigen Anstalten ordne ich folgendes an: (. . .)

4. a. Besucher des U-Gefangenen Meins – auch Rechtsanwälte – werden nur nach ausdrücklicher Weisung des Inspektors für Sicherheit und Ordnung – falls dieser nicht erreichbar, nach Weisung des Inspektors vom Dienst – zum Besuch zugelassen. (. . .)

d. Besuche bei dem U-Gefangenen Meins werden nur in Gegenwart von zwei Beamten durchgeführt.

e. Bei Besuchen durch Rechtsanwälte ohne Besuchsüberwachung wird der Besuchsraum durch einen bewaffneten Beamten abgeschirmt, der vor der Tür des Besuchsraums zu stehen hat.

f. Der Gefangene wird unmittelbar nach jedem Besuch im Besuchsraum vom Aufsichtsdienstleiter im Beisein eines weiteren Beamten körperlich durchsucht und neu eingekleidet. (. . .)

7. Der Untersuchungsgefangene Meins wird auf Abteilung 2, Zelle 51 in strenger Einzelhaft gehalten.

8. Die unmittelbar rechts und links und die unter und über der Zelle des U-Gefangenen Meins liegenden Zellen dürfen nicht mit Gefangenen belegt werden. (. . .)

10. Der Gefangene wird nur im Beisein des Aufsichtsdienstleiters in Begleitung eines zweiten Beamten in der Zelle aufgesucht.

11. Die Essensausgabe, der Kleidertausch, die Ausgabe von Reinigungsmitteln u.a. erfolgt ausschließlich durch Anstaltsbedienstete im Beisein von Gefangenen.

12. Der Abteilungsbedienstete der Abteilung 2 hat die Zelle des U-Gefangenen ständig unter Bewachung zu halten. Sobald irgendein Gefangener (z.B. Flurreiniger) in der Nähe der Zelle des U-Gefangenen beschäftigt ist, muß der Abteilungsbedienstete unmittelbar dabei sein. (. . .)

15. Einzelspaziergang mit Bewachung durch zwei Bedienstete. (. . .)

16. Der U-Gefangene ist bei der Bewegung im Freien ab Austritt aus der Zelle bis zu seiner Rückführung zu fesseln.

17. Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen einschließlich Kirchgang. (. . .)

22. Keine Arbeitszuweisung. (. . .)

Wittlich, den 26. März 1973
Der Anstaltsleiter

75 Karlsruhe, den 11. April 1973

Der Ermittlungsrichter
des Bundesgerichtshofes
1 BJs 6/71
II BGs 185/73

Die Justizminister streiten ab, daß es in der Bundesrepublik Isolationshaft gibt. Diese Behauptung läßt sich "amtlich" widerlegen.

Der obige Auszug zählt die Maßnahmen auf, die während der Haft von Holger Meins in Wittlich getroffen wurden. Für die anderen Häftlinge sind ähnliche Anweisungen ergangen. Der Beschluß vom Landgericht Hamburg, im Sommer 1973 gefaßt, belegt noch mehr. Er beweist, daß die Justizbehörden die vernichtenden Wirkungen, die eine lange Isolation unweigerlich hervorruft, genau kennen. Die Zeichnung (unten) stammt aus einem Lehrbuch der Psychologie und zeigt, wie die bürgerlichen Wissenschaftler mit Isolation experimentieren. Die Versuchsperson liegt in einem völlig abgedunkelten schalldichten Raum und ist dem Lautsprecher völlig ausgeliefert. Schon nach kurzer Zeit verliert sie die Fähigkeit, zwischen ihren eigenen Gedanken und den Lautsprecheransagen zu unterscheiden und gerät in Verwirrung.

Isolation über lange Zeit vernichtet nicht nur die Persönlichkeit des Häftlings, sie führt auch unweigerlich zum völligen körperlichen Verfall. "Verwesung bei lebendigem Leibe" hat Rechtsanwalt Schily die Isolationshaft genannt.

Landgericht Hamburg
Große Strafkammer 7
(50) 10/72

Beschluß

In der Strafsache
gegen
Werner Artur Hoppe,
geboren am 7. Februar 1949 in Hamburg,
hat das Landgericht Hamburg, Große Strafkammer 7, durch
den Richter am Landgericht
Dr. Erdmann
als Vorsitzenden i.V.
am 12. Juli 1973 beschlossen:

Der Ausschluß des Untersuchungsgefangenen Werner Hoppe von Gemeinschaftsveranstaltungen sowie die Anordnung des Einzelhofgangs werden aufgehoben. Die Fesselung wird auf den Bereich außerhalb des Haupthauses der Untersuchungshaftanstalt beschränkt. Im übrigen – d.h. hinsichtlich der völligen Aufhebung der Fesselungsanordnung – wird der Antrag des Verteidigers vom 25. Mai 1973 zurückgewiesen.

Gründe:

Mit Rücksicht auf die lange Dauer der Untersuchungshaft und die hierbei mit dem Untersuchungsgefangenen Hoppe gemachten Erfahrungen erscheint eine – versuchsweise – Aufhebung der vorgenannten Anordnungen angebracht. (. . .)

Aufgrund der u.a. aus der Briefkontrolle bekannten politischen Einstellung des Untersuchungsgefangenen besteht zwar die Gefahr, daß dieser Kontaktmöglichkeiten zu anderen Häftlingen dazu mißbraucht, einen Widerstand unter den Untersuchungsgefangenen gegen staatliche Ordnungskräfte – konkret: das Anstaltspersonal – zu organisieren. (. . .)

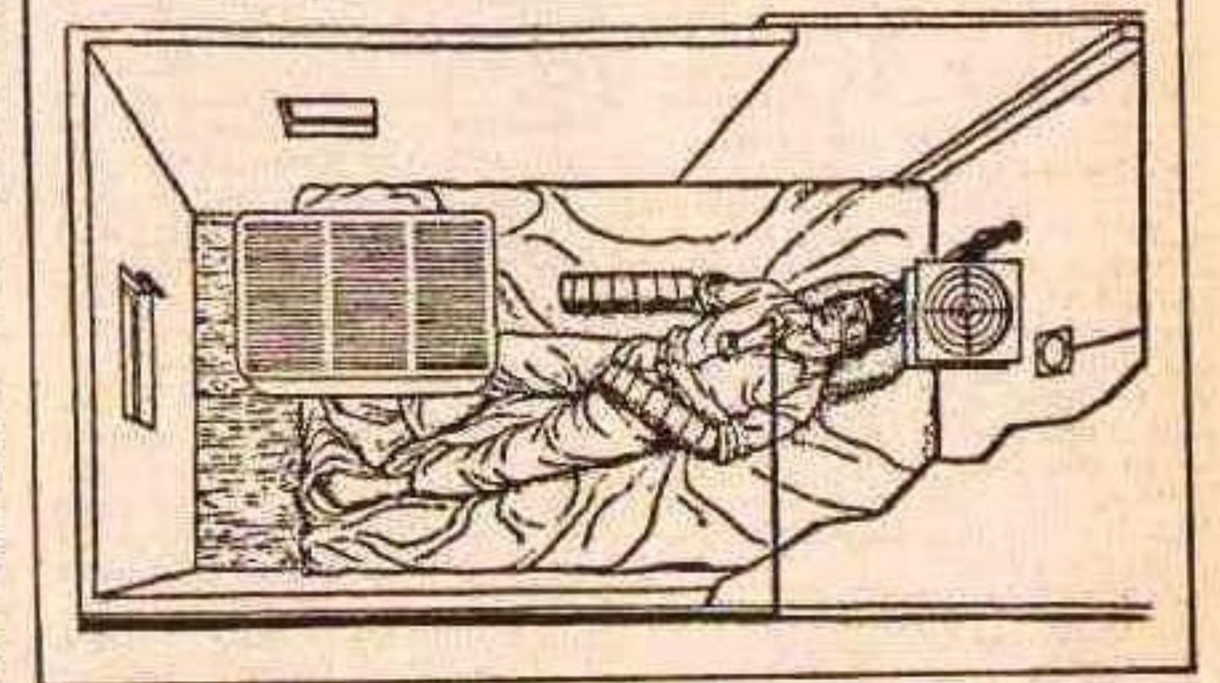
Andererseits ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die bei Hoppe genehmigten Besuche – darunter diejenigen von Marianne Herzog und Margrit Schiller – nicht zu einer Störung der Anstaltsordnung geführt haben. Wie aus der Briefkontrolle bekannt ist, hat Hoppe in seinem umfangreichen Schriftverkehr bislang niemals den Versuch einer Verdunkelung unternommen. Vor allem ist bei einer Untersuchungshaft von nunmehr 2 Jahren mit strengen Isolationsmaßnahmen – wie im vorliegenden Fall – die Möglichkeit des Eintritts seelischer und körperlicher Schäden nicht mehr völlig auszuschließen.

Bei Abwägung dieser für und gegen eine Aufhebung der Isolationsmaßnahmen sprechenden Gesichtspunkte glaubt das Gericht, die im Tenor dieses Beschlusses genannten Erleichterungen des Vollzugs der Untersuchungshaft anordnen zu können.

Das Gewicht der für eine Aufhebung sprechenden Gesichtspunkte ist größer als das Gewicht eines durch die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen sowie Abnahme der Fesselung innerhalb des Gebäudes erhöhten Sicherheitsrisiken. Insoweit ergeht die Entscheidung auch mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft.

Entgegen der Auffassung der Staatsanwaltschaft war indessen auch die Teilnahme an der Gemeinschaftsfreistunde zu genehmigen. (. . .)

Dr. Erdmann



Die angekündigte Broschüre unter dem Titel:
"Kein Verteidigerausschlußgesetz!"
ist inzwischen erschienen und kann bestellt werden bei
Buchvertrieb Offenbach, 605 Offenbach, Biebererstr.82

Bei der Deutschen Bundesbahn:

Sichere Arbeitsplätze ?

Unverschämte Aktion der Opladener Werksleitung des DB-Ausbesserungswerks abgeblockt

Opladen. Überall kleben große Reklameflächen, wo die Kollegen mit Aussicht auf einen "krisensicheren" Arbeitsplatz zur Bahn gelockt werden. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus:
Zur Zeit plant die DB-Hauptverwaltung umfassende Rationalisierungen. So sollen die über 1 000 Stückgutbahnhöfe auf 400 reduziert werden – die Bundesmittel für die Deutsche Bundesbahn sind für das nächste Jahr um 1,9 Milliarden (20 %) gekürzt worden – bei der Bahn herrscht zudem totaler Einstellungsstopp usw.

In solch einer Zeit glauben einige Bundesbahnverwaltungen, so auch die Werksleitung des Ausbesserungswerkes Opladen, die Zügel anziehen zu können. In den letzten Tagen wurde einem Teil von uns folgendes Schreiben zur Unterschrift vorgelegt:

"Vermerk:
Der Herr ..... hat in der zurückliegenden Zeit unverhältnismäßig oft wegen Arbeitsunfähigkeit gefehlt. Durch diese häufigen Erkrankungen hat er seine vertraglich geschuldete Leistung nur teilweise erbracht ...
Ein solcher Zustand ist für die Deutsche Bundesbahn als Arbeitgeber unzumutbar und kann gemäß § 30 (2) Nr.4g des LTV (Lohntarifvertrag) einen wichtigen Grund für eine außerordentliche Kündigung darstellen ...
Der Herr (Frau) ... wurde heute ermahnt, seine (ihre) arbeitsvertraglichen Pflichten künftig gewissenhaft zu erfüllen. Anderfalls sehen wir uns gezwungen, im Sinne des oben genannten § 30 LTV die Kündigungsfrage zu prüfen ..."

Dieses Schreiben erscheint in einer Zeit, wo zudem in Opladen über 5 % Arbeitslose einen Job suchen.
Was die Werksleitung in Opladen und die DB insgesamt erreichen will, ist klar: Die Kollegen sollen auch krank zur Arbeit kommen. Einige Kollegen fragen sich bei solchen Schikanen, ob es soweit kommen muß, daß – wie vor einigen Jahren geschehen – ein Kollege bei der Arbeit umkippt.

Die Bahnkollegen forderten die Zurücknahme der "Bummelantenvermerke"

Sofort nach Erscheinen dieses Vermerks protestierten und beschwerten sich die Betroffenen beim Personalrat. Dieser beschwichtigte sie erstmal und meinte anfangs, da könne man wenig gegen machen. Aber es kam noch besser. Es stellte sich heraus, daß der SPD-Personalrat **keinen Einspruch** erhoben hatte und sogar mit der Werksleitung die Namensliste erstellt hatte.
Der Personalrat wollte ebenfalls wie die Werksleitung kein Exemplar den Betroffenen mitgeben. Es sollte unterschrieben werden und dann zu den Personalakten gelegt werden. Dennoch erhielten wir eine Abschrift und vervielfältigten sie. Dies veröffentlichten wir in den Hallen und sofort bildeten sich große Gruppen, die die Abschrift genau durchlasen. Ebenso druckten wir ein Exemplar in der Betriebszeitung "Die E-Lok" ab. Dem Personalrat wurde von uns eingeheizt. Er sah sich schließlich gezwungen, neue Verhandlungen mit der Werksleitung aufzunehmen. Das vorläufige Ergebnis ist: "Dieser Vermerk wird zurückgezogen".
Das war unbedingt ein Erfolg der Kollegen.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Aber nach wie vor sind die Vermerke noch nicht in den Händen der Kollegen. Vielmehr mauscheln Werksleitung und Personalrat, wie sie ein neues Schreiben, diesmal geschickter verfaßt, durchsetzen können.
Deshalb steht nach wie vor die Forderung:
Sofortiger Stopp dieser Aktion!
Herausgabe oder Vernichtung der Vermerke!

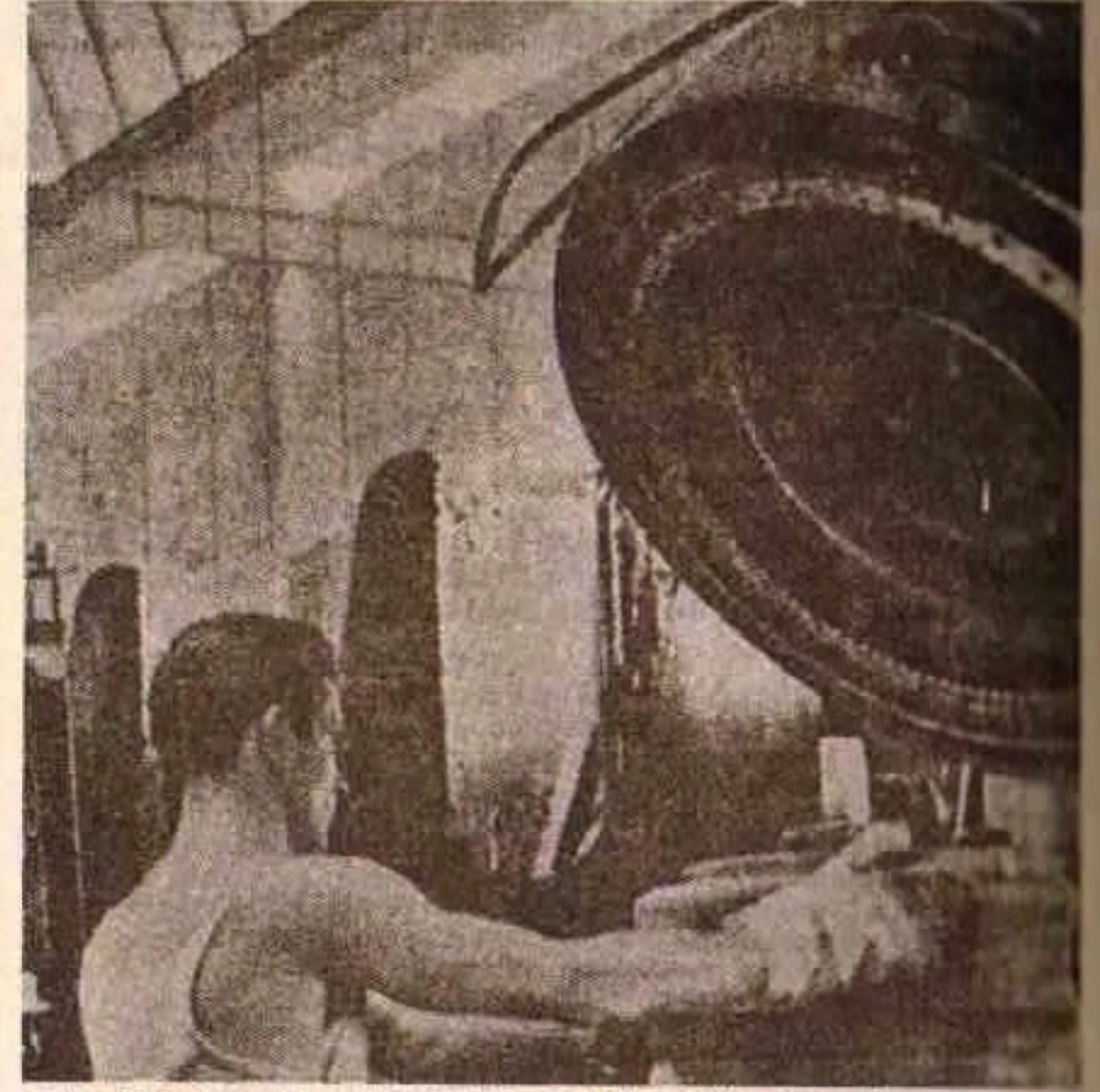
–DB-Ausbesserungswerk Aufbauzelle Opladen–

Schnüffelei im Betrieb

Frankfurt. Ausgerechnet in der jetzigen Krisensituation wird bei der Firma J.W. Thompson eine Betriebsklimaumfrage gestartet. 200 bis 300 Mitarbeiter werden dabei erfaßt. Die Fragebögen, die ein Marktforschungsinstitut ausgearbeitet hat, enthalten Fragen über Beurteilung von Vorgesetzten, über Zufriedenheit am Arbeitsplatz und mit dem Lohn, oder sogar, wieviel ihnen eine andere Firma bieten müßte, damit sie den Arbeitsplatz wechseln. Die Umfrage ist angeblich anonym; in Wirklichkeit sind die Fragebögen numeriert und somit die Namen der jeweiligen Personen leicht ausfindig zu machen.
Es ist nicht schwer zu erraten, warum die Thompsonkapitalisten ausgerechnet jetzt die Befragung starten: Erstens wollen sie auf diese Art und Weise feststellen, wie weit in der Belegschaft schon die Angst um den Arbeitsplatz umgeht, und zweitens sich schon die Kandidaten für die Abschlußlisten raussuchen.
Einige Kollegen haben es deshalb strikt abgelehnt, an der Befragung teilzunehmen, andere werden lügen, daß sich die Balken biegen. So werden die Thompsonkapitalisten auf jeden Fall ihr Ziel nicht erreichen.
Auch bei der Firma Kalle, Wiesbaden, wurden Fragebögen verteilt, mit denen z.B. nach "ehrenamtlichen Funktionen" gefragt wurde. Durch die breite Empörung wurden die Kapitalisten gezwungen, sich zu "entschuldigen".

Öffentliche Kritik mit Kündigung beantwortet

Neckargemünd. Im neuen Rehabilitationszentrum wurden mehrere Kollegen fristlos gekündigt. Sie hatten sich in einem Brief an die Presse gegen die rechtlose Lage der 29 Mitarbeiter des Freiwilligen Sozialen Jahres gewandt. Das Freiwillige Soziale Jahr wird als Vorbereitungszeit für einen Sozialberuf anerkannt. Als einem von den 29 ohne Angabe von Gründen gekündigt wurde, schrieben die Kollegen den Brief. Als ihre Kündigung bekannt wurde, versammelten sich am Abend etwa 70 Kollegen und protestierten gegen die Kündigungen mit einer Entschließung, die an Ort und Stelle von 61 namentlich unterschrieben wurde. Am nächsten Tag kamen noch einmal soviele Unterschriften im Betrieb zusammen. Eine Gesamtbetriebsversammlung wird damit gefordert.



In der Reifenindustrie ist die Zahl der Betriebsunfälle sehr hoch. Welche Arbeitsbedingungen dazu führen berichtet der Artikel unten.

In der Presse zerquetscht

Unfälle bei der Reifenproduktion bei Metzeler München

Einem älteren Arbeiter wurde es an den Reifenpressen schlecht. Bewußtlos brach er zusammen, sein Kopf fiel in die Presse, deren beide Backen sich gerade automatisch schlossen.

Dem Unfall vorausgegangen war eine große Rationalisierung bei Metzeler. Anstatt einer mußten die Metzeler-Arbeiter nun zwei Reifenpressen bedienen, ohne daß durch Einführung besserer Maschinen die Arbeit erleichtert worden wäre. Das Arbeitstempo wurde bis an die Grenze der körperlichen Belastung gesteigert. Dieser Unfall an der Reifenpresse, der vor einigen Jahren geschah, ist sicherlich der grauenhafteste in der langen Reihe von Betriebsunfällen bei Metzeler. Aber die Gesundheit und das Leben der Arbeiter bei Metzeler sind nach wie vor stark gefährdet.

Im letzten Jahr gab es bei Metzeler in München, wo rund 3 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, 600 meldepflichtige Betriebsunfälle.

Bei der Herstellung von LKW-Reifen werden noch Fertigungsmethoden angewendet, die zur häufigsten Unfallursache im Betrieb führen. Auf den sich drehenden Reifenrohling werden von Arbeitern mit Eisenstangen in der Hand Gummischichten aufgezogen. Es kommt bei dieser Tätigkeit mindestens einmal im Monat vor, daß die Eisenstange hängenbleibt und dem Arbeiter dann das Gesicht – oder wie im letzten Monat den Hoden – zerschlägt. Es gibt längst Maschinen, die diesen Gefahrenfaktor ausschalten. Doch die Anschaffung solcher Maschinen kostet den Metzeler-Kapitalisten mehr als ihr Versicherungsbeitrag bei der Berufsgenossenschaft und die Einstellung und Anlernung neuer Arbeiter.

–h., Betriebszelle Metzeler

So betrügen Kapitalisten

Lohn einbehalten und nicht ausgezahlt / Tariflohnerhöhung nicht auf den Bruttolohn berechnet

wie vor stark gefährdet.
Im letzten Jahr gab es bei Metzeler in
nossenschaft und die Einstellung und Anlernung neuer Arbeiter.
–h., Betriebszelle Metzeler
So betrügen Kapitalisten
Lohn einbehalten und nicht ausgezahlt / Tariflohnerhöhung nicht auf den Bruttolohn berechnet

Ich lese Eure Zeitung seit zirka drei bis vier Monaten regelmäßig. Ich finde die Zeitung sehr gut. Für besonders gelungen halte ich die abgedruckten Zuschriften von Mitgliedern und Sympathisanten, die aus den Betrieben berichten. Daraus kann der Leser erkennen, daß er nicht alleine unter den kapitalistischen Verhältnissen zu leiden hat und sich organisieren kann. Solltet Ihr der Meinung sein, daß mein beiliegender Artikel in Eure Zeitung paßt, bitte ich ihn abzudrucken.
Die besten Wünsche für den Aufbau einer Kommunistischen Partei wünscht

ein Sympathisant

Essen. Daß Kapitalisten die arbeitende Bevölkerung an allen Ecken und Enden betrügen, weiß man. Wie es einem bei Jobs ergeht, schildern die folgenden Beispiele.

Anfang dieses Jahres arbeitete ich als Lagerarbeiter bei der Karstadt AG. Als ich einmal zwei Tage krank war, welche natürlich nicht bezahlt wurden, da ich als "Aushilfe" angestellt war, wurden mir drei Tage von meinem Lohn abgezogen. Ich arbeitete an fünf Tagen jeweils acht Stunden (was eine innerbetriebliche Bestimmung war), während nach den Tarifbestimmungen aber an fünf Tagen sieben Stunden und samstags fünf Stunden gearbeitet wird. Da ich am Donnerstag und Freitag krank war, durfte, so der Personalchef, auch der Samstag vom Lohn abgezogen werden, da ich ja laut Tarifbestimmung samstags arbeitete.
Als ich mich an den Betriebsrat wendete, wurde mir gesagt, daß man als Lagerarbeiter zufrieden sein kann, nach den Tarifbestimmungen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eingestuft zu werden.

Nach einigen Wochen wurde mit von den Karstadt-Kapitalisten der zweite Schlag versetzt.
Die Tariferhöhung von zirka 9 % wurde nicht auf meinen Bruttolohn von 850 DM (netto ca. 580 DM) berechnet, da ich als 19-jähriger sowieso übertariflich bezahlt würde (so wieder der Personalchef).
Obwohl ich erst kurze Zeit im Berufsleben stand, wußte ich jetzt, wie der Hase läuft.
Mein nächster Ausbeuter war die Firma **Bauhaus**. Beim Einräumen von Waren in die Regale wurde man den ganzen Tag von einem Kapitalistenknecht, der sich Filialleiter schimpft, beobachtet. Zudem war es verboten, während der Arbeitszeit mit den Kollegen zu reden. Die Pausen wurden so festgelegt, daß jeder einzeln Pause machte. Redete man trotzdem während des Einräumens mit einem Kollegen, bekam man die Entlassung angedroht. Der Stundenlohn betrug für Aushilfen 6 DM abzüglich der Lohnsteuer. Versichern mußte man sich privat. Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung wurden auch nicht gezahlt. Die festangestellten Kolleginnen waren aber zweifellos noch schlechter dran. Ihnen wurde ein Bruttohungerlohn von ca. 4,50 DM in der Stunde gezahlt.
Als ich auf Grund dieser Mißstände kündigte, wurde mir erklärt, daß ich meinen Lohn und meine Lohnsteuerkarte erst in einem Monat bekommen könnte, da die EDV-Abrechnung nur einmal im Monat durchgeführt wird.
Daraufhin verklagte ich die Bauhaus-Ausbeuter. In der nachfolgenden Verhandlung erklärte mir der Vorsitzende des Gerichts, daß er den Kapitalisten die geforderten Sachen "nicht aus der Nase ziehen" könnte, und ich sollte doch die Klage zurücknehmen, da die nächste Verhandlung vor dem Kammergericht sowieso erst in ein "paar Monaten" stattfinden würde.
Fünf Wochen nach meinem letzten Arbeitstag bei der Firma Bauhaus erhielt ich anstatt 210 DM einen Scheck über 29 DM und die Lohnsteuerkarte. Nachdem ich die 181 DM reklamiert hatte, wurde mir gesagt, daß ich das Geld schon bekommen hätte, was natürlich nicht stimmte. Da insofern auch kein Beleg über die Auszahlung vorhanden war, bekam ich das Geld schließlich insgesamt acht Wochen später.
Inzwischen arbeitete ich bei der Baufirma Ruppel. Trotz schwerer Arbeit und Arbeitshetze waren – außer daß ab und zu mal unter fadenscheinigen Argumenten das Fahrgeld nicht ausgezahlt wurde – keine Betrügereien aufgetreten.
Diesmal sollte es erst kommen, als ich schon nicht mehr bei der Firma arbeitete. Während des Ausbeutungsverhältnisses sollte und hatte die Firma 250 DM von meinem Lohn abgezogen, um sie auf ein Konto für die sogenannten "vermögenswirksamen Leistungen" einzuzahlen.
Als ich kürzlich bei der Sparkasse nachfragte, ob das Geld überwiesen worden ist, wurde mir gesagt, daß kein Pfennig eingegangen ist.

–S.M., Essen–

Menschenhandel mit ausländischen Kollegen

Wiesloch. Als sich neulich ein von der Heidelberger Druckmaschinen AG gekündigter spanischer Kollege beim zuständigen Arbeitsamt als Arbeitssuchender meldete, wurde ihm mitgeteilt, daß man ihm sofort Arbeit beschaffen werde: Er soll im Ruhrbergbau arbeiten.

Um einen geeigneten Arbeitsplatz, der etwa seinen beruflichen Fähigkeiten und Interessen entspricht, kümmert ich das Arbeitsamt erst gar nicht, "das Prinzip Arbeit geht vor". Genauso wie diesem Kollegen geht es allen ledigen ausländischen Kollegen, die von der Heidelberger Druckmaschinen gekündigt werden. Sobald mehrere Vormerkungen beim Arbeitsamt vorliegen, werden die Kollegen der **Bergbau AG** übergeben, nach Tauglichkeit für den Bergbau untersucht und ins Ruhrgebiet verfrachtet. Diesen skrupellosen Menschenhandel müssen sich die ausländischen Kollegen gefallen lassen, wenn sie nicht Arbeitslosenunterstützung und Aufenthaltserlaubnis verlieren wollen. Ganz offen droht ihnen das Arbeitsamt mit Ausweisung aus der Bundesrepublik, falls sie sich der Deportation ins Ruhrgebiet widersetzen sollten.

R.F., Wiesloch

Gegen Kündigung und Stillegung bei Blaupunkt

Hildesheim. Blaupunkt Hildesheim hat bis Oktober bereits 650 Kollegen entlassen, nach Angaben des Betriebsrates werden in Hildesheim bis zum 1. Januar nochmals 600 entlassen, 400 gewerbliche und 200 Angestellte. Die Geschäftsleitung bestritt diese Tatsache und redete auf der Belegschaftsversammlung am 31.10. davon, "nur" 200 Angestellte zu entlassen. Der Personalstand in Hildesheim liegt jetzt bei 6 881.
In Herne wurden dieses Jahr 300 Kollegen entlassen. Im Zweigwerk Osterode/Harz wurden in den letzten 2 Jahren 500 Kollegen entlassen. Zu diesen Entlassungen kommt jetzt die Stillegung in Landau dazu, von der 450 Kollegen betroffen werden. Insgesamt will die Konzernleitung dieses Jahr 1 600 Kollegen entlassen um auf den Personalstand von 11 600 Kollegen zu kommen. Zu diesen Entlassungen kommt noch Kurzarbeit hinzu. So wird in Hildesheim Kurzarbeit bei der Autoradioproduktion vom 9. bis 24.12. und bei der Farbfernsehproduktion eventuell vom 16. bis 24.12 geschoben.
Vom 24.12 bis zum 3.1.75 ruht das ganze Hildesheimer Werk. Entweder man nimmt Teile seines Jahresurlaubs, dann bekommt man es wenigstens noch bezahlt, oder man nimmt unbezahlten Urlaub. Alles beide ist Betrug. Entweder uns fehlt das Geld oder die Urlaubstage im Sommer.
Begründet werden diese Maßnahmen damit, daß die Autoproduktion um 22 % zurückgegangen ist und das sich bei Blaupunkt wie geschildert niederschlägt. In den Hildesheimer Lokalzeitungen redet der Blaupunkt-Chef Sandvoß davon, daß diese ganzen Aktionen nur der Erhaltung von weiteren Arbeitsplätzen dienen.
Ein weiteres Mittel um aus der Lage herauszukommen ist für Sandvoß die "Straffung der Produktion". Damit wird er diese schlechte Situation zwar nicht ändern, er kennzeichnet aber treffend die Situation in Hallen und Abteilungen bei Blaupunkt. Das die Produktion gestrafft wird, hätte er gar nicht sagen brauchen, denn das haben wir mittlerweile selbst festgestellt. Im Werk 3 in Hildesheim haben sie an einem Band den Akkord gesteigert. Eine Kollegin meinte, sie bekommt schon Kopfschmerzen, wenn sie nur an diese neue Arbeitshetze denkt. Ab Januar wird die Produktion des Farbfernsehen "Form 75" voll aufgenommen, das heißt wiederum eine neue Steigerung der Arbeitshetze. Im Moment laufen alte Fernseher, teilweise 69-Produktion über die Bänder. Diese Reihe soll bis Anfang 1975 fertig sein. Das heißt für uns ein unheimliches Ranklotzen.
Diese Beispiele kennzeichnen die Situation – Entlassung auf der einen Seite und gesteigerte Arbeitshetze auf der anderen Seite.
Die Entlassungen und die Arbeitshetze sind bei uns die Tagesgespräche. Der Vertrauensleutekörper hat den Betriebsrat aufgefordert, etwas gegen die Stillegung und Kündigung zu tun. Unser Betriebsrat hat die Forderung aufgestellt: Keine Entlassungen, keine Kündigungen. Für uns geht es jetzt darum, aktiv diese Forderung aufzunehmen und durchzusetzen. Der nächste Schritt in Hildesheim soll das sammeln von Unterschriften unter der Forderung des BR sein. In Landau, wo es 450 Kollegen Mitte nächsten Jahres treffen soll, demonstrierten 800 Kollegen nach einer Protestversammlung der IGM gegen die Entlassungen. Die Kollegen in Landau sind also im Kampf gegen Entlassungen schon einige Schritte weiter. Für uns in Hildesheim stellt sich die Aufgabe jetzt aktiv gegen drohende Entlassungen anzugehen, ähnlich wie die Kollegen in Landau.

Hildesheim, Zelle Blaupunkt

Niedersachsen: Festgeldforderungen

Hannover:
Der Vertrauensleutekörper der Firma Bersterff hat einen einheitlichen Festbetrag von 300 DM, mindestens aber 250 DM, beschlossen. Dieser Beschluß wurde an mehrere hannoversche Betriebe an die Vertrauensleutekörper verschickt.
Der Vertrauenskörper von Westinghouse beschloß am 3. November ebenfalls eine Forderung von einheitlichen 250 DM auf alle Lohn- und Gehaltsgruppen.
Bei VAW Leichtmetall beschloß der Vertrauensleutekörper 18 %, mindestens aber 200 DM. Dieser Beschluß wurde auf einer Belegschaftversammlung am 15. November begrüßt.

Göttingen:
Bei Feinprüf wurden vom Vertrauensleutekörper 12 %, mindestens 170 DM gefordert.
Isco: Der Vorschlag von Feinprüf wurde vom Vertrauensleutekörper bei Isco als Empfehlung an die Belegschaft zur Diskussion gegeben.

Uslar:
Die Vertrauensleutesitzung der Sollinger Hütte beschloß am 25. Oktober eine Erhöhung in Mark und Pfennig für alle in gleiche Höhe zu fordern. Auf dieser Grundlage wurde im Betrieb eine Befragung der Kollegen eingeleitet.

Keiner unter 180 bis 200 DM!

Die Auseinandersetzung in der IG Metall über die Art und Höhe der Forderungen entwickeln sich

In Niedersachsen hat sich die Große Tarifkommission ohne Beschlußfassung vertagt. Wie in allen Gewerkschaftsversammlungen, die zur Zeit stattfinden, kam es auch hier zu Auseinandersetzungen über Höhe und Art der aufzustellenden Forderung. Aus mehreren Betrieben liegen fast gleichlautende Forderungsvorschläge der Vertrauenskörper vor.

Das Beispiel Niedersachsens zeigt, daß die Hoffnungen von Kapital und Regierung nicht einfach zur Wirklichkeit werden: Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sollen alle Arbeiter zum Stillhalten zwingen.
Zu wach sind noch die Erfahrungen aus anderen Krisenzeiten, als daß alle Arbeiter stillschweigend einen Lohnraub über sich ergehen lassen.
Zu wach sind auch noch die Erfahrungen der letzten Tarifauseinandersetzungen, daß eine Forderung der IG-Metall-Führung von 12 % ein Abschluß von unter 10 % heißen soll. Ebenso, daß viele uneinheitliche Forderungen aus den Betrieben der Gewerkschaftsführung die Möglichkeit geben, mit dem Verweis auf die Uneinheitlichkeit die Forderung insgesamt zu drücken.
Gelingt es auch in den anderen größeren Betrieben den Belegschaften und Vertrauenskörpern, sich gegen die Führung durchzusetzen und eine ausreichende Forderung in Mark und Pfennig aufzustellen, so verschiebt sich in der Großen Tarifkommission das Kräfteverhältnis entscheidend.
Der Bezirksleitung wird es nicht leicht fallen, all die Vertrauensleutekörper für Utopisten oder Abenteurer zu erklären. Schwer wird sie sich tun, wenn sie erklären muß, 50 % der Betriebe hätten keine Ahnung von wirtschaftlichen Vorgängen.
Sicher ist aber, daß die Führung entschlossen ist, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Es wird auch nicht leicht sein, sie daran zu hindern; es wird nur gelingen, wenn die große Mehrheit der Betriebe erklärt, keiner unter 180 bis 200 Mark.

– db –

Forderungen diskutiert

Bericht eines Kollegen aus Niedersachsen über die Sitzung der IGM–Tarifkommission Niedersachsens in Hannover am 13.11.

Hannover. Am 13. November tagte in Hannover die Große Tarifkommission für die metallverarbeitende Industrie Niedersachsens. Etwa 70 Delegierte waren anwesend. Bezirksleiter Helmut Buhl betonte in seinem Eingangsreferat gleich, daß der Vorstand keine Richtlinien für diese Tarifrunde herausgeben wird, bevor nicht die Tarifkommission beschlossen hat.

Doch was er dann wieder von sich gab, zeigte auf, wie sich der Vorstand dieses Jahr die Forderungen denkt. Die Forderungen der Stahlindustrie seien auf Niedersachsens metallverarbeitende Industrie nicht zu übertragen, denn bei Stahl gebe es einen Boom. In Niedersachsen aber gibt es Arbeitsamtsbezirke mit einer Arbeitslosigkeit bis zu 6 % wie z.B. in Osterrode. Viele Bereiche machen Kurzarbeit. Auf jeden Fall müssen die Forderungen diese wirtschaftliche Lage berücksichtigen. D.h. nichts anderes, als daß Forderungen gestellt werden sollten, die niedriger als die 14 % der Stahlindustrie liegen. Das bedeutet für die Arbeiter Lohnverzicht.
Die meisten der zehn anschließenden Diskussionsredner durchschauten dies auch und wandten sich eindeutig dagegen. So zeigte ein Kollegen aus Osterrode auf, daß die Preissteigerungen von 7 % allein schon eine Nettolohnerhöhung von 7 % bedeuten. Lohnverzicht kommt für die Arbeiter gar nicht in Frage. Die Delegierte der Kollegen von VAW Leichtmetall Hannover vertrat mit Nachdruck die Forderung, die bei VAW aufgestellt wurde: 18 %, aber mindestens 200 DM für alle! Ein junger Kollege aus Braunschweig unterstützte diese Forderung, weil sie seiner Meinung nach die mindeste Grundlage für eine Einheit bietet, im Gegensatz zu reinen Prozentforderungen. Eine reine lineare Forderung sei aber noch besser, weil sie die Einheit noch mehr stärkt und die Schere zwischen oberen und unteren Lohngruppen zumindest stoppt. Die weiteren Redner zeigten, daß es immer mehr Betriebe gibt, in denen eine breite Auseinandersetzung um Form und Höhe der Forderungen stattfindet. Vor allem die Frage: linear in Mark und Pfennig, oder prozentual befindet sich im Mittelpunkt. Das ist gut, weil es zeigt, daß die Arbeiter auch in Niedersachsen immer mehr erkennen, daß eine Forderung, die die optimale Einheit ermöglicht, notwendig ist.
Eine klare Linie ließ sich allerdings noch nicht erkennen. Die Debatten in den Betrieben haben erst angefangen. Viel Unklarheit besteht noch über Höhe und Form der Forderungen. Dies zeigten zwei Beiträge, die sich für Mischforderungen (Sockelbetrag mit Prozenten) um die 10 % aussprachen. Mehrere Redner forderten auch, daß die Manteltarifforderung nach Lohnabsicherung der älteren Kollegen unbedingt abgeschlossen werden muß. Gerade die älteren Kollegen sind in der gegenwärtigen Krise von Rationalisierungen und Lohnsenkungen betroffen. Doch Bezirksleiter Buhl wollte keinen Zusammenhang sehen zwischen Lohnforderungen und dem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. "Diese Forderung muß ebenso wie die nach Übernahme der Bankabbuchungsgebühren durch die Unternehmen in die Manteltarifgespräche einbezogen werden." Und die können noch dauern.

Wie in der Einladung bereits ausdrücklich betont, wurde in dieser Sitzung kein Beschluß gefaßt. Jetzt ist es notwendig, die Debatte in den Betrieben verstärkt weiterzuführen. Die Forderungen der Kollegen von VAW Leichtmetall sind dafür eine gute Grundlage. Auf jeden Fall müssen die Delegierten zur nächsten Sitzung (Anfang Dezember) mit klaren Aufträgen aus den Betrieben erscheinen.

200 DM

Wir berichteten in der KVZ Nr.22, wie in der Freiburger Firma Hellige die Kollegen die Diskussion über die IGM-Forderung führten. Dort beschlossen die Vertrauensleute jetzt:

200 DM für alle, Streichung der unteren Lohngruppe 1 und 2, Absicherung der außertariflichen Zulagen, kürzere Laufzeiten der Tarifverträge.
Die Forderung wurde mit großer Mehrheit beschlossen als Empfehlung für die betriebliche Mitgliederversammlung:

Ford Köln:
In den einzelnen Vertrauenskörpern im Ford-Hauptwerk in Niehl brachte die Vertrauenskörperleitung lediglich einen Vorschlag von 11 % Lohnerhöhung ins Gespräch.
Demgegenüber verabschiedeten die Vertrauensleute im Teilwerk Merkenich, die für ca. 1 200 Arbeiter und Angestellte zuständig sind, ohne Gegenstimme eine Forderung von 11 % mindestens aber 200,– DM pro Monat.

R.S. Ford-Aufbauzelle

Umsetzungen und Entlassungen

Bremen. Bei Atlas stehen Umsetzungen und Entlassungen in den Abteilungen Sonderwerkstatt und Endmontage an. Die Aufträge im nächsten Jahr nehmen um 60 % ab. Außerdem will Atlas in das Zivilgeschäft einsteigen. Die teuren Facharbeiter sollen rausgeworfen und billigere Arbeitskräfte eingestellt werden.

Wie die Vulkan-Kapitalisten die Krise nutzen

Bremen. Bei Vulkan soll jetzt ein Ingenieur eingestellt werden, der nichts anderes zu tun hat, als hinter der Belegschaft herzuspionieren, um die Pünktlichkeit jedes Kollegen zu überwachen. Begründet wird die Einstellung des Ingenieurs ganz offen damit, daß man ja bei derart vielen Arbeitslosen sich die für den Betrieb Passabelsten aussuchen und die anderen auf die Straße werfen könne.
Trotz der Behauptungen, die Arbeitsplätze bei Vulkan seien nicht gefährdet wegen guter Auftragslage," ist klar: Die Kapitalisten nutzen die Krise, um aus den Kollegen mehr Arbeit herauszupressen.

Trotz der Behauptungen, die Arbeitsplätze bei Vulkan seien nicht gefährdet wegen guter Auftragslage," ist klar: Die Kapitalisten nutzen die Krise, um aus den Kollegen mehr Arbeit herauszupressen.

Tarifabschlüsse bei P + S

In der KVZ Nr. 23 schriebt Ihr in einer Notiz auf Seite 5, der Vertrauensleutekörper der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P + S) hätte für die Stahltarifrunde eine Forderung von 200 DM mindestens aufgestellt. Das ist nicht richtig. Der Vertrauenskörper hatte 14 % gefordert, wie die Tarifkommission dann auch forderte. Eine Woche nach Abschluß der Verhandlungen in Nordrhein-Westfalen wurden auch für die Kollegen von P + S die Verhandlungen abgeschlossen (hier waren die Tarife erst zum 31. Oktober kündbar). Das Ergebnis: 9 % mehr Lohn und Gehalt, den gewerblichen Arbeitnehmern und Tarifangestellten wird bis zum 30. November einmalig eine Summe von 300 DM gezahlt und die Jahresabschlußvergütung für 1975 wird von 72 % auf 87 % angehoben. 300 DM davon werden im Juni vorausgezahlt.

W., Sympathisantengruppe Peine

Forderungen der Jugendlichen

Braunschweig.
Am Dienstag, dem 12.11.1974 traf sich der Ortsjugendausschuß der DPG-Braunschweig. Er vertritt mehrer Hundert Jugendliche beim Post- und Fernmeldeamt. Der OJA erzielte Einheit für die Forderung 600 DM für Lehrlinge, 300 DM Urlaubsgeld.

Wetzlar.
Am 13.11. fand die erwartete OJA-Sitzung statt. In einer 2-stündigen Diskusion wurde herausgestellt, daß es richtig und notwendig ist, auf den Existenzlohn, heute 650 DM, hinzuarbeiten, daß es aber falsch ist, 650 DM für Lehrlinge zu fordern als Tarifforderung. Denn damit würden die Lehrlinge mit ihrer Forderung aus der einheitlichen Front von Arbeitern und Angestellten herausgebrochen.
Die Mehrheit entschied dann: 200 DM mindestens für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge, 30 Tage Urlaub, 1 Jahr Kündigungsschutz nach der Lehre.

T.H. OAG Wetzlar

Mitgliederversammlung der Amtsgruppe Post der Deutschen Postgewerkschaft am 11.11.: 30 Kollegen; 80 DM und 4 %; 300 DM Urlaubsgeld; 50 % von Lohngruppe 4 I für Auszubildende (das sind ca. 640 DM).

Eine Forderung für alle muss her

Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge: Die Einheit macht stark/ Bericht über die Diskussion von Lehrlingen bei der Post in Hamburg

Eine Forderung für alle muss her

Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge: Die Einheit macht stark/ Bericht über die Diskussion von Lehrlingen bei der Post in Hamburg

In der letzten Nummer der Kommunistischen Volkszeitung hat ein Genosse vom KAJB Frankfurt zu den aufzustellenden Lehrlingsforderungen seine Meinung veröffentlicht.
Der Genosse war der Auffassung, daß ein einheitlicher Existenzlohn für alle Lehrlinge gefordert werden müsse. Begründet hat er die Forderung damit, daß die Lehrlinge nicht länger ihren Eltern auf der Tasche liegen sollen, daß die Arbeiterklasse nicht auch noch die Kosten für die Kapitalisten trägt, um zukünftige Lohnarbeiter zu erziehen.
Die folgende Korrespondenz eines Genossen aus Hamburg versucht darzustellen, wie durch eine ähnliche Forderung in den Tarifauseinandersetzungen die notwendige Einheit von Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen hergestellt werden kann.

Hamburg. Viele Auszubildende bei der Post sehen den kommenden Tarifauseinandersetzungen mit Skepsis entgegen, denn im letzten Jahr wurden wir echt angeschissen: Die Erwachsenen bekamen zwar "mindestens 170 DM für alle" – natürlich auch nur, weil die Forderung schließlich durch Warnstreiks, Demonstrationen und Vollstreiks durchgesetzt wurde. Auch in Hamburg war dabei die Kampfbereitschaft der jugendlichen Kollegen gewiß nicht geringer als die der Erwachsenen.
Aber für uns Auszubildende kam schließlich doch nur ein Abschluß von 50 bis 65 DM heraus. Dem Bundespostministerium war es wieder fein gelungen, die Lehrlinge von den Erwachsenen abzutrennen. Das, was das Bundespostministerium auf Druck aller Kollegen, auch der jugendlichen, bei den erwachsenen zulegen mußte, das versuchte es durch den niedrigen Abschluß der Lehrlinge wieder herauszuholen. Und als der Abschluß für die Erwachsenen stand, war der Druck weg, denn allein, ohne die erwachsenen Kollegen, können die Auszubildenden nicht viel ausrichten.

Daß es dem Bundespostministerium schließlich gelang, die jugendlichen von den erwachsenen Kollegen abzutrennen und schließlich gegeneinander auszuspielen, lag allerdings auch daran, daß wir selbst zwei getrennte Forderungen – eine für die Auszubildenden: 600 DM, und eine für die Erwachsenen: mindestens 185 DM / 13 % aufgestellt hatten. So wurden die Weichen für die Spaltung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen gestellt. Und deshalb ist besonders seit den Jugendvertreterwahlen eine Forderung in der Diskussion, die diesen Fehler vermeidet: 50 % von der (Erwachsenen-) Lohn- und Gehaltsstufe 4 für die Auszubildenden. Das bringt im Endeffekt auch um 600 DM, das heißt aber keine getrennte Forderung für Jugendliche und Erwachsene, sondern eine Koppelung an die Forderung der Erwachsenen.

Unter den Kollegen in meinem Ausbildungstrupp besteht zwar Einigkeit darüber, daß wir (mindestens) 600 DM brauchen, um unseren Eltern nicht länger auf der Tasche zu liegen, aber ob überhaupt und wie das durchzusetzen ist, darüber gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. Beim Frühstücken gab es darüber vor einigen Tagen eine Diskussion, die ungefähr so ablief:
"Klar sind die 600 DM richtig, aber da kannst Du auch 1 000 DM fordern oder was Du sonst willst, das ist doch eine Illusion, das kriegen wir doch nie durch, wenn ich mich an den letzten Tarifabschluß für die Auszubildenden erinnere, werde ich heute noch sauer. Die 50 DM waren doch lächerlich. Diesmal findet der Tarifkampf ohne mich statt." – "Wenn Deine Meinung sich überall bei den Kollegen durchsetzt, dann kriegst Du nicht mal die 50 DM, die Du im letzten Jahr bekommen hast, oder meinst Du, der Staat ,wirft' uns das Geld freiwillig nach?" – "Aber wir haben doch nun bei der letzten Tarifrunde echt was auf die Beine gestellt. Wir waren auf Versammlungen, wir haben eine Demonstration gemacht, wir haben doch gekämpft – und was ist rausgekommen?" – "Das ist richtig, aber in der letzten Tarifrunde haben wir auch getrennt gekämpft, die Erwachsenen hatten ihre eigene Forderung und wir unsere eigene. Das schwächt die Kampfkraft, und das ist der Grund, weshalb das Bundespostministerium mit den Auszubildenden so leicht fertigwerden konnte. Denn von den Erwachsenen isoliert können wir tatsächlich kaum etwas erreichen. Deshalb ist die Forderung: 50 % von der Lohn- und Gehaltsstufe 4 auch richtig, weil so jugendliche und erwachsene Kollegen am gleichen Strick ziehen und nicht so leicht gegeneinander ausgespielt werden können."

Die Einheit macht stark, das hat schließlich die meisten Kollegen meines Trupps überzeugt. Aber wir werden diese Diskussion mit allen Auszubildenden im Amt führen müssen. Und die Einheit muß natürlich nicht nur zwischen jugendlichen und erwachsenen Kollegen hergestellt werden, sondern auch unter den erwachsenen Kollegen selbst. Darum ist eine einheitliche ausreichende Mark- und Pfennigforderung für alle gleich notwendig. Dann haben wir gute Bedingungen dafür, um im Lohnkampf eine einheitliche Front zu bilden.

–d.d., Hamburg–



Streik 1974: Lehrlinge gemeinsam mit den älteren Kollegen.

VW-Lehrlinge boykottieren Kantine

Wolfsburg. In der Zeit der Massenentlassungen und Umsetzungen bei VW wurden frech die Kantinenpreise um durchschnittlich 21 % erhöht. Im wesentlichen sind davon die Lehrlinge betroffen, weil die Schichtarbeiter mittags keine Pause haben.
Die Lehrlinge bekommen monatlich 40 Essenmarken im Wert von 20 DM. Aber schon vor der Preiserhöhung konnte man damit nicht länger als zwei Wochen auskommen. Den Rest des Monats müssen die Lehrlinge das Essen von ihrem Lohn bezahlen oder ihre Eltern geben ihnen Geld dafür. Ein altes Sprichwort heißt: Wer arbeitet, muß auch essen. Da wir für die Kapitalisten arbeiten und die Ausbildung in der Industrie nichts weiter als die Vorbereitung zur Ausbeutung ist, sollen die Kapitalisten gefälligst freie Verpflegung während der Arbeitszeit gewähren. Zu recht empörten sich die VW-Lehrlinge aus Wolfsburg und organisierten einen zweitägigen Kantinenbyokott, um ihrer Forderung nach 80 Essenmarken Nachdruck zu verleihen.

–M.t., Betriebsjugendzelle VW des KAJB Wolfsburg–

In den Betrieben zeichnet sich eine Forderung zwischen 180 u. 250 DM ab

ÖTV-Spitze: Im Zickzack in die Sackgasse

Am Dienstag, den 26. November, wird die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV zusammentreten und den Scherbenhaufen der Lohnpolitik ihres Hauptvorstandes besichtigen. Auf dem Tisch wird sich der treffliche Vorschlag von 50 DM, 6 Prozent, 300 DM Urlaubsgeld sowie 50 DM Urlaubsgeldzuschlag für jedes Kind befinden. Dazu noch das Ersuchen des Hauptvorstandes, ihn zum Abschluß einer Schlichtungsvereinbarung zu ermächtigen.

Wie hat nun der Hauptvorstand, um Heinz Kluncker geschart, die Gewerkschaft ÖTV im Zickzack in diese Sackgasse geführt?

Es war diese Führungstätigkeit leider nicht so öffentlich ruchbar, wie es ihre Folgen sind; wir sind auf Mutmaßungen angewiesen. Schon im Sommer muß Kluncker Verhandlungen mit der Regierungsseite angesponnen haben, sozusagen SPD-intern. Und zwar über eine Verschiebung der Lohnbewegung in bessere Zeiten, zum Beispiel im März. Dies scheint sich vielversprechend entwickelt zu haben. Heinz Kluncker teilt seiner Organisation Mitte Oktober sinngemäß mit, "viel zu früh, sich den Kopf zu zerbrechen, keine Unterlagen". Nachdem er dies im ÖTV-Magazin vollbrachte, erschlafft das Interesse der Regierung. Ihre Position ist glänzend. Die Vorbereitung des entschlossenen Lohnkampfes ist um mehrere Wochen verzögert, und zwar durch den ÖTV-Hauptvorstand selber. Zeit wird gebraucht, um die Bewegung von etwa einer Million Menschen zu entwickeln, und Zeit war verstrichen. Ohne die entwickelte Kraft der Mitglieder stellt die Gewerkschaft ÖTV aber nichts dar, als eine Aufforderung an die Regierungsseite, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu plündern. Dorthin hatte es der Hauptvorstand gebracht, und dann stand er da. Bis ihm folgende Erleuchtung gekommen sein muß: Zur Berufsgeschicklichkeit jedes Mausfallen- oder Teppichhändlers gehört die Weisheit: Wenn sie dich mit deinem Kram zur Tür hinauswerfen, dann mußt du unter der Türritze hineinkriechen und schreien "Halt, es geht auch billiger!". So wird der Forderungsvorschlag von 50 DM, 6 Prozent samt dem seit einem Jahr überfälligen Urlaubsgeld zustandegekommen sein. Als Dreingabe bietet er wie ein billiger Tarifjakob noch eine Schlichtungsordnung, schön frisch. Nachdem dies alles auf dem Tisch lag, geschah folgendes: Weit entfernt, dem Heinz Kluncker das staatsmännische Verantwortungsbewußtsein zu bescheinigen, griff die Regierungsseite nach. Denn eine derartig niedrige Forderung bedeutet, daß man unter der Hand zugibt, daß die Arbeitskraft der Beschäftigten mehr auch nicht wert sei. Und wir werden es erleben, wie die bürgerliche Presse im Verlauf der Lohnbewegung dies nutzen wird. Die Regierung jedenfalls strebt einen bedeutend schlechteren Abschluß an. Wenn man auf der vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Linie vorgeht, dann wird ein sehr niedriger Abschluß zustandekommen. Weil dies die Spatzen von den Dächern pfeifen, ist es nicht sicher, daß die Große Tarifkommission den Hauptvorstand zu allerlei ermächtigen wird. Denn selbst überzeugte Sozialdemokraten geben nicht gern den Fußabstreifer für die Schmidt/Genscher-Regierung ab. Wir haben bis jetzt das Schauspiel sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik betrachtet und versucht, einige Mutmaßungen über die Regie hinter den Kulissen anzustellen. Inzwischen aber ist unübersehbar, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wollen sich nicht zum Publikum machen lassen, sondern pfeifen kräftig. Allenthalben finden Beschlußfassungen statt über die Tarifforderung, und die überwiegende Mehrheit dieser Versammlungen entscheidet sich für Festgeldforderungen in Höhe von 180 bis 250 DM. Natürlich auf der Mitgliederebene. In den höheren Vertretungskörperschaften ist die Liebe zum Hauptvorstand größer und sind die Forderungen weniger gut. Es wird nicht ausbleiben, daß sich viele Belegschaften und Vertretungskörperschaften mit Grußbotschaften oder Telegrammen an die Große Tarifkommission wenden. Das ist in der Gewerkschaft noch nie ausgeblieben, wenn eine wichtige Entscheidung zu treffen war.

In dieser Lage muß man nach meiner Auffassung folgende Gesichtspunkte hervorheben:

1. Jetzt so hohe Forderungen stellen, daß "noch etwas zum Verhandeln bleibt", damit kommt man nicht weiter. Gebraucht wird eine Forderung, bei der alle dafür eintreten, daß so und nicht anders **abgeschlossen** wird. Nur um eine solche Forderung gesammelt, können die Beschäftigten ihre Kraft gegen die Regierungsseite entwickeln.
2. Nicht richtig ist es, sich insbesondere wegen der Höhe des Urlaubsgeldes zu streiten. 300 DM für jeden sowie 50 DM für jedes Kind Zuschlag ist zwar niedrig, **aber man kann sich darauf einlassen, wenn die Hauptforderung stimmt.** Wenn die Hauptforderung nicht stimmt, dann bringt es der Streit um die Höhe des Urlaubsgeldes auch nicht.
3. Was die Hauptforderung angeht, so zeichnet sich in den Betrieben eine Forderung zwischen 180 DM und 250 DM für alle gleich ab. Solche Forderungen sind völlig richtig, und man muß dafür eintreten, daß sie aufgestellt werden. Es ist auch ganz normal, daß von verschiedenen Betrieben verschiedene Forderungen kommen. Damit aber keiner sagen kann, es wären die Meinungen sowieso geteilt, und dann eine beliebige Forderung aufstellen kann, ist es unbedingt erforderlich, erstens solche Forderungen an die Große Tarifkommission weiterzuleiten, und zweitens klarzustellen, daß die Große Tarifkommission unter keinen Umständen eine Forderung beschließen soll, die nicht jedem Kollegen eine Lohnerhöhung von mindestens, sagen wir, 200 DM bringt.
4. Was den Vorschlag zu einer Schlichtungsordnung angeht, muß festgehalten werden, daß man die so nötig braucht wie einen Kropf am Hals. Es soll niemand ermächtigt werden, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst solchen Kropf anzuhängen.

M.F.

Über die Zustände im öffentlichen Dienst berichten

In letzter Zeit lese und höre ich immer von der Gemütlichkeit der Amtsstuben, von den hohen Löhnen der Kollegen von der Müllabfuhr, von den vielen und langen Kaffeepausen in den Krankenhäusern.
Sogar viele Kollegen in meinem Betrieb vertraten immer wieder diese Ansicht, besonders dann, wenn einer von einem Rathausbesuch zurückkam oder wenn einer im Krankenhaus war. Im Rathaus mußte man stundenlang warten, im Krankenhaus hatte die Schwester kaum Zeit, sich um einen zu kümmern.
Nun ist mir aber aufgefallen, daß das Pflegepersonal im Krankenhaus ziemlich viel rennen muß, weil zu wenig Personal da ist, daß man im Rathaus so lange warten muß, weil es einige gibt, die unheimlich viel verdienen und nichts zu tun und einige, die genauso wenig verdienen wie wir und viel tun müssen.
Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Kollegen im öffentlichen Dienst mit diesen Zuständen einfach zufrieden sind. Daß der Angestellte im Rathaus Freude daran hat, andere Arbeiter und Angestellte arrogant und unfreundlich zu behandeln, daß die Krankenschwester gern die miserable Versorgung von Patienten durchführt.
Ist es nicht so, daß die Öffentlichen Dienstler gar keinen Einfluß haben auf den Gang der Geschäfte des Staatsapparates?
Ich meine, daß sie schön dumm wären, wenn sie das nicht immer wieder den Menschen, die unter dem öffentlichen Dienst zu leiden haben, erklären würden und wer an diesen Verhältnissen die Verantwortung trägt.
Der Staat versucht immer wieder, die Schuld den Beschäftigten in die Schuhe zu schieben und sagt, es müsse rationalisiert werden und die unverschämten Lohnforderungen müssen weg. **Wenn die Kollegen des öffentlichen Dienstes da nichts unternehmen, dann werden das sicherlich bald noch mehr Menschen glauben.**

K., Werkzeugmacher
VW-Wolfsburg

Tarifforderungen von ÖTV-Kollegen

Vollversammlung der Vertrauensleute in der Hauptabteilung Gemeinde in Frankfurt a. M. am 14.11.74:
Anwesend: 1. Zuständiger Kreissekretär Willi Guenon
2. Stübe = 2. Vorsitzender des Bezirks Hessen
3. vor allem: über 100 Vertrauensleute aus städtischen Ämtern und Betrieben sowie Vertrauensleute als Gäste aus dem Bereich: Uni-Kernbereich und Uni-Kliniken sowie Institut für Sozialforschung.
Die Vertrauensleute berichteten von den bisher aufgestellten Forderungen:
Ausgleichsamt (Mitgliederversammlung (MV) am 14.11.): 10 %, mindestens 200 DM entsprechende Erhöhung bei den Auszubildenden; 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind; stufenweise Übernahme der Arbeitsgeberanteile an der Sozialversicherung, nicht jedoch zu Lasten der Tarifforderungen.
Stadtsteueramt (MV am 12.11.): Festbetrag 200 DM; Urlaubsgeld wie gehabt; Auszubildende ebenfalls. Pauschalbetrag für die Erstattung der Fahrtkosten, tarifvertragliche Absicherung der Vertrauensleutearbeit.
Sozialverwaltung (MV am 13.11.). Kritik an der Vorgehensweise des Hauptvorstandes. Forderungen: 10 %, mindestens 200 DM höchstens 350 DM; Urlaubsgeld 300 DM; 50 DM für jedes Kind; 700 DM für Auszubildende.
Bauverwaltungsamt (MV am 14.11.): 250 DM; 300 DM Urlaubsgeld; 700 DM für Auszubildende; Ablehnung des Schlichtungsverfahrens; Urabstimmung vor endgültigem Abschluß; Absicherung der Vertrauensleutearbeit.
Branddirektion. 200 DM; Urlaubsgeld 300 DM und 50 DM für jedes Kind; Laufzeit des Tarifvertrages 12 Monate, evtl. Kündigung jedoch schon zum 1.9.75; Absicherung der Vertrauensleutearbeit.
Universitäts-Kliniken: 250 DM etc.
Stadtreinigungsamt: Gegen Festgeldbetragsforderung: 60 DM Sockel und 8 % (mit dem Argument, sonst würden Zulagen nicht erhöht); evtl. Erhöhung der Streikgelder.
Institut für Sozialforschung: Kritik am Verhalten des Hauptvorstandes; Forderung: 300 DM Urlaubsgeld, 300 DM Festbetrag.
Stadtvermessungsamt: 10 %, mindestens 200 DM.
Nach breiter Diskussion ergab eine Abstimmung über die Frage Festbetrag oder %-Forderung eine sehr große Mehrheit für den Festbetrag (90 von 100). Es wurde dann folgender Forderungskatalog verabschiedet:
250 DM
300 DM Urlaubsgeld
700 DM Ausbildungsvergütung
Erstattung der Fahrtkosten durch den staatlichen Dienstherrn (Pauschale)
Tarifliche Absicherung der Vertrauensleutearbeit.
In einer Entschließung wandten sich die Kollegen scharf gegen jegliches Schlichtungsabkommen.

Wolfsburg. Am 12.-14.11. fand ein Tarifseminar der ÖTV-Kreisversammlung Wolfsburg-Gifhorn statt, an der auch das Mitglied des ÖTV-Hauptvorstandes und der Großen Tarifkommission, Otto Gräber, teilnahm. Eingeladen waren die Vertreter der einzelnen Bereiche und Personalgruppenausschüsse. Beschlossen wurde eine Forderung von 220 DM, die als Grundlage zur Diskussion in die einzelnen Bereiche gegeben werden soll. Bei Anwesenheit des Hauptvorstand-Mitglieds Gräber wurde die Hauptvorstand-Empfehlung von 6 % und 50 DM abgelehnt, weil sie spalterisch sei.

Kiel. Mitgliederversammlung Abteilung Allgemeine Kommunalverwaltung am 6.11.: Kein Lohnabschluß unter 11 %; 100 DM plus 5,5 %. Für Auszubildende 660 DM; Bis zum Zusammentreten der Großen Tarifkommission soll eine Mitgliederversammlung der ÖTV auf Kreisebene stattfinden.
ÖTV-Kreisjugendausschuß: 660 DM für Auszubildende.

Stuttgart. ÖTV-Mitgliederversammlung vom Regierungspräsidium vom 11.11.:
Mindestforderung 200 DM einstimmig (20 Personen); Anhebung des unteren Ortszuschlages; 300 DM Urlaubsgeld; 50 DM für jedes Kind.

Mitgliederversammlung Universität:
250 DM Festgeld; Urlaubsgeld 300 DM und 50 DM pro Kind; 650 DM für Auszubildende.

Kassel. Mitgliederversammlung der ÖTV, Betriebsgruppe Gesamthochschule am 12.11.:
100 DM und 6 % Lohnerhöhung, mindestens aber 200 DM; 300 DM Urlaubsgeld; für diejenigen, die beim letzten Mal statt 170 DM nur 161 DM bekommen haben, 10 DM zusätzlich! Spätestens 14 Tage nach der Sitzung der Großen Tarifkommission am 26.11. eine weitere Mitgliederversammlung.

Frankfurt. Die ÖTV-Mitgliederversammlung der J.W.Goethe-Universität am 17.10.74: 300 DM Festgeldbetrag 300 DM Urlaubsgeld rückwirkend ab 1.1.74 (soll nicht aufs Gehalt angerechnet werden); kürzere Laufzeit des Tarifvertrages (bis Oktober 1975); die unteren Lohngruppen sollen gestrichen werden; Ausweitung des Stellenplans aufgrund der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40Wochenstunden seit 1.10.74; kein Schlichtungsverfahren; vor Annahme des Verhandlungsergebnisses eine Mitgliederbefragung; soweit wie möglich, soll die ÖTV gleichzeitig mit der IG Metall die Lohn- und Gehaltsverhandlungen führen.
Die Mitglieder wiesen in einem Beschluß die Empfehlung des Hauptvorstandes zurück und verurteilten sein Vorgehen.

Bremen. Betriebsgruppensitzung der Familienhilfe (ÖTV) vom 8.11.74 faßte einstimmig folgende Beschlüsse:
Einheitliche Lohnerhöhung linear um 240 DM; einheitliches Urlaubsgeld von 300 DM; Staffelung des Urlaubsgeldes pro Kind um 50 DM; Verankerung des Urlaubsgeldes im Zusatztarif; Angleichung der Anzahl der Urlaubstage an die höchste Gehaltsstufe, so daß der Urlaub nur nach einer Altersstaffelung gewährt wird: bis zum 30. Lebensjahr 24 Tage, bis zum 40. Lebensjahr 28 Tage, nach dem 40. Lebensjahr 30 Tage; Tariflaufzeit von 9 Monaten; Aufnahme der Lohnerhöhung in BAT bzw. Manteltarifvertrag.

Westberlin. Am 7.11.74 beschloß die ÖTV-Betriebsfachgruppe Sozialarbeit des Bezirksamtes Schöneberg (anwesend waren ca. 40 Sozialarbeiter und Erzieher): Raus aus der Konzertierten Aktion; 250 DM mehr für alle; Zuschläge für alle gleich in DM; 300 DM Urlaubsgeld für 1974; 600 DM Urlaubsgeld für 1975.

ÖTV-Mitgliederversammlung am Rehabilitationszentrum in Wieblingen/Heidelberg vom 12.11.1974:
180 DM und 5 % beschlossen. Vom Vertrauensmann Furian (DKP) wurde eingebracht: 120 DM und 7 %. Es wurde eine ausführliche Diskussion um die Festgeldforderung geführt. Für Festgeld sprachen 5 Kollegen, gegen Festgeld traten auf: der Delegierte Andreas, ÖTV-Sekretär Wichmann und Furian (DKP). Abstimmung: 6 Kollegen für eine Festgeldforderung.
Urlaubsgeld: 300 DM und 50 DM pro Kind – soll jedoch gesondert behandelt werden, nicht in der Tarifrunde, da es sonst auf die Lohnerhöhung angerechnet würde, jedoch noch 1975.
Wegfall der unteren Lohngruppen.

Darmstadt. Mitgliederversammlung an der Technischen Hochschule: 250 DM mehr, 500 DM Urlaubsgeld. Unterstützt, nicht beschlossen wurde die Forderung 600 DM für Auszubildende und 300 DM Urlaubsgeld für Auszubildende.
Stadt-Institut Wohnen und Umwelt: Am 12.11. Mitgliederversammlung für 9 %, aber 250 DM mindestens.

Bremen. ÖTV-Vertrauensleutekörper der Abteilung Soziale Arbeit, 11 von 25 anwesend, einstimmig für 240 DM für alle, auch für Jahrespraktikanten.
Urlaubsgeld: 300 DM, pro Kind 50 DM Urlaubszuschlag. Angleichung der Urlaubsansprüche an die höchste Gehaltsstufe und Übernahme der entsprechenden Altersstaffelung. 650 DM für Auszubildende. Auszahlung im Monat des Tarifabschlusses und Laufzeit 9 Monate. Betriebsgruppe Kirche, zur Abteilung Soziale Arbeit Forderungen wie Abteilung.

Wiesloch. Mitgliederversammlung am Psychiatrischen Landeskrankenhaus am 12.11.: Festgeld von mindestens 225 DM und 50 DM für jedes Kind; Urlaubsgeld von 350 DM; Urabstimmung vor dem endgültigen Abschluß.

Waiblingen. Mitgliederversammlung der Stadtverwaltung und der Stadtwerke.
Festbetrag 200 DM; Urlaubsgeld von 350 DM und pro Kind 50,DM; Mindesturlaub von 22 Tagen. Beim Ortszuschlag sollen die beiden unteren Lohngruppen gestrichen werden.

Oberhausen. ÖTV-Mitgliederversammlung Stadt-Verwaltung: 200 DM Festbetrag, 300 DM Urlaubsgeld, 50 DM extra pro Kind Urlaubsgeld.

Mainz. Bei einer mitgliederöffentlichen Sitzung des Vorstandes der ÖTV-Kreisabteilung WiFo Mainz teilte der anwesende ÖTV-Sekretär mit, daß in Mainz bisher der Kreisjugendausschuß, der Kreisarbeiterausschuß und die Belegschaft der Stadtwerke Festgeldforderungen beschlossen haben. Dies wurde von den Anwesenden einmütig begrüßt.

Göttingen. Vertrauensleute der Chirurgischen Klinik am 7.11.: 250 DM linear für alle Beschäftigten; gleiche Tarifrunde für alle Beschäftigten und Auszubildenden im öffentlichen Dienst; 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind; keinerlei Schlichtungsordnung; Kontrolle der Großen Tarifkommission durch direkte Wahl der Tarifkommissionsmitglieder und Rechenschaftspflicht derselben; Laufzeit des Tarifvertrages von 1/2 Jahr.
Die Diskussionsgrundlage des Hauptvorstandes der ÖTV (6 % und 50 DM Sockelbetrag) wurde als Provokation zurückgewiesen.

Die Mitgliederversammlung der Kinderklinik hat eine Forderung von 250 DM für alle verabschiedet, 300 DM Urlaubsgeld, Wegfall der beiden unteren Lohngruppen.

Oldenburg. Die Betriebsgruppe der Universität weist in einem Beschluß vom 15.11. die Empfehlung des Hauptvorstandes zurück. Sie betont: "Ein Zusammenschluß der Lohnabhängigen ist aber unbedingt notwendig angesichts der wiederholt erklärten Absicht der Regierung, Lohnerhöhungen weit unter 10 % durchzusetzen. Ein Zusammenschluß ist nach Auffassung der Betriebsgruppe nur möglich mit einer einheitlichen Forderung, einer Forderung in Mark und Pfennig. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind mit der Forderung von mindestens 185 DM im letzten Jahr gut gefahren. Es gibt keinen Grund, dahinter zurückzufallen."

Bremen
Abteilung Justiz. Mitgliederversammlung am 18.11.: 250 DM für alle, 300 DM Urlaubsgeld, 50 DM Urlaubszuschlag pro Kind.
Statistisches Landesamt: 220 DM 300 DM Urlaubsgeld.

Bremen
Der Vertrauensleutekörper der Bremer Finanzverwaltung hat folgende Erklärung an die Große Tarifkommission am 15.11. abgeschickt:
"Die Vertrauensleute der Abteilung Landesfinanzverwaltung Bremen lehnen den Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstandes zu den Tariferhöhungen um 6 % plus 50 DM ab und weisen nachdrücklich auf den Beschluß der Mitgliederversammlung vom 31.10. hin: 11 %, mindestens 180 DM mehr für alle Bediensteten des öffentlichen Dienstes."

Heidelberg.
Die Kreisdelegiertenversammlung der ÖTV beschloß am 13. November, die Empfehlung des Hauptvorstandes zu unterstützen. Das entspricht nicht den Forderungen eines großen Teils der Mitglieder aus den Betrieben. In 14 Betrieben waren Festgeldforderungen zwischen 140 und 250 DM aufgestellt worden. Nur 10 Betriebe hatten Prozenterhöhungen gefordert. 21 Betriebe stellten eine gemischte Forderung auf.

Heidelberg. ÖTV-Mitgliederversammlung im hochschulfreien Forschungsbereich vom 12.11.74:
Einheitliches Festgeld in Höhe von 250 DM und 50 DM mehr pro Kind, da durch die neue Kindergeldregelung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erhebliche Nachteile entstehen.
300 DM Urlaubsgeld für jeden und 100 DM pro Kind.
700 DM mindestens für Auszubildende.
Streichung der beiden unteren Lohngruppen aus Arbeiter-, Angestellten- und Beamtentarifen.
Zur Durchsetzung der Forderung:
1. Urabstimmung vor dem Abschluß.
Die Mitgliederversammlung ist der Ansicht, daß der Hauptvorstand nicht ohne breite Befragung der Mitglieder den Angeboten der Arbeitgeber zustimmen darf.
2. Nach dem ersten Angebot der öffentlichen Arbeitgeber sofortige Einberufung einer Protestkundgebung in Heidelberg. Diese Protestkundgebung sollte nicht am Bahnhof und nicht außerhalb der Arbeitszeit stattfinden.
3. Öffentliche Veranstaltung der ÖTV in Heidelberg während der Tarifrunde.
4. Erneute Einberufung von Funktionärs- und Mitgliederversammlungen zwischen dem ersten und zweiten Verhandlungstermin.
5. Veröffentlichung der Fragebogen aus den Betrieben in Heidelberg zur Aufstellung der Forderung gemäß Beschluß 408 des Gewerkschaftstages.

Mannheim

Jugendamt-Außendienst: Mitgliederversammlung am 18.11.: 250 DM mehr, 350 DM Urlaubsgeld, Mindesturlaub 20 Tage nur nach Alter gestaffelt, an höchster BAT-Gruppe orientiert. Zusätzlicher Urlaub für Kollegen über 50 Jahren. 650 DM für Auszubildende.

Vertrauensleute Verkehrsbetriebe Mannheim:
Resolution gegen das Vorgehen des Hauptvorstandes: Keine Aufstellung einer Empfehlung, bevor die Diskussion unter den Mitgliedern abgeschlossen ist. Forderung: 7,5 % und 80 Mark und 30 Mark für jedes Kind, 300 Mark Urlaubsgeld.

Mitgliederversammlung Stadtsparkasse Mannheim:
Anwesend: 20 Kollegen, von der Kreisverwaltung: Kollege Naas.
Forderungen: 225 Mark Festgeld für alle; 350 Mark Urlaubsgeld und 50 Mark für jedes Kind; 20 Tage Mindesturlaub, stärkere Staffelung nach Alter, Wegfall der Staffelung nach Gehaltsgruppen; 26 Mark vermögenswirksame Leistungen; 650 Existenzlohn für alle Lehrlinge, sonst die gleichen Forderungen wie die Angestellten.

Mitgliederversammlung der Fachgruppe Vorschulerziehung in der ÖTV:
Anwesend: 13 Kollegen, Kollege Naas von der Kreisverwaltung.
Forderungen: 300 Mark mehr für alle; 300 Mark Urlaubsgeld rückwirkend für 1974; 350 Mark Urlaubsgeld und 50 Mark für jedes Kind ab 1975.

Mitgliederversammlung Städtische Krankenanstalten Mannheim:
Anwesend: 50 Kollegen, Kollege Naas von der Kreisverwaltung.
Forderungen: 250 Mark für alle, 300 Mark Urlaubsgeld rückwirkend ab 1974; 50 Mark für jedes Kind.

Berichtigung
Gießen. Die ÖTV-Betriebsgruppe am Klinikum forderte nicht, wie in KVZ Nr. 24 geschrieben, 250 DM Festgeldbetrag, sondern **290 Festgeldbetrag** für alle.

In der Krise hetzen uns die Kapitalisten noch mehr

Korrespondenz aus dem Ka-Ha-Werk Giessen

Kaum eine Woche ohne ein neues Gesicht in der Schicht

Die Kapitalisten versuchen stets, aus der Krise durch Steigerung der Ausbeutung der werktätigen Massen herauszukommen; sei es, daß sie die Löhne drücken oder die Arbeitshetze verschärfen. Auch Kapitalisten, die gar nicht in einer krisenhaften Lage stecken, nutzen die verschärfte Konkurrenz, in der sich die Arbeiter in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit befinden, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Hetze zu steigern. Gerade in dieser Lage muß die gesamte Arbeiterklasse um Rechte kämpfen, die ihren physischen und psychischen Ruin verhindern und ihre Einheit und Selbständigkeit gegenüber ihren Ausbeutern fördern.

Gießen. Beim KaHa-Kunststoffwerk in Gießen bekommen wir dies ständig zu spüren. Vergangene Woche fiel in der Spätschicht der Rollmann aus. Dieser fährt die vollgeladenen Paletten mit den verpackten Kunststoffteilen zur Weiterverarbeitung in den Siebdruck und schafft das von der Arbeitsvorbereitung bereitgestellte Material an die Maschinen heran und füllt es ein. Statt für die insgesamt 4 Tage nun einen Ersatzmann zu beschaffen, sparte die Geschäftsleitung kurzerhand diesen Rollmann ein: Einen Ausländer überredete man, von der Frühschicht bis um 18 Uhr in der Spätschicht insgesamt 4 Überstunden zu machen, und die restlichen 4 Stunden der Schicht mußten eben der Schichtführer sowie vor allem das Maschinenpersonal dessen Arbeit mit erledigen. Für mich hieß das z.B., daß ich nicht nur 11 Spritzautomaten zu beaufsichtigen hatte, die vollen Kisten wegpacken bzw. Teile sortieren mußte, sondern mir auch noch selbst Material zu holen und es in die Maschine zu kippen hatte. Da man auch ohne diese zusätzliche Tätigkeit alle Hände voll zu tun hat, wurde das Ganze eine üble Rennerei, und der Schweiß floß in Strömen.

Diese Extraarbeit wurde zudem schlecht gelohnt: Da ich nun weniger auf Ausschuß warten konnte, produzierte eine Maschine eine Zeitlang deformierte Teile, ohne daß ich es bemerkte. Am nächsten Tag erhielt ich eine "Ermahnung" wegen "Nicht-Einhaltens der Prämienvoraussetzung". Wenn man einen Monat fehlerfrei gearbeitet hat, bekommt man nämlich eine Prämie (etwa 30 DM), die bei drei Ermahnungen gestrichen wird. Dies ist zwar nicht viel, macht aber bei einem Hungerlohn von netto 850 DM schon etwas aus.

Überhaupt versucht der KaHa-Kapitalist Hädrich, möglichst am Personal zu sparen. Wenn dann einmal einer wegen Krankheit o.ä. ausfällt, müssen die anderen um so mehr ran: In dieser Woche war ein Kollege erst zur Frühschicht eingeteilt (6.15 bis 14.15 Uhr). Nachdem er bis 12 Uhr gearbeitet hatte, beschwatzte man ihn, nach Hause zu gehen, um in dieser Woche Nachtschicht (von 22.05 bis 6.20 Uhr) zu machen, weil einer fehlte – er könne sich ja noch 5, 6 Stunden ausruhen. Der Kollege hatte bereits in der vorhergehenden Woche Nachtschicht gearbeitet, und wer dies einmal gemacht hat, kann sich vorstellen, wie einem 14 Tage Nachtarbeit Nerven und Kraft kosten. Mit den zahlreich beschäftigten Ausländern wird noch frecher umgesprungen. So hatte ein Türke, dessen Weg zur Arbeit etwa eine Stunde dauert, in der Spätschicht bis 22.10 Uhr gearbeitet und wurde überredet, am nächsten Morgen Frühschicht ab 6.15 Uhr zu machen – nach etwa viereinhalb Stunden Schlaf! Ich selbst mußte vor kurzem zweimal hintereinander Frühschicht machen, was bedeutet, daß zweimal der halbe Samstag hops ging, denn in der Frühschicht wird auch samstags von 6.15 bis 13 Uhr gearbeitet.

Wer sich weigert, derartige Schikanen über sich ergehen zu lassen, muß früher oder später damit rechnen, zu fliegen. Gerade bei KaHa vergeht kaum eine Woche, daß ein neues Gesicht in der Schicht auftaucht. Gerade jetzt kann sich der Kapitalist Hädrich bestens aussuchen, wen er ausbeuten will zu welchen Bedingungen. In dieser Lage nützt es den Arbeitern nichts, auf ein Ende der Krise oder die Nachsicht anderer Kapitalisten zu hoffen. Die Arbeiter brauchen Rechte, die sie vor solcher verschärften Ausbeutung durch die Kapitalisten schützen, und es der gesamten Klasse ermöglichen, sich gegen ihre Ausbeuter zusammenzuschließen:

Verbot der Nacht- und Schichtarbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Gewerkschaftsorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig sind, jedoch unter der Bedingung, daß die Nachtarbeit 4 Stunden nicht übersteigt.

Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen. Völliges Verbot der Überstundenarbeit.

J.G., Gießen



Frankfurt. Am Sonntag, dem 17. November, demonstrierten über 4 000 Menschen (vorwiegend ausländische Arbeiter) gegen die diskriminierende Kindergeldregelung für Ausländer. Zu der Demonstration hatten zahlreiche Komitees aus verschiedenen Städten aufgerufen. Die Demonstranten zogen vom Opernplatz durch die Innenstadt nach Bornheim, wo die Abschlußkundgebung stattfand. Die Losungen der Demonstranten waren: Gleiche Steuern – Gleiches Kindergeld; Für alle Arbeiter gleich welcher Nation: Gleiches Kindergeld und gleichen Lohn; Gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer; Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront!

Der Sprecher der Komitees wies in seiner Rede auf die vielfältigen Formen der Diskriminierung der ausländischen Werktätigen in der Bundesrepublik hin und forderte alle ausländischen und deutschen Arbeiter auf, der Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland entgegenzutreten und die Diskriminierung insbesondere der ausländischen Arbeiter, die von außerhalb der EG kommen, nicht hinzunehmen.

In mehreren Sprachen wandten sich weitere Redner an die Versammelten.

Kostenlose und obligatorische Einbürgerung der Ausländer nach drei Monaten !

Sprachkurse auf Staatskosten !

Der Kampf für die Rechtsgleichheit der Ausländer, die in Westdeutschland leben und arbeiten, mit den Bürgern der Bundesrepublik wird gegenwärtig zu einem drängenden Problem für die Arbeiterbewegung in Westdeutschland. Die hereinbrechende Krise des Kapitalismus mit wachsender Arbeitslosigkeit verschärft die Konkurrenz zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern und erlaubt es der herrschenden bürgerlichen Klasse, den einen Teil des in Westdeutschland von ihr ausgebeuteten Proletariats gegen den anderen auszuspielen. Das schwächt die Kampfkraft beider Teile. Schon in Zeiten der Hochkonjunktur sind die Arbeiter ausländischer Herkunft zumeist gezwungen, schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne hinzunehmen als ihre deutschen Kollegen.

In der Krise wird dieser Unterschied noch deutlicher. Eine zunehmende Zahl von ausländischen Arbeitern wird arbeitslos, und mit der Arbeit verlieren sie bald auch die Aufenthaltserlaubnis. Viele von ihnen wissen sich nicht anders zu helfen: Sie bleiben als "Illegale" im Land und müssen ohne Papiere ihre Arbeitskraft für ein Butterbrot an irgendeinen kapitalistischen Ganoven verkaufen. Sie wirken damit als Konkurrenz für die deutschen Arbeiter und erleichtern es, auch deren Lage zu senken.

Wenn die organisierte Arbeiterbewegung die Dinge treiben läßt, dann werden sich notwendig auf der Grundlage dieser Konkurrenz Stimmen in der Arbeiterschaft vermehren, die sagen, daß nur die ausländischen Arbeiter schuld seien an der Arbeitslosigkeit, daß die Ausländer den deutschen Arbeitern alle Stellen wegschnappten, weil sie sich besonders billig verkauften usw. Denn das ist der spontane Gang der Dinge.

Und die bürgerliche Klasse wird ihn zu nutzen wissen: Immerhin sind ein Zehntel der Lohnabhängigen in Westdeutschland Ausländer, und unter den Industriearbeitern noch mehr.

Eine solche Gelegenheit zur Spaltung wird die Bourgeoisie mit Sicherheit nicht auslassen. Es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiterbewegung in dieser Frage eine einheitliche Position bezieht. Und dafür ist es gut, wenn in den Gewerkschaften auf Beschlüsse hingewirkt wird, die die Einheit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern in Westdeutschland stärken, wie es der Genosse I. getan hat.

Warum ist die Forderung nach obligatorischer Einbürgerung aller in Westdeutschland lebenden und arbeitenden Ausländer dazu geeignet, diese Einheit herzustellen?

Weil das die einzige Möglichkeit ist, tatsächlich gleiche Rechte für die ausländischen Arbeiter zu fordern. Rechte werden gefordert vom Staat. Wenn die ausländischen Arbeiter das Recht auf politische Versammlungs- und Organisationsfreiheit fordern, dann müssen sie das fordern vom westdeutschen Staat. Sie müssen also auf seine Entscheidungen einwirken und ihm diese Rechte abtrotzen. Und gemeinsam mit den westdeutschen Arbeitern müssen sie ihm schließlich und endlich das Recht abtrotzen, daß der Wille des arbeitenden Volkes herrschende Gewalt sein soll, was zugleich bedeutet, daß der alte bürgerliche Staatsapparat zerbrochen werden muß. Rechte brauchen also die Ausländer nicht nur in der Form von Schutzrechten gegenüber dem westdeutschen Staat, sondern Rechte brauchen sie, um sich in das politische Leben in Westdeutschland selbst mischen zu können und ihre Interessen als Arbeiter gegen die bürgerliche Klasse vertreten zu können. Die Forderung nach dem Recht, sich in die Tätigkeit der Staatsorgane einmischen zu können, denen sie in Westdeutschland unterworfen sind, das ist aber nichts anderes als die Forderung nach der Staatsbürgerschaft. Und obligatorisch muß die Einbürgerung deswegen sein, um die ausländischen Arbeiter, Studenten, Lehrer usw. zu schützen.

Wenn man die Sache zur freien Entscheidung eines jeden Ausländers stellen wollte, so hätte jeder Ausländer, der sich entschließt, in sein Heimatland zurückzukehren, die größten Schwierigkeiten zu erwarten, weil man ihn dort als Verräter am Vaterland oder wer weiß was behandeln könnte, wenn er inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hat. Wenn aber zum Beispiel alle türkischen Arbeiter, die nach Westdeutschland kommen, dort zwangsmäßig nach drei Monaten Aufenthalt die bundesrepublikanische Staatsbürgerschaft erhalten, dann bleibt den türkischen Behörden gar nichts anderes übrig, als sich darauf einzustellen. Es erlaubt also diese Forderung, die Einheit zwischen deutschen und Arbeitern aus dem Ausland fester zu schmieden, und es schützt sie diese Forderung zugleich vor Behördenschikane bei ihrer Rückkehr ins Heimatland.

Natürlich braucht man aber, um sich in Westdeutschland ins politische Leben einmischen zu können, Kenntnis der deutschen Sprache. Ginge es nur darum, sich bei der Arbeit mit den Arbeitskollegen verständigen zu können, so würde es vielleicht langen, wenn man fordern würde, der Kapitalist sollte Deutschkurse einrichten unter Kontrolle des Betriebsrates. Aber was macht die Frau des Arbeiters, was seine Kinder oder etwa Eltern, die nicht beim Kapitalisten schaffen? Zweifellos gehören sie alle zur Arbeiterklasse. Und zweifellos müssen sie die gleichen politischen Rechte haben.

Nur der Staat als öffentliche Gewalt der bürgerlichen Klasse kann verpflichtet werden, solche Sprachkurse für alle Ausländer durchzuführen und sie unter die allgemeine Schulpflicht zu stellen. Darum ist es richtig und im Interesse des gesamten in Westdeutschland arbeitenden und lebenden Proletariats, wenn man für die Forderung eintritt:

"Völlige Gleichberechtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik leben. Kostenlose und obligatorische Einbürgerung der Ausländer, nachdem sie drei Monate in der Bundesrepublik verbracht haben. Möglichkeit zur einmaligen Verschiebung des Termins durch den betreffenden Ausländer um weitere drei Monate; Recht auf Ausbildung ihrer Kinder in der Heimatsprache. Kostenlose und obligatorische Sprachkurse von vier Stunden in der Woche für alle Staatsbürger ausländischer Herkunft während der ersten drei Jahre ihres Aufenthalts in der BRD. Für die Arbeiter und Angestellten finden diese Kurse während der Arbeitszeit statt, die von den Kapitalisten bezahlt werden muß. Durchführung der Kurse auf Staatskosten."

Diese Forderungen werden vom KBW in seinem Programm vertreten.

W.M.

Tippen im Akkord

Der Bremer Senat rationalisiert die Schreibdienste

Der Bremer Senat hat kürzlich dem Gesamtpersonalrat den Entwurf für "Richtlinien über die Gewährung von Prämien an Schreibkräfte in zentralen Schreibdiensten" zur Zustimmung vorgelegt.

In vielen Behörden, in denen es eine zentrale Schreibstelle noch nicht gibt, soll wenn irgend möglich eine eingerichtet werden. Der Senat weiß, daß solche Pläne bei den Verwaltungsangestellten alles andere als Begeisterung, sondern vielmehr Ablehnung hervorrufen werden.

Denn zentraler Schreibdienst heißt: 8 Stunden am Tag tippen und sonst nichts, keine Berührung mit den Verwaltungstätigkeiten, die den Schreiben vorausgehen, kein Einblick in Verwaltungsvorgänge und Entscheidungen. Die Rationalisierungsexperten nennen das: "Entlastung der Schreibkräfte von überflüssigen Arbeiten". Im Klartext heißt das aber: weitere Arbeitsteilung und Spezialisierung, stupidere Arbeit; je weniger das Denken angeregt, desto mehr Anschläge kommen raus.

Zu der größeren Ausnutzung der Schreibkräfte durch Zentralisierung soll dann zur weiteren Leistungssteigerung das Prämiensystem hinzukommen. Was sehen die Richtlinien dazu vor?

Die "normale" Vergütung nach BAT (Bundesangestelltentarif) bekommen die Schreibkräfte nach einer Leistung bis zu 32 000 Anschlägen durchschnittlicher Tagesleistung. Bei mindestens 32 000 Anschlägen erhalten sie eine Grundprämie in Höhe von 30 DM brutto monatlich. Halbtagskräfte müssen, um in den Genuß einer Grundprämie von 15 DM brutto zu kommen, 20 000 Anschläge erreichen! Bei einer monatlichen Tagesleistung von 32 000 bis 65 000 Anschlägen wird außer der Grundprämie eine Einzelprämie gezahlt, und zwar für je 1 000 Anschläge –,40 DM.

Wenn man von einer reinen Arbeitszeit von sechseinhalb bis sieben Stunden ausgeht (eine Schreibkraft muß jede Stunde mindestens 10 Minuten Pause machen), so sind das über 5 DIN A 4 Seiten in der Stunde. Falls eine Schreibkraft in der Lage ist, diese Leistung über einen ganzen Monat zu erbringen, bekommt sie ganze 300 DM brutto mehr auf den Bruttolohn von ca. 700 DM bis 800 DM. Diese Summe verringert sich um die bisher gezahlte Zulage nach dem BAT. Für lumpige 300 DM brutto versucht der Staat also, das Doppelte der normalen Leistung von 32 000 Anschlägen herauszuholen, jedoch für die doppelte Leistung gibt es nicht den doppelten Lohn, sondern nicht einmal die Hälfte mehr. Auf diese Weise kann er natürlich eine Menge Schreibkräfte einsparen, so wie er durch Rationalisierungen überall die Personalkosten zu senken versucht, insbesondere jetzt in der wirtschaftlichen Krise.

Die Folge davon ist: erhöhter Leistungsdruck, der zu früherem Verschleiß der Arbeitskraft der Kollegen führt.

–L., Bremen–

DGB Rüsselsheim unterstützt die Forderung nach gleichem Kindergeld für alle

In Rüsselsheim hat der Ausländerausschuß des DGB-Ortskartells auf Initiative des Rüsselsheimer Kindergeldkomitees, in dem vor allem Kollegen von Opel sich zusammengeschlossen haben, beschlossen, am 30. November eine Veranstaltung zum Kindergeld durchzuführen. Der Vorstand des Ortskartells hat der Veranstaltung zugestimmt. Auf Vorschlag eines Kollegen wurde für den gleichen Tag eine Demonstration beschlossen. Zu der Sitzung des Ausländerausschusses waren zahlreiche ausländische Kollegen erschienen.

G.B., KBW-Sympathisantengruppe Rüsselsheim

Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration

Kontrolle durch die Arbeiterklasse in Albanien

Viele Menschen halten den Sozialismus grundsätzlich für eine gute Sache, tun ihn aber andererseits als Utopie ab. So hört man oft in einem Satz Zustimmung zu den Verhältnissen in China und Albanien, gleichzeitig aber Zweifel am Wahrheitsgehalt der Informationen über diese Länder. Wir hatten nun in diesem Sommer auf einer zweiwöchigen Reise durch Albanien Gelegenheit, uns ein Bild vom Leben in einem sozialistischen Land zu machen. Wir besuchten Fabriken, öffentliche Einrichtungen, Museen und eine Staatsfarm. Überall führten wir Gespräche, stellten unsere Fragen, und immer wieder tauchte in allen Lebensbereichen ein Begriff auf: Die Arbeiterklassenkontrolle.

Was meinen die Albaner damit?

In Albanien wird der Sozialismus aufgebaut. Um diese Aufgabe angehen zu können, mußte das albanische Volk im Befreiungskampf gegen die italienischen und deutschen Faschisten die Staatsmacht erobern und die Diktatur des Proletariats errichten. Das bedeutet Unterdrückung für die ehemaligen Ausbeuter, für die Arbeiterklasse und das Volk jedoch breitestmögliche Demokratie. Das Volk regelt seine Angelegenheiten selbst. Jede Einrichtung, jeder Kader, die gesamte Administration, ja das gesamte gesellschaftliche Leben unterliegt der ständigen Kontrolle durch die Massen. Dabei kritisieren die Werktätigen offen und mutig, ganz gleich, ob es sich um einen Vorgesetzten oder Untergebenen handelt.

Dazu sagte Enver Hoxha, der Vorsitzende der Partei der Arbeit Albaniens, 1971 auf dem 6. Parteitag: "Ein Land in dem nicht offen kritisiert werden kann, ist kein sozialistisches Land."
Die Formen, in denen die Albaner diese Kontrolle und Kritik ausüben, sind sehr unterschiedlich, ihre Gesamtheit nennen sie Arbeiterklassenkontrolle. Sie soll verhindern, daß Personen oder Institutionen wie Staats- oder Parteiapparat sich von den Massen lösen und über deren Köpfe hinwegentscheiden. Wohin das führen würde, zeigen die revisionistischen Länder, wo diese Apparate zu Organen zur Unterdrückung des Volkes geworden sind.

Öffentliche Kritik mit "Flete Rrufe"

Eine wichtige Form der Kontrolle sind die "Flete rrufe" ("Blitzbriefe"). Hierbei handelt es sich um öffentliche Kritikschreiben, bisweilen auch um öffentliche Dankschreiben (z.B. der Eltern eines Kindes an die behandelnden Ärzte im Kinderkrankenhaus in Shkoder). Wir sahen in allen Betrieben und Stadtteilen ja sogar am Strand eigens dafür vorgesehene Anschlagetafeln. Die Formen dieser Briefe sind verschieden, oft sind sie sehr sorgfältig geschrieben und mit Bildern und Karikaturen versehen. Jeder kann auf diese Weise jeden kritisieren und der Kritisierte, ganz gleich wer er ist, hat innerhalb einer bestimmten Frist öffentlich Stellung zu beziehen. War die Kritik berechtigt, muß er natürlich Konsequenzen ziehen.
Hierbei geht es nicht darum, jemanden zu beleidigen oder zu beschimpfen, sondern der Betreffende soll seine Fehler einsehen und korrigieren können. Im Traktorenersatzteilwerk von Tirana, welches für sich in Anspruch nimmt, ein Musterbetrieb für Kommunistisches Bewußtsein zu sein, erzählte man uns, daß man sich bemüht, jedes Problem auf den Tisch zu bringen, solange es noch klein ist. Es kann allerdings auch vorkommen, daß z.B. ein Intellektueller, der sich den Arbeitern gegenüber arrogant verhält, von den Kollegen in die Produktion geschickt wird, damit er nicht vergißt, welche Sorgen ein Arbeiter hat. Wann er in seinen alten Beruf zurück soll, entscheiden wiederum die Kollegen.

Gewählte Arbeiterkontrollgruppen

Jederzeit können in den Betrieben von der Belegschaft Arbeiterkontrollgruppen gewählt werden. So kontrollieren sich zum Beispiel Abteilungen gegenseitig. In der Trikotagenfabrik in Korca sagte man uns, daß kurz vorher die Direktion und die Qualität der Produkte von einer Kontrollgruppe überprüft worden sei.

Eine Arbeiterkontrollgruppe kann aber auch außerhalb des Betriebes Kontrollen vornehmen, z.B. in Krankenhäusern, Verwaltungen, den Volksräten = Gemeinderat in der BRD usw. Sie wird überall darauf achten, daß der Bürokratismus nicht an Boden gewinnt, daß die Verwaltung sich nicht aufbläht und verselbständigt. Die Kontrollgruppe kann nötigenfalls sogar veranlassen, daß Personen ihres Posten enthoben werden, egal, ob Direktor oder einfacher Angestellter. In der Regel werden die Probleme jedoch in der Diskussion gelöst. Nach einiger Zeit wird überprüft, ob die Mängel abgestellt worden sind.

In diesem Zusammenhang ist noch erwähnenswert, daß alle, die nicht körperlich arbeiten, einige Monate im Jahr in der Produktion tätig sind, seien es nun Lehrer oder Fabrikdirektoren. Außerdem haben die Albaner das Prinzip der Kaderzirkulation, welches besagt, daß niemand seinen Posten für immer behalten soll. Dieses Prinzip wird bis hinauf zum Minister angewandt, egal, ob er gut oder schlecht gearbeitet hat.

Unser Dolmetscher, der uns auf unseren Fahrten begleitete, erzählte uns, daß er im nächsten Jahr seinen Posten als Dozent an der Universität aufgeben und als Zahnarzt in einer Zahnklinik arbeiten wird. Damit soll bezweckt werden, daß niemand sich abhebt und seine Stellung zu einer Machtposition auszubauen versucht.

Die Arbeiterklassenkontrolle stärkt die Partei als Avantgarde!

Von der Kontrolle durch die Arbeiterklasse ist kein Bereich ausgenommen, auch nicht die Partei. "Es reicht nicht aus, einige bekannte Prinzipien aufzusagen oder auswendig zu lernen, die die große Wahrheit beteuern, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei an der Macht sind, sondern sie sollen effektiv in allen Bereichen praktisch verwirklicht werden." (Enver Hoxha in "Aufbau des Sozialismus in Albanien", Westberlin 1972, S. 121/122). Die Partei der Arbeit Albaniens stellt den fortschrittlichsten Teil der Arbeiterklasse Albaniens dar und wird vom Volk als Avantgarde anerkannt. Dies kann sie aber nur sein, wenn sie eng mit den Massen verbunden ist und sich nicht verselbständigt. "Die führende Rolle der Partei als Avantgarde schließt keineswegs aus, daß die Arbeiterklasse deren Tätigkeit kontrolliert, im Gegenteil, sie setzt diese Kontrolle voraus, die ihrerseits die führende Rolle der Partei als Avantgarde nicht schwächt, sondern verstärkt und festigt. Das ist die Dialektik der Dinge. ... Die Partei fürchtet diese Kontrolle nicht, sie stellt sich dieser Kontrolle" ("Volksrepublik Albanien", Gießen 1974, S. 92). Wer in die Partei aufgenommen werden will, muß sich zwei Jahre an einem besonders harten Arbeitsplatz bewähren, auf jeden Fall in der Produktion. Seine Kollegen entscheiden dann mit, ob er aufgenommen werden soll oder nicht. Sie werden natürlich so entscheiden, daß nur die Besten und Bewußtesten aus ihren Reihen in die Partei aufgenommen werden und keine Leute, die Karriere machen wollen.
"Die Kontrolle der Arbeiterklasse und des Volkes über die gesamte Tätigkeit der Parteiorganisationen und der Kommunisten zu errichten, ist von großer prinzipieller Bedeutung dafür, daß die Partei sich niemals von den Massen absondert, bis zuletzt revolutionär bleibt und treu den Interessen des Volkes dient." (E.Hoxha in "VR Albanien", Gießen 1974, S. 91).
Nur so können revisionistische Tendenzen verhindert werden.
Noch einige Beispiele und Fakten wurden auf unserer Reise genannt:
Im Kindergarten, den wir in Durres besichtigten, hörten wir, daß der Elternrat mindestens einmal im Monat mit dem Kollektiv eine gemeinsame Sitzung abhält. Bei den Schulen ist es so, daß sich jeden Donnerstag in ganz Albanien Eltern mit den Lehrern treffen, wobei man uns sagt, daß fast alle hingehen.

Die Kollegen bestimmen auch, wer von ihnen studieren soll, nachdem die Schulabgänger zuerst einige Jahre in die Produktion gehen und dann drei Studienwünsche äußern können, die mit der Belegschaft diskutiert werden. Die Arbeiter werden sicher nur solche Kollegen zum Studium schicken, von denen sie aufgrund längerer Zusammenarbeit annehmen, daß sie auch nach dem Studium nicht überheblich werden.

Diese Beispiele und die gesamte Kontrolle durch die Arbeiterklasse sind feste Bestandteile der proletarischen Demokratie. Diese ist das Mittel, mit dem das Proletariar den Sozialismus aufbaut und sich vor revisionistischer Entartung schützt. Denn Gesetze, die nur auf dem Papier stehen, kann man drehen und wenden und umgehen, ein wachsames und bewußtes Volk aber kann man nicht betrügen.
Die Formen, in denen das Proletariat in Albanien seine Macht ausübt, kann man nicht schematisch auf andere Länder übertragen, da sie aus den Gegebenheiten erwachsen sind, die die Albaner bei sich vorfanden. In China hat man teilweise andere Formen und in Westdeutschland wird es sicher auch andere Formen geben, zumal wir uns in einer anderen Etappe befinden. Jedes Land geht seinen eigenen Weg zum Sozialismus. Das albanische Beispiel zeigt jedoch, daß der Sozialismus keine schöne Idee oder Utopie ist, sondern in die Tat umgesetzt werden kann und wird.

—NZ—

Arbeitslosigkeit und Rationalisierung in den RGW-Staaten

In den osteuropäischen Ländern rollt zur Zeit eine Rationalisierungswelle größten Umfangs über die Arbeiterklasse dahin. In der DDR herrscht ein ziemlich großer Mangel an Arbeitskräften, dem nur ansatzweise durch den Einsatz z. B. von polnischen Arbeitern entgegengewirkt werden kann. Der Verlängerung des Arbeitstages würde die Arbeiterklasse gewiß großen Widerstand entgegensetzen. Also hat die DDR-Führung nur eine Möglichkeit: Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit.

In der "Einheit", dem theoretischen Organ der SED, heißt es (Nr.7/73): "Auf den Parteitagen der kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Länder wurde das Ziel der Wirtschaftspolitik ... im wesentlichen einheitlich festgelegt. Es wurde die Notwendigkeit unterstrichen, gemeinsam die sozialistische Produktion rasch zu erhöhen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen und die Arbeitsproduktivität rasch zu erhöhen."
Diese Rationalisierungsmaßnahmen in einem russischen Werk und die dabei angewandte Methode beschreibt die "Einheit" folgendermaßen (Nr. 11/12): "Das Wesen dieser Methode bestand darin, daß die Höhe des Lohnfonds für mehrere Jahre im voraus geplant wurde und somit nicht mehr von der jährlichen Veränderung der Beschäftigtenzahl abhing. Die Einsparung am Lohnfonds verblieb in der Verfügung des Betriebes und wurde zur zusätzlichen Prämierung jener Arbeiter, Ingenieure und Techniker genutzt, deren Arbeitsproduktivität am höchsten war. Der Versuch glückte, die Arbeitsproduktivität stieg in diesen Betrieben beträchtlich, die Zahl der Beschäftigten ging zurück. So wurden allein in 14 Betrieben der chemischen und erdölverarbeitenden Industrie mehr als 7000 Menschen für andere Tätigkeiten frei."
Im VEB Steingutwerk Elsterwerda wurde auf diese Weise die Belegschaft um 10 % reduziert, die Produktion um 20 % gesteigert (Nr. 5/73). Im Leuna-Werk wurde die Belegschaft um 500 Arbeiter reduziert (Nr. 5/73).

Mit welchen Mitteln wird die Arbeitsleistung der in den Betrieben Verbliebenen erhöht? Mit der REFA-Methode: Die "Einheit" schreibt dazu (Nr.5/73): "Immer größere Bedeutung erlangen besonders bei manuellen und bei Maschine-Hand-Prozessen die wissenschaftlichen Arbeitsmethoden. Deren Grundanliegen besteht darin, besonders in der Massenfertigung durch die zweckmäßigste Kombination standartisierter Griffelemente zu zeit- und kraftsparenden Arbeitsmethoden zu kommen, die sich die Werktätigen durch Übung aneignen. Durch die Aneignung der besten Arbeitsmethoden werden die Leistungsunterschiede zwischen erfahreneren und weniger erfahrenen Arbeiter weitergehend ausgeglichen. Bei Montageprozessen in der Leichtindustrie und in der Elektrotechnik wurden Produktivitätssteigerungen von 25 bis 30 % erreicht. Die 60 Näherinnen des Betriebes "Esda-se" konnten nach der Einführung neuer Arbeitsmethoden 42 % mehr produzieren."

Was geschieht mit den freigesetzten Arbeitern? Mit ihnen wird in Betrieben, in denen noch nicht Schicht gearbeitet wird, der Schichtbetrieb aufgenommen. Durch die Rationalisierungsmaßnahmen können, wie die "Einheit" (Nr.2/73) schreibt, "Arbeitskräfte für die mehrschichtige Auslastung vor allem der modernen und leistungsfähigsten Grundmittel gewonnen werden". Und: "Den sozialistischen Eigentümer kennzeichnet weiter die Bereitschaft ..., insbesondere die modernsten technischen Anlagen mehrschichtig auszulasten, die mit der Schichtarbeit verbundenen Schwierigkeiten, auch in der Gestaltung des eigenen Lebens zu meistern usw." (Nr.5/73)
Die Rationalisierungswelle heißt also: gesteigerte Arbeitshetze, heißt der Übergang zur Schichtarbeit auch in denjenigen Industrien, in denen sie nicht aus technischen Gründen notwendig ist.
Und das heißt: Ruinierung der Gesundheit der Arbeiter, Zunahme der Arbeitsunfälle und zwar in einem Ausmaß, daß die noch erhalten gebliebenen Errungenschaften, wie die medizinische Versorgung, wie ein Hohn wirken angesichts der Ursachen, deretwegen ihre Inanspruchnahme nötig wird. In der "Einheit" Nr.5/73 findet sich die Angabe, daß die Zahl der Arbeitsunfälle in der DDR halb so groß ist wie in der BRD. Und das heißt: In Westdeutschland kamen 1972 123 Unfälle auf 1 000 Versicherte pro Jahr. In der DDR waren es also ca. 60 auf 1 000. Wie das SED-Organ auf die Idee kommt, eine solche Zahl sei positiv zu bewerten, bleibt ein Rätsel.

Rationalisierung, Arbeitshetze, Übergang zu Schichtarbeit in mehr und mehr Betrieben – das ist nicht der Weg zum Sozialismus. —Motz.—

Antwort auf Leserbriefe

Arbeitshetze in der DDR

Der Leser J.L. aus Baunatal I schreibt zu den Artikeln zum 25.Jahrestag der DDR: die Gleichsetzung der revisionistischen und der westlichen kapitalistischen Länder *"verkennt die Unterschiede in diesen Ländern. Die Unterschiede aber liegen in der Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftsordnung sollte für Marxisten-Leninisten ausschlaggebend sein für die Kennzeichnung einer Gesellschaft. Was der Genosse Maier an der DDR kritisiert, ist jedenfalls noch kein Kapitalismus, oder Marx, Engels und Lenin haben sich geirrt! Denn Kapitalismus heißt doch sicherlich auch Krisen, Arbeitslosigkeit usw. Die DDR aber hat z. B. allen arbeitenden Menschen in ihrer Verfassung das Recht auf Arbeit gegeben. Und die Realisierung dieses Rechtes auch eingehalten."*
J.L. ist mit uns sicher der Meinung, daß die Tatsache, daß es über einen bestimmten Zeitraum in einer bestimmten Region genug Arbeit gibt, ja, sogar ausländische Arbeiter geheuert werden, kein Beweis für das Ende des Kapitalismus ist. Man muß den gesamten Arbeitsmarkt der osteuropäischen Länder über einen größeren Zeitraum betrachten.
Betrachten wir Jugoslawien, von dem die Führungen der UdSSR und der DDR öffentlich behaupten, es sei ein sozialistisches Land. Selbstverständlich gibt es in Jugoslawien seit den Wirtschaftsreformen von 1965 eine große Arbeitslosigkeit. Die jugoslawischen Arbeiter, die in Jugoslawien keine Arbeit finden, kann man in jeder westdeutschen Stadt sehen.
Aber auch in denjenigen osteuropäischenLändern, die im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" zusammengeschlossen sind, gibt es diese Arbeiteremigranten. Polen steht dabei an erster Stelle. In der DDR arbeiten mindestens 50 000 Polen, dazu 30 000 Ungarn und 10 000 Bulgaren. In der CSSR arbeiten 10 000 Polen. Die CSSR und Ungarn haben nach Presseberichten kürzlich mit Jugoslawien über die Beschäftigung jugoslawischer Arbeiter in der CSSR und Ungarn verhandelt.

Warum gibt es diese Arbeiteremigranten? Die gibt es nicht deswegen, weil etwa die materiellen Bedürfnisse der Massen in Polen oder in Jugoslawien befriedigt seien und es deshalb keine Arbeit mehr zu tun gäbe. Diese Arbeiteremigranten gibt es, weil das polnische Kapital nur diejenigen Arbeiter in Polen beschäftigt, bei denen die Arbeit einen bestimmten Profit für das Kapital abwirft. Tut sie das nicht, finden die polnischen Arbeiter nur im Ausland Arbeit. Und auf der anderen Seite strömt das polnische Kapital dorthin, wo die Profitmöglichkeiten am größten sind, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die materiellen Bedürfnisse der Massen in Polen keineswegs befriedigt sind.
Offizielle Vertreter Polens haben auf der Ausstellung "Polen 1974" dieser Tage in Essen folgendes mitgeteilt: Die polnische Firma Polimex-Cekop ist in 66 Ländern tätig. Sie hat im Iran sieben Fabriken gebaut, in Griechenland drei. Zusammen mit der Dortmunder Firma Uhde baut Polimex-Cekop eine große Fabrik in Marokko, mit der Klöckner-Industrieanlagen GmbH Duisburg eine Fabrik im Kamerun.
In dem am 1.11. in Bonn von BRD-Außenminister Genscher und dem polnischen Außenhandelsminister Olzewski unterzeichneten Wirtschaftsabkommen ist ausdrücklich auch für die nächsten zehn Jahre die Gründung gemischter Gesellschaften in dritten Ländern vorgesehen.
Das alles sind keine in großer Heimlichkeit abgewickelten Geschichten außerhalb der offiziellen Wirtschaftspolitik. In der offiziellen Wirtschaftspolitik der revisionistischen Länder ist der Profit die sogenannte Hauptkennziffer, also ausschlaggebender Faktor. Solange ein Kapital profitabel produziert, werden Arbeiter beschäftigt. Ist der Profit im Ausland größer, strömt das Kapital dorthin. Die Arbeiter landen auf der Straße und finden zum Teil nur im Ausland Arbeit, im Falle Polens in der DDR und in der CSSR, im Falle Jugoslawiens in Westdeutschland.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Es ist in den revisionistischen Ländern grundsätzlich dasselbe Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital wie in den westlichen kapitalistischen Ländern. Daran ändert auch nichts, daß in den revisionistischen Ländern bei Fest- und Feierstunden das kapitalistische Profitprinzip mit marxistischen Begriffen wie "Weiterentwicklung der Produktivkräfte" geschmückt wird. Diese Phrasen berechtigen nicht zu der Ansicht, die der Leser J.L. äußert. *"Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet eben noch nicht den Machtantritt der Bourgeoisie."* Diese Ansicht ist falsch. Kapitalistisches Profitprinzip sowie der feindliche Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit, das ist kein fehlerhafter Sozialismus, sondern Kapitalismus.

—Motz—

Die Zustände in der Jugendstrafanstalt Schwäbisch-Hall

Interview mit zwei ehemaligen Häftlingen über ihre Erfahrungen während der Haft

Wir veröffentlichen hier ein Interview mit zwei ehemaligen Häftlingen der Jugendstrafanstalt Schwäbisch-Hall. Das Interview ist von Mitgliedern der Ortsgruppe Mannheim gemacht worden. Aus dem Bericht der jungen Arbeiter über die Zustände im Gefängnis wird deutlich, daß die Mannheimer Verhältnisse keineswegs ausnahmeverhältnisse sind. Der Bericht geht auch auf die Umstände ein, durch die junge Arbeiter leicht dazu gebracht werden, einen individuellen Ausweg aus ihrer Situation als Ausbeutungsobjekt der Kapitalisten zu suchen. Wir haben deshalb auch die Äußerungen der Mutter eines der beiden Häftlinge abgedruckt. –Red.–

Die verantwortlichen Politiker und die Presse tun so, als ob der sogenannte Mannheimer Gefängnisskandal eine Ausnahme wäre. Was hast Du für Erfahrungen in der Jugendstrafanstalt Schwäbisch-Hall gemacht?

J.: Auf jeden Fall ist die Jugendstrafanstalt Schwäbisch-Hall schlimmer als andere Strafanstalten. Die Erziehung, die sie einem da beibringen wollen, das ist keine Erziehung, das ist Menschenschinderei.

Wie sieht es mit Mißhandlungen und Schikanen aus?

J.: Ja, da kann ich Beispiele geben. Zum Beispiel bei mir hat einer oben auf der Zelle gelegen, der hat Zahnweh gehabt. Der hat Schmerzen gehabt und das ist über eine Woche gegangen. Er hat öfter geklingelt und die Notglocke betätigt. Da sind die Beamten gekommen und haben ihm Tabletten gegeben. Aber das waren keine Zahnweh-Tabletten, das war gegen Fußpilz oder so. Weil das Zeug nichts genützt hat, hat er wieder geklingelt. Da sind die Beamten gekommen und haben gesagt, wenn er nochmal klingelt, dann kriegt er Schläge. Da hat er später nochmal geklingelt. Auf einmal ist die Klappe aufgegangen, da hat er rausgeguckt und hat gleich mit der Faust ins Gesicht reingeschlagen gekriegt, daß er in die Zelle wieder reingeflogen ist. Da ist ihm das Zahnweh natürlich vergangen.

Dann hab ich auch schon oft mitgekriegt, wie das Rollkommando nachts gekommen ist. Wenn sie gesehen haben, daß einer einen Tauchsieder gehabt hat, sind sie dann einfach reingekommen und haben reingeschlagen auf die Kerle, bloß weil sie mit dem Tauchsieder Wasser gekocht haben. Und einen, den haben sie auch wegen Zahnweh, wo er öfters geklingelt hat, rausgeholt, nur in der Unterhose, und haben ihn in den Bunker gesetzt und auch geschlagen.

Bunker, das ist eine Zelle, die ist so ungefähr drei Meter auf drei Meter und in der Zelle ist nochmal ein "Affenkäfig", und in den Käfig wird man eingeschlossen. Da ist es unheimlich kalt, ganz dunkel, kein Waschbecken drin, nur ein Klo, da wird einmal morgens, mittags und abends von außen gezogen. Wenn man im Bunker ist, hat man stillzusein, darf nichts zu lesen mit runternehmen, nichts zu rauchen, man wird nackig gemacht, man wird durchsucht, daß man keine Rasierklingen dabei hat. Das einzige, was man da unten lesen darf, ist die Bibel. Und wenn man da unten dann singt – irgendwas macht man ja, sonst wird man ja wahnsinnig – oder pfeift vor sich hin und die hören das, dann kommen sie gleich rein und statten einem einen Besuch ab. Wenn man das dann öfters macht, dann gibt es auch wieder Schläge dafür.

Werden alle Gefangenen gleich behandelt?

J.: Nein. Die Gefangenen, die reiche Eltern haben und den Beamten was schmieren können, werden besser behandelt. Die kriegen von den Beamten Batterien und so Zeug mitgebracht, oder eine Flasche Schnaps. Wenn sie sich selbst Wein machen, also den Most ansetzen, und der Beamte kommt rein und sieht den bei den Reichen, da sagt er nichts und läßt ihn stehen. Sieht er ihn aber bei uns, gibt's gleich Bunker dafür.

Ich kenn da einen Fall, der hat Autodiebstähle gehabt, und war ein reicher Sohn und hat sich einen guten Anwalt leisten können, der hat ein paar Monate auf Bewährung gekriegt. Ein anderer, der hat drei Autodiebstähle gehabt – der reiche vier – ; der mit drei Autodiebstählen hat nur einen Pflichtverteidiger gehabt und hat 18 Monate Knast gekriegt dafür. Auf jeden Fall finde ich, daß schon vom Gericht aus bevorzugt wird, wenn einer reiche Eltern hat oder aus einer reichen Familie ist.

Wie ist der Zustand der Zellen?

J.: Der Zustand der Zellen ist saumiserabel in Schwäbisch-Hall, besonders in Bau 6.

Das ist noch so, wie man sich das vorstellt von früher: Da hängen grad so Kupferkabel runter, da hängt ne Glühbirne dran in der Zelle. Rabenschwarze Wände, verpappt, und der Kalk fällt runter und der Beton fehlt. Keine Waschbecken in den Zellen, nur eine Blechschüssel und ein Gummieimer. Den Eimer kriegt man morgens einmal gefüllt, und das muß dann langen zum Waschen, Zähneputzen, Geschirrspülen und abends, wenn man nochmal Durst hat, kann man sich aus dem Eimer noch Wasser rausholen und soll das Zeug halt trinken.

Es gibt auch Bauten, die sauber sind, aber Bau 6, da machen sie nichts dran. Auf jeden Fall würde ich sagen, daß man in diesen Zellen keine Menschen halten kann, im höchsten Fall Schweine, das sieht nämlich aus wie im Saustall drin.

Da rennen auch Viecher drin rum: Silberfischchen, Kakerlaken. Kakerlaken, die sind bald so dick wie mein Daumen, und Silberfischchen, die gibt's überall, in der Waschschüssel, wo man sich wäscht, überall hopsen die Viecher rum.

Im Bunker unten hupsen die Ratten raus aus dem Klo. Da nimmt jeder die Bibel mit runter und legt sie auf den Klodeckel drauf, damit die Ratten nicht rauskommen. Es gibt überall Dreck da oben.

Da braucht man sich dann nicht zu wundern, wenn einer dann mal anfängt zu spinnen und dreht durch, damit er mal rauskommt aus dem Loch. Auf normalem Weg wird man da verrückt im Zellenbau.

Öfter dreht da mal einer durch da oben und macht Selbstverstümmelung, zum Beispiel, daß er eine Rasierklinge nimmt und sich die Pulsadern aufschneidet. Oder er frißt "Sputniks". Das sind zwei Nadeln, zusammengebunden, mit Gummi aufgedreht und Faden durch. Er schluckt sie, und durch die Magensäure wird der Faden zerfressen und sie schnalzen auseinander und bleiben irgendwo in der Röhre oder im Magen hängen. Er kommt dann raus, wird geschnitten und das Zeug wird rausgeholt. Er kommt dann zurück vom Krankenhaus nach einer Woche oder vierzehn Tagen, dann kommt er gleich vor den Strafrapport und kriegt noch vierzehn Tage Bunker dazu.

Es gibt verschiedene Mittel, zu denen die Jugendlichen greifen: Der eine schnippelt halt mit der Rasierklinge rum, der andere schluckt, der andere hängt sich auf, so halb, also er klingelt vorher, und wenn der Wärter die Tür aufmacht, läßt er sich halt runterfallen am Strick, daß er ja noch gerettet wird, Hauptsache, er kommt ins Krankenhaus. Auf jeden Fall gibt es überall Bunker dazu, was man macht, ist egal. Weil man sich nicht selber das Leben nehmen darf da drin. Wenn einer an sich schneiden tut, kann er sogar noch eine Gerichtsverhandlung kriegen, wegen Selbstverstümmelung. So ist es auch mit Tätowierungen in Schwäbisch-Hall. Das ist Selbstverstümmelung, da kriegt man für jede Tätowierung, die man drauf hat, drei Tage Bunker.

Habt Ihr Euch über die Zustände in Schwäbisch-Hall beschwert?

J.: Ja, das ist schon vorgekommen, daß wir uns beschwert haben. Da ist dann eine Kommission reingekommen. Denen sind dann aber immer nur die sauberen Zellen gezeigt worden. Und so ist es auch mit dem Fernsehen. Das war in Schwäbisch-Hall mal, da haben sie oben gefilmt. Die haben überall hingedurft, nur in Bau 6 haben sie keine Aufnahmen machen dürfen. Nur von außen, aber drinnen nicht. Weil die Angst haben, weil es da drinnen so miserabel aussieht.

Aber das mit der Beschwerde hat gar keinen Zweck. Wenn man da Briefe schreibt, die Briefe müssen sowieso offen sein, sie werden gelesen. Dann kann es im Höchstfall sein, daß man zum Rapport geholt wird und kriegt noch Bunker dazu für den Brief.

Wie sieht es jetzt aus, wo Ihr draußen seid?

J.: Wie ich entlassen worden bin in Schwäbisch-Hall, da war ich froh, daß ich Bewährung gekriegt habe und einen Bewährungshelfer. Ich hab mir gedacht, dann kriege ich sicher auch Arbeit. Ich bin also auf Bewährung raus – und bis jetzt habe ich noch keine Arbeit.

Auf jeder Arbeitsstelle, wo ich jetzt war: angerufen, gefragt, brauchen Sie noch Leute? – Ja, kommen Sie vorbei. Dann bin ich hingegangen auf die Arbeitsstelle und hab den Personalbogen ausfüllen müssen und wie ich vorgerufen worden bin zum Chef, hat er mich gefragt, wo ich die Zeit war, und da habe ich ihm gesagt, ich war eingesperrt, und da hat er gleich zu mir gesagt: So Leute brauchen wir nicht.

Das ist mir jetzt nicht nur einmal vorgekommen, das ist mir jetzt bei mindestens schon fünf, sechs Arbeitsstellen so vorgekommen.

Ich bin am 4. Mai entlassen worden und fünf Wochen drauf hab ich dann eine Arbeitsstelle gefunden. Und die hab ich auch bloß gekriegt, weil da mal drei Mann tätig waren in dem Lager und ich war allein und hab allein dieselbe Arbeit machen müssen. Das hab ich dann vier Wochen durchgehalten – und dann hab ich mich krankgemeldet. Das war nicht normal, ich habe Kreuzweh gehabt wie 'ne Sau. Das kann man sich vorstellen, wenn das eine Stelle ist, wo drei Mann normal tätig sind im Lager. Dann haben sie mich da rausgeschmissen. Und seit der Zeit renn' ich jetzt halt überall rum und hab keine Arbeit mehr. Ich probier's halt überall. Gestern war ich wieder vorstellen, da hat's auch bloß geheißen: So Leute brauchen wir nicht.

Hast Du das Deinem Bewährungshelfer gesagt?

J.: Ja. Er hat gesagt, ich soll mich halt selbst umgucken, daß ich Arbeit finde. Der verzählt nur immer, wie es mir geht, ob ich wieder was gemacht hab in der Zwischenzeit, aber bemühen darum, daß ich eine Arbeit kriege, tut er sich überhaupt nicht.

Für was soll ich überhaupt zu dem hingehen. Das einzige was halt ist: Wenn ich nicht zu dem hingehe, kann die Bewährung widerrufen werden. Der ist halt bloß da, der Bewährungshelfer, damit er seine Berichte ans Gericht fortschicken kann, wie ich mich in der Zwischenzeit geführt habe. Aber kümmern um mich wegen Arbeit tut der sich auf jeden Fall nicht.

Was meint Ihr so insgesamt zu Euren Erfahrungen im Strafvollzug?

J.: Ich finde, daß sie mit dem Strafvollzug überhaupt nichts wieder gut machen. Da machen sie im höchsten Fall die Leute kaputt und tun sie ausbeuten. Und wenn da einer reinkommt wegen kleiner Sachen, wenn der wieder rauskommt, dann weiß er, wie man eine Bank ausnimmt. Auf jeden Fall: Besser wird da drin keiner, da wird jeder bloß schlimmer, egal wie lange er drin war. Und da drin läßt sich auch keiner erziehen von den Beamten, weil das keine Erzieherei ist, was die da machen, das ist im Höchstfall eine Quälerei.

R.: Bei mir hat das zum Beispiel so angefangen: Ich hab damals meines Glaubens eine gute Arbeit gehabt. Wir waren zu fünft und haben eine Halle sauberhalten müssen. Später hat dann einer nach dem anderen da aufgehört. Und zum Schluß war ich halt allein dagestanden und hab die Arbeit für fünf machen müssen. Das mag sich übertrieben anhören, aber es war so. Ich hab halt versucht, durchzukommen, so gut es ging. Zum Schluß hat mir die Sache gestunken und ich hab mir gesagt, ich mach die Arbeit nicht mehr und hör auf. Ich hab halt damals nicht eingesehen, daß ich für fünf arbeiten soll und der Arbeitgeber sozusagen den Lohn für die anderen vier in seine Taschen steckt.

Dann bin ich hingegangen und hab ihm das erzählt. Ich hab dann als Gabelstapler angefangen. Da ist es später auch so gegangen. Überall hätte ich einspringen müssen, alles hätte ich machen sollen, für vier bis fünf andere mit. Da hab ich gesagt, ich hör auf! Ich bin dann auf so Gedanken gekommen, wie: wieso soll ich denn arbeiten, wenn ich doch sowieso nur laufend ausgenützt werde und die anderen durch mich reichwerden. Warum soll ich es nicht mal so machen und soll nicht arbeiten und dann halt mal klauen gehen.

Das zeigt, daß der Arbeitgeber schuld war, daß ich zum Klauen gekommen bin, dadurch, daß er mich so ausgebeutet hat. Daran sieht man halt auch, daß nicht die schuld sind, die im Knast später drinsitzen, sondern die oberen Zehntausend, weil die einen dazu bringen mit ihrer Ausbeutung.

Ich bin der Meinung, daß man schon von außen gegen die Unterdrückung angehen soll. Und daß sich die Arbeiterklasse gegen die Unterdrücker schon von Grund auf wehren müßte. Und daß man als einzelner gegen die Unterdrücker nichts machen kann, daß man sich zusammenschließen muß und gemeinsam gegen die Unterdrücker vorgehen muß.



„Ich verurteile meine Kinder nicht, ich verurteile den Staat"

Die Mutter von J.: Ich bekam 19. . von der Stadt Mannheim eine Wohnung in einem sehr asozialen Viertel und mußte am Tag zehn Stunden unterwegs sein, habe noch drei schulpflichtige Kinder gehabt und da waren meine Kinder zehn Stunden auf sich selbst angewiesen.

Mir war dann bewußt, daß meine Kinder auf die schiefe Bahn kommen mußten. Ich verurteile meine Kinder deswegen nicht. Ich verurteile den Staat dafür, daß sie erstmal die asozialen Wohnungen gegründet haben, und dann alles zusammengeworfen haben, Trinker, Schläger, was man sich so vorstellen kann. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Jugendlichen im heranwachsenden Alter auf die schiefe Bahn kommen.

Ich war deswegen auch schon auf der Sozialfürsorge, bei der Familienfürsorge wegen meinem Sohn, weil er straffällig geworden ist, und hab zu ihr gesagt, daß ich aufhören will zu arbeiten, weil ich noch einen Jungen gehabt habe, der noch schulpflichtig ist, und daß ich meinen Sohn selbst erziehen wollte, daß mir einer langt, der auf die schiefe Bahn gekommen ist. Dann wurde mir gesagt, das können Sie nicht, Sie müssen arbeiten gehen, von was wollen Sie leben?

Ich habe dann auf der Gerichtsverhandlung meines Sohnes mitanhören müssen, daß ich nicht in der Lage sei, meine Kinder zu erziehen. Aber ich frage die Öffentlichkeit, wie soll ich Kinder erziehen und noch zehn Stunden dabei arbeiten? Eines muß ich dann liegenlassen. Entweder ich kann so arbeiten, daß ich meinen Kindern was zu Essen besorgen kann, oder ich muß sie halt auf die schiefe Bahn kommen lassen, oder ich wäre gezwungen gewesen, zu stehlen. Da bin ich lieber arbeiten gegangen und mußte mit eigenen Augen zusehen, wie meine Kinder auf die schiefe Bahn geraten sind.

Um nochmal auf die Wohnlage zurückzukommen. Ich war dreieinhalb Jahre mit sechs Personen in ein Zimmer eingepfercht. Wenn es Sommer war, war es so heiß, daß wir vor nachts drei Uhr gar nicht ins Bett gehen konnten. Deshalb sage ich immer wieder: Ich spreche jetzt nicht bloß für mich allein, die ganze Bevölkerung da draußen sind sehr anständige Leute. Ich mußte feststellen, daß sämtliche Jugendlichen da draußen alle miteinander straffällig geworden sind. Erstmal ist nichts für die Jugendlichen gemacht worden, daß sie sich hätten irgendwo aufhalten können. Überall haben sie die Jugendlichen zum Teufel gejagt. Die paar Mark, die sie verdient haben in der Woche – jeden Tag in ein Gasthaus gehen konnten sie nicht, also waren sie gezwungen, von da draußen wegzugehen, raus ins bessere Viertel zu gehen. Da haben sie die anderen gesehen, wie sie mit ihrem Geld geprahlt haben. Da sind sie halt auf den Gedanken gekommen, was die können, das können wir auch, gehen wir halt mal knacken, damit wir auch zu ein paar Mark kommen können und können uns das auch erlauben, was die sich erlauben.

Alles das, was ich jetzt mitgemacht habe, müssen noch mehr in der Bevölkerung mitmachen. Weil wir ja die Unterdrückten sind. Unsere Regierung, die verspricht uns so manches, halten tun sie es doch nicht. Die stecken alle Monate ihr Geld ein und der arme Arbeiter, der kann gucken, wie er einig wird.

Genauso der Herr Bender (Jusitzminister von Baden-Württemberg, die Red.). Der spricht über die Vollzugsanstalt, was er da alles verbessern wollte, aber verbessert hat er noch nichts. Ich wünsche dem Herrn Bender nur eines: Daß er einmal mit dem Gesetz in Konflikt kommt, und nicht nur ein Jahr, fünf Jahre müßte er eingesperrt werden, damit er überhaupt mal zur Besinnung kommt, was es heißt: Strafvollzugsanstalt. Reden kann der Mann viel, aber seine Sachen, die er redet: Halten tut er nichts.

Geschäft mit der Krankheit

Boehringer Mannheim ist ein deutsches Pharma-Unternehmen (über 5 000 Mitarbeiter), das sich stets rühmt, alles für die Gesundheit der Menschen zu tun. Wie siehts in der Wirklichkeit aus.

In den 50er Jahren haben deutsche Chemiker die blutzuckersenkende Wirkung bestimmter Harnstoffabkömmlinge entdeckt. Dies schien damals die beste Möglichkeit bei der Behandlung von Zuckerkranken endlich von Insulin und Diät durch eine Behandlung mit solchen Tabletten wegzukommen.

Untersuchungen in den USA, bei denen 10 Jahre lang 1 000 Diabetiker beobachtet wurden ergaben aber, daß diese Behandlung mit Tabletten tödliche Komplikationen bei Zuckerkranken nicht verhindern kann. Weiter, daß sie bei Patienten, die lange so behandelt werden, lebensverkürzend wirkt.

Untersuchungen in Nordirland, die sich über 12 Jahre hinzogen ergaben, daß die Sterblichkeit und Infarktrate bei den mit Tabletten behandelten Zuckerkranken doppelt so hoch war wie bei denen, die mit Diät und Insulin behandelt wurden.

In Westdeutschland haben die Firmen Boehringer Mannheim und Hoechst gemeinsam ein solches Präparat entwickelt, das in der BRD und anderen Ländern marktbeherrschend ist.

Dieses Präparat EUGLUCON 5 brachte den bisher größten Umsatz, den je ein Medikament gehabt hat: 77 Mio. DM in einem halben Jahr (1974). Dieses Präparat ist ein blutzuckersenkendes Mittel, das oral eingenommen wird.

Nach Anhörung von Wissenschaftlern und Überprüfung der Ergebnisse aller Kommissionen, die sich mit solchen Präparaten beschäftigten, warnte der US-Senatsausschuß vor der Verwendung speziell von EUGLUCON 5.

Was hatte die Geschäftsführung von Boehringer dazu zu sagen?

Sie schrieb dazu in einem Ärzterundbrief von einer "unbegründeten Beunruhigung der Diabetiker".

Mindestens seit 1963 ist es bekannt, daß bei der Verwendung von Präparaten wie Euglucon 5 zwar der Blutzuckerspiegel gesenkt wird, aber objektiv für das Leben der Patienten Gefahr besteht.

Die Untersuchungen in den USA und Nordirland bestätigten das. Die Geschäftsleitung ignoriert die Ergebnisse von Wissenschaftlern aus aller Welt uns setzt das Leben von mehr als einer halben Million Menschen allein in Westdeutschland aufs Spiel. Die reine Profitgier macht sie zum Abschaum der Menschheit.

SOFORTIGE ENTFERNUNG VON EUGLUCON 5 AUS DEM HANDEL!

Boehringer-Zelle Mannheim, E/U.L.

Die französische Regierung muß das Bleiwerk-Projekt auf Druck der Bevölkerung fallenlassen

Die Marckolsheimer Platzbesetzer feiern ihren Sieg



Das Anti-Blei-Lied

Melodie von "Uff dr schwäb'sche Eisebahne"

1.
S'elsässisch-badische Eckli
isch bigott a herrligs Fleckli
d'Landschaft un's Klima sinn noch recht gsund
jetzt memr kämpfe daß es nit anderscht kunnt.

2.
D'Bleichemie suacht hoht Profite
drum dean sie jede Gefahr beschtritte
doch s' Volk des weiß: Atom und Blei
und das Leben ischt vorbei.

3.
Bür, Arbeiter un Student
kremple d'Ärmel nuff un spucke in d'Händ
un jeder jetzt mit helfe duet
daß im Rosetahl s'Baue schnell vergeht.

4.
Doch die Sach isch no nit endgiltig üsgmacht
Selli hän's Geld, mache d'Meinung un hen d'Macht
die Sach isch erscht endgültig erledigt wenn –
mir's Kapital vertriebe hän.

Rulla, rulla, rulla la,:
e Bleivergiftung isch nit gsund
des weiß sogar dr bleedschte Hund.

Mit ziemlicher Sicherheit hat die badisch-elsässische Bevölkerung den Kampf gegen das geplante Bleichemiewerk in Marckolsheim gewonnen. Zwar hat die französische Regierung das Bauvorhaben noch nicht amtlich abgeblasen, aber alle Zeichen sprechen für eine baldige Zurücknahme der Pläne von Seiten der Regierung.

Am Samstag, dem 16. November fand ein Siegesfest auf dem besetzten Bauplatz statt. Musikkapellen aus den betroffenen Gemeinden spielten auf, Lieder wurden gesungen, die auf dem Platz selber gedichtet worden waren und die die Einheit der badisch-elsässischen Bevölkerung zum Ausdruck brachten. Der besetzte Bauplatz wurde der "Platz des 20. September" getauft – seit diesem Tag wird der Platz besetzt gehalten.

Der Erfolg der Platzbesetzung in Marckolsheim gibt allen Menschen in diesem Gebiet Mut und Zuversicht für den Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk in Whyl – auf der anderen Seite des Rheins.

OAG Emmendingen

Gegen den Ausbau der B75

In Delmenhorst-Düsternort leiden Tausende Bewohner unter dem Lärm und den Abgasen der Bundesstraße 75. In ihren Gärten stellten Anwohner einen Bleigehalt im Gemüse fest, der dreifach über dem von der Weltgesundheitsorganisation festgesetzten Höchstwert liegt.

Diese Gesundheitsgefährdung würde durch den geplanten weiteren Ausbau der B 75 nur noch größer. 300 Anlieger kamen am 6.11. auf Einladung einer Bürgerinitiative zusammen, um gegen den Ausbau und die Gefährdung ihrer Gesundheit zu protestieren. SPD-Oberbürgermeister Groth wich auf der Versammlung einer klaren Stellungnahme zu den gestellten Forderungen aus.

Die Stadtteilzelle hat nun vorgeschlagen, durch Standagitation die Delmenhorster Bevölkerung über die Situation an der B 75 zu informieren und eine weitere Veranstaltung vorzubereiten, um die nächsten Schritte festzulegen und die Bürgerinitiative durch Wahl der Vertreter der Anlieger zu festigen.

–Stadtteilzelle Düsternort OAG Delmenhorst–

Strassenbesetzung für ein JZ

Frankfurt/M. Um die schlechte Situation der Bockenheimer Jugendlichen nochmals zu verdeutlichen und ihren Forderungen Nachdruck zu ver-

dem Bürgersteig weiter. Zwei der Jugendlichen wurden festgenommen, weil sie von dem Einsatzleiter die Personalnummer verlangten.

Bevölkerung will kein Kernkraftwerk in Brokdorf

Großer Unmut beim Erörterungstermin

Am Dienstag, dem 12. Oktober, begann in Wilster der Erörterungstermin gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf. Dort wollen die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG und die Hamburger Elektrizitätswerke AG ein Kernkraftwerk mit 1 300 Megawatt Leistung an die Unterelbe bauen. Das Kernkraftwerk läge inmitten eines Naherholungs- und Landwirtschaftsgebietes. Dagegen wandte sich die Bevölkerung (vgl. KVZ Nr.21).

Der Termin wurde vom Sozialministerium in Kiel geleitet. Der Leiter, Herr Schwarze, wurde von Anfang an von allen Seiten kritisiert. Der Termin war nur unzureichend bekanntgemacht worden.

Es wurde die Forderung gestellt, den Termin nur an Wochenenden stattfinden zu lassen, weil die arbeitende Bevölkerung sonst nicht daran teilneh-

fang an, daß die Behörde die Öffentlichkeit hier nicht gebrauchen kann. Die Bevölkerung hatte aber die Lehren aus anderen Terminen gezogen. Sie verließen nicht den Saal unter Protest, sondern der Protest wurde im Saal bekundet. Allen war klar, daß die Behörden den Termin auch ohne Menschen abwickeln würden und sie deshalb dableiben müssen. Dadurch

Kommissionen, die sich mit solchen Präparaten beschäftigten, warnte der US-Senatsausschuß vor der Verwendung speziell von EUGLUCON 5.

Was hatte die Geschäftsführung von Boehringer dazu zu sagen?

Sie schrieb dazu in einem Ärzterundbrief von einer "unbegründeten Beunruhigung der Diabetiker".

Mindestens seit 1963 ist es bekannt, daß bei der Verwendung von Präparaten wie Euglucon 5 zwar der Blutzuckerspiegel gesenkt wird, aber objektiv für das Leben der Patienten Gefahr besteht.

Die Untersuchungen in den USA und Nordirland bestätigten das. Die Geschäftsleitung ignoriert die Ergebnisse von Wissenschaftlern aus aller Welt uns setzt das Leben von mehr als einer halben Million Menschen allein in Westdeutschland aufs Spiel. Die reine Profitgier macht sie zum Abschaum der Menschheit.

SOFORTIGE ENTFERNUNG VON EUGLUCON 5 AUS DEM HANDEL!

Boehringer-Zelle Mannheim, E/U.L.

Gegen den Ausbau der B75

In Delmenhorst-Düsternort leiden Tausende Bewohner unter dem Lärm und den Abgasen der Bundesstraße 75. In ihren Gärten stellten Anwohner einen Bleigehalt im Gemüse fest, der dreifach über dem von der Weltgesundheitsorganisation festgesetzten Höchstwert liegt.

Diese Gesundheitsgefährdung würde durch den geplanten weiteren Ausbau der B 75 nur noch größer. 300 Anlieger kamen am 6.11. auf Einladung einer Bürgerinitiative zusammen, um gegen den Ausbau und die Gefährdung ihrer Gesundheit zu protestieren. SPD-Oberbürgermeister Groth wich auf der Versammlung einer klaren Stellungnahme zu den gestellten Forderungen aus.

Die Stadtteilzelle hat nun vorgeschlagen, durch Standagitation die Delmenhorster Bevölkerung über die Situation an der B 75 zu informieren und eine weitere Veranstaltung vorzubereiten, um die nächsten Schritte festzulegen und die Bürgerinitiative durch Wahl der Vertreter der Anlieger zu festigen.

–Stadtteilzelle Düsternort OAG Delmenhorst–

Strassenbesetzung für ein JZ

Frankfurt/M. Um die schlechte Situation der Bockenheimer Jugendlichen nochmals zu verdeutlichen und ihren Forderungen Nachdruck zu ver-leihen, haben am Mittwochnachmittag, dem 30.10.1974, zirka 30 Jugendliche die Leipziger Straße gesperrt. Ein selbstgezimmertes Exiljugendhaus, Transparente und Musik, Brezeln und Flugblätter sorgten für Aufmerksamkeit und im Nu entstanden große Diskussionsgruppen. Doch nach etwa einer Stunde rückte die Polizei mit mehreren Mannschaftswagen und einem Wasserwerfer an. Die Jugendlichen räumten die Straße und diskutierten mit den Passanten auf

dem Bürgersteig weiter. Zwei der Jugendlichen wurden festgenommen, weil sie von dem Einsatzleiter die Personalnummer verlangten.

Jedem, der an diesem Nachmittag auf der Leipziger war, wurde klar, was der Magistrat dem berechtigten Protest der Jugend und ihren Forderungen entgegenzustellen hat. Mit Polizeiapparat und Disziplinierungen (Entlassungen bei der LAW) versucht er, selbständige Aktivitäten der Jugendlichen zu unterdrücken und deren Aktionen zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen zu kriminalisieren.

–M., B.–

Bevölkerung will kein Kernkraftwerk in Brokdorf

Großer Unmut beim Erörterungstermin

Am Dienstag, dem 12. Oktober, begann in Wilster der Erörterungstermin gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf. Dort wollen die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG und die Hamburger Elektrizitätswerke AG ein Kernkraftwerk mit 1 300 Megawatt Leistung an die Unterelbe bauen. Das Kernkraftwerk läge inmitten eines Naherholungs- und Landwirtschaftsgebietes. Dagegen wandte sich die Bevölkerung (vgl. KVZ Nr.21).

Der Termin wurde vom Sozialministerium in Kiel geleitet. Der Leiter, Herr Schwarze, wurde von Anfang an von allen Seiten kritisiert. Der Termin war nur unzureichend bekanntgemacht worden.

Es wurde die Forderung gestellt, den Termin nur an Wochenenden stattfinden zu lassen, weil die arbeitende Bevölkerung sonst nicht daran teilneh-men kann. Die Bauern verlangten Unterbrechung des Termins immer für die Zeit, für die sie zum Melken müssen.

Durch eine Abstimmung sprachen sich alle Anwesenden für die Verschiebung aus. Da griffen die Behördenvertreter ein. Schwarze sagte: "Sie haben hier gar nichts zu entscheiden." Am Abend verfaßten die restlichen 150 Personen eine Resolution.

Resolution Wilster, den 12.11.1974

Die Versammlung beschließt bei vier Gegenstimmen:

Sehr geehrter Herr Minister!

Im Verlaufe des Erörterungstermins hat sich ergeben, daß die anwesenden Behördenvertreter nicht in der Lage sind, den Anhörungstermin ordnungsgemäß durchzuführen.

Die Versammlung fordert deswegen:

1. Verlegung des Termins auf Wochenenden! Alle Termine in der Woche verhindern, daß Werktätige ihren Einspruch geltend machen!
2. Vorlage der Gutachten zur Einsichtnahme für jedermann. Erst nach ausreichender Einsichtnahme ist die Voraussetzung für eine Fortsetzung und eine sachgerechte Diskussion des Termins gegeben. Bekanntgabe des neuen Termins in allen im Unterelbegebiet erscheinenden Lokalzeitungen.
3. Bereitstellung des fehlenden und in Auftrag gegebenen Gutachtens.
4. Das Erscheinen des Ministerpräsidenten Stoltenberg und des Sozialministers Claussen als tatsächlich Verantwortlichen!

Die Resolution bekam Herr Schwarze mit nach Kiel. Er erhielt den Auftrag, am nächsten Tag die Antwort mitzubringen.

Am zweiten Tag hieß es: Bombendrohung!

Der Saal wurde geräumt und durchsucht. Dabei wurde deutlich, wieviel Polizei in Wilster versteckt war.

Die Bevölkerung merkte es von Anfang an, daß die Behörde die Öffentlichkeit hier nicht gebrauchen kann. Die Bevölkerung hatte aber die Lehren aus anderen Terminen gezogen. Sie verließen nicht den Saal unter Protest, sondern der Protest wurde im Saal bekundet. Allen war klar, daß die Behörden den Termin auch ohne Menschen abwickeln würden und sie deshalb dableiben müssen. Dadurch gerieten die Herren völlig in die Defensive. Der Termin zog sich so in die Länge. Jeder kam dann, wenn er Zeit hatte. Dies führte dazu, daß der Termin vier Tage dauerte und dann von der Behörde abgebrochen wurde. Das war ihre einzige Chance, heil davonzukommen.

Der Protest wurde aber noch lauter. Jeder sagte, daß der Termin noch lange nicht beendet sei, weil praktisch nichts ausdiskutiert sei. Die Behördenvertreter demaskierten sich völlig. Oftmals wurde das Mikrofon abgestellt. Am Freitag wollte man einen Gegner hinauswerfen. Als die Polizei kam, stellten sich die Anwesenden um den Mann und schützten ihn so. Als der Wissenschaftler Templin aus den USA reden wollte – er war extra hierher gekommen – diskutierten die Behörden mit der Bevölkerung eine halbe Stunde darüber, ob er reden dürfe.

Es ist bei dieser Anhörung deutlich geworden, daß nun weitere Kampfschritte eingeleitet werden müssen, wenn der Bau des Kernkraftwerks verhindert werden soll. Wir haben bei der Anhörung eine Dokumentation und ein Flugblatt verteilt und die KVZ verkauft. Das Beispiel von Wyhl und Marckolsheim ist ins Gespräch gekommen.

–U.B., Sympathisantengruppe des KBW Itzehoe–

Gegen Stromerhöhungen

Jugendvertretung der Technischen Hochschule Darmstadt

An: Herrn Oberbürgermeister Sabais, Herrn Stadtverordnetenvorsteher Ziegler, Herrn Stadtkämmerer Ehrig, Herrn Stadtrat Wenzel

Betr.: Geplante Erhöhung der Stromtarife um 18 % durch die HEAG und evtl. Erhöhung der Bus- und Straßenbahntarife

Sehr geehrte Herren!

Wie der örtlichen Presse zu entnehmen war, ist die Erhöhung der Stromtarife, sowie eine evtl. Erhöhung der Bus- und Straßenbahntarife durch die HEAG zu erwarten.

Bestätigt wird dies durch die Durchführung einer Fragebogenaktion, die sich an alle Darmstädter Bürger wendet.

Eine solche Erhöhung würde einen großen Teil der Lehrlinge an der Technischen Hochschule betreffen, da viele auf die Beförderung durch die Verkehrsmittel der HEAG angewiesen sind.

Wir halten es als Jugendvertretung für unsere Pflicht, die Kollegen über eine evtl. Erhöhung der Bus- und Straßenbahntarife sowie der Stromtarife zu informieren. Wie Herrn Oberbürgermeister Sabais bekannt sein dürfte, erreicht die Ausbildungsbeihilfe der Auszubildenden im öffentlichen Dienst nicht eine Höhe, mit der sich eine Tariferhöhung ohne weiteres verkraften ließe.

Wir fordern Sie deshalb auf, sofort alle Pläne für eine Erhöhung der Strom-, sowie der Bus- und Straßenbahntarife offenzulegen.

Hochachtungsvoll

I.A. (gez.) H.J.Zimmer

Heinz J. Zimmer, Andreas Fichtner, Winfried Breitwieser, Michael Schweitzer (Jugendvertretung der Technischen Hochschule Darmstadt)

Erfahrungen mit Wohngeld

Eines der sozialen Mäntelchen, mit denen der bürgerliche Staat sich gerne schmückt, ist das Wohngeldgesetz. Ziel dieses Gesetzes ist es angeblich, daß jede Familie und jeder Alleinstehende angemessenen Wohnraum zu einer tragbaren Miete erhält und frei wählen kann, und daß der Besitz einer Wohnung nicht nur rechtlich, sondern auch wirtschaftlich gesichert ist.

Wie es aussieht, wenn man dieses Gesetz in Anspruch nehmen will, möchte ich hier anhand meiner Erfahrungen berichten:

Nach langem Suchen fand ich im März eine 2-Zimmer-Wohnung, die für mich und meine beiden Kinder in Frage kam. Da es mir finanziell sehr schlecht ging und die Wohnung ziemlich teuer war, ging ich aufs Wohnungsamt und ließ mir ausrechnen, mit wieviel Wohngeld ich rechnen könnte. Die Auskunft fiel befriedigend aus, und ich unterschrieb den Mietvertrag.

So weit, so gut. Ich füllte ein Antragsformular für Wohngeld aus und schaffte auch alle anderen Unterlagen bei, die zur Antragstellung nötig sind. Man entließ mich mit der Versicherung, in zwei bis drei Monaten würde ich Bescheid erhalten. Ich wartete also geduldig zwei Monate, drei Monate. Es tat sich nichts. Ich war jeden Monat gezwungen, mir von Bekannten Geld zusammenzuleihen, denn nach Zahlung der ganzen Miete blieben uns noch rund 150 DM übrig.

Ich ging wieder zum Wohnungsamt und mußte mir anhören, daß man ganz einfach vergessen hatte, meinen Antrag zu bearbeiten! Man bestellte mich für den nächsten Tag wieder, um den Antrag zu unterschreiben. Aber jetzt ging die Schikane erst richtig los: Was ich mir eigentlich dabei gedacht hätte, eine so teure Wohnung zu mieten (bin ich vielleicht schuld an den Wuchermieten, die die Kapitalisten für ihre Wohnungen verlangen?), ich solle dafür sorgen, daß mein Einkommen sich erhöhe usw. Nach langem Hin und Her, bei dem man mich wie einen lästigen Bittsteller behandelte, bequemte man sich dazu, meinen Antrag anzunehmen und mir einen Abschlag zu zahlen. Inzwischen haben wir November, und vom Wohngeld habe ich noch immer nichts gesehen.

–I.M., Trier–

Stuttgart. In einem offenen Brief hatten vier Ärzte darauf hingewiesen, daß die Typhusepidemie entschieden geringer ausgefallen wäre, wenn rechtzeitig die Ärzte und die Öffentlichkeit über die Verkaufswege des Kartoffelsalats informiert worden wären. Dafür drohen diesen Ärzten jetzt disziplinarische Maßnahmen. Dem Medizinalassistenten Stein wurde ein "Strenger Verweis" erteilt, der Medizinalassistentin Lange wurde mit der Kündigung gedroht.

Bremer Schüler beschliessen Demonstration

Gesamtschülervertretung Bremen beschließt Demonstration gegen die Schulmisere



Bremen. Die Gesamtschülervertretung der Schulen von Bremen beschloß, am 5.12. eine Demonstration gegen den Lehrermangel an den bremischen Schulen durchzuführen. Anlaß dazu war die Entlassung der Lehrerin K.Maier und die geplante Entlassung von S.Faulstich. Diese Maßnahmen stießen auf breite Empörung, denn die Schüler sind nicht mehr bereit, die Schulmisere auszubaden.
Das Bild zeigt eine Demonstration Bremer Schüler, Eltern und Lehrer gegen die Versetzung eines Lehrers von der Schule beim Sattelhof.

Asta Kassel zurückgetreten

„Früh übt sich was ein Wienand werden will"

Sechs Wochen nach seinem Amtsantritt muß der AStA (Allgemeiner Studentenausschuß) der Gesamthochschule Kassel neu gebildet werden.

Hier in Kassel war das die Koalition von SSB-Juso und DLB (Demokratischer Linker Block, FDP-nahe). Geplatzt ist die Koalition, weil der SSB-Juso zurückgetreten ist. Gegen den stellvertretenden Vorsitzenden des Studentenparlaments, Norbert Spraffke (Mitglied des SSB-Juso), war ein Mißtrauensantrag gestellt worden, weil er sich für eine Konferenz, an der er nicht teilgenommen hat, eine Rechnung über 100 DM ausgestellt hat. Vom Studentenparlament wurde er aufgefordert, Selbstkritik zu üben und seinen Posten zur Verfügung zu stellen. Dies tat er jedoch nicht, sondern er veranlaßte, daß der SSB-Juso unter wilden Beschimpfungen der anderen Hochschulgruppen aus der AStA-Koalition austrat. So wollte er versuchen, seine Hände reinzuwaschen. Dies kleine Beispiel zeigt, daß schon die "kleinen Politiker" ihren Vorbildern nacheifern und nach dem Motto: "Früh übt sich, was ein Wienand werden will" die Interessen der Studenten im Munde führen, aber nur auf ihre Karriere bedacht sind und sich einen Dreck um die Interessen der Studenten kümmern. A.L.

„Schon 100mal gemacht"

Nützliche Unterrichtsgestaltung in der Berufsschule

An der Berufsschule V in Hannover sollten die Mechanikerlehrlinge geprüft werden, ob sie auch in der Lage sind, einen Brief zu schreiben. Sie sollten an eine Pension schreiben und eine Bettenreservierung vornehmen. Gegen diese Verhöhnung durch den Lehrer protestierten die Lehrlinge lautstark und meinten: "Scheiße, das haben wir schon hundertmal gemacht . . . Wir sind hier, weil wir etwas lernen wollen . . ." usw.
Ich habe mich dann gemeldet und den Kollegen vorgeschlagen, einen Brief an die Stadtwerke und die Presse zu schreiben und darin gegen die Erhöhung der Gas- und Stromtarife um 20 bis 25 % zu protestieren.

Dagegen wandte sich der Lehrer, und auch die Kollegen selbst äußerten sich nicht gerade begeistert. In der Auseinandersetzung um meinen Vorschlag aber erkannten auch sie, daß diese Tariferhöhungen nicht in ihrem Interesse sind. Ich habe dann den Brief aufgesetzt und ihn in der Klasse zur Unterschrift rumgehen lassen. Alle Kollegen haben ohne Ausnahme den Brief unterschrieben. Der Lehrer aber stand dabei und wagte nicht einzugreifen.
Einen Fehler habe ich dabei noch gemacht. Ich habe diesen Brief nicht dem Lehrer zur Unterschrift vorgelegt. Das werde ich in der nächsten Unterrichtsstunde noch nachholen. Daran wird sich messen lassen, auf welche Seite er sich stellen will.
–U.B., Hannover–

"Erziehung zur Brüderlichkeit und Freiheitsliebe"

Antwort an dass Karlsruher Oberschulamt / Was man in Schulbüchern unter Freiheitsliebe und Brüderlichkeit versteht

Am 28.8.1974 wurde die LehrerinMechthild Veil (Sinsheim) durch das Oberschulamt Karlsruhe vom Dienst suspendiert, das jetzt ihre fristlose Entlassung betreibt. In verschiedenen offenen Briefen hat die Lehrerin bisher Stellung zu den Vorwürfen des Oberschulamtes bezogen. In einem Brief vom 30.10. nahm sie u.a. Stellung zu dem Vorwurf des Oberschulamtes, sie sei als Erzieherin nicht geeignet, da sie die Jugend nicht zur Freiheitsliebe erziehen würde. Diesen Teil ihres Briefes drucken wir im folgenden ab.

Direkt gegen das Oberschulamt selbst richtet sich der Vorwurf, ich sei als Erzieher nicht geeignet, da nach Art. 12 der Landesverfassung die Jugend zur Brüderlichkeit und zur Freiheitsliebe und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erziehen sei.
Dazu nur: Der Lehrplan und die vorgeschriebenen Schulbücher haben mich verpflichtet, den Schülern Verherrlichung der Gewalt zu predigen, z.B. werden in den Englisch-Büchern (Learning English) die englischen imperialistischen Eroberungskriege verherrlicht, der englische Seeräuber Drake, der England bereicherte, indem er fremde Schiffe und Länder überfiel und ausplünderte, wird in diesen Büchern dargestellt als mutiger Offizier mit liebenswerten Schrullen. Cecil Rhodes, der Südafrika zu einer englischen Kolonie machte, den gerechten Widerstand der Afrikaner durch blutiges Gemetzel und Konzentrationslager niedermachte, wird aber in den vom Staat kontrollierten Schulbüchern dargestellt als ein bedeutsamer Mann von Reichtum und Macht. Kein Wort davon, woher der Reichtum kommt, wem das Gold geraubt wurde, kein Wort vom Rassismus, kein Wort davon, wem solche Ausbeuter nützen und wem sie schaden.

Schüler und Lehrer können bestätigen, daß Bismarck in unseren Schulen immer dargestellt wird als der "Blut- und Eisenfürst", daß er verherrlicht wird, **gerade** weil er Kriege anzettelte, mit denen sich die Deutsche Nation bereichern konnte.
Solch eine Gewalt, die von der jeweils herrschenden Klasse ausgeht und nur einer Minderheit etwas nützt mit der dazugehörenden Ideologie (z.B. die Schwarzen brauchen die „Vorherrschaft der Weißen, weil sie zu dumm sind, sich selbst zu regieren, all das sollen wir im Unterricht den Schülern gegen besseres Wissen eintrichtern. Und das heißt dann: Erziehung zur Brüderlichkeit und Friedensliebe! In Wirklichkeit bedeutet es Erziehung zum Akzeptieren und Eintreten für die herrschende Gewalt. So wird z.B. die Bevölkerung der BRD heute darauf vorbereitet, einen Krieg der Kapitalisten zur Ausplünderung arabischer Ölfelder hinzunehmen, ja sogar aktiv für ihn einzutreten (siehe den Roman in den Bunten Illustrierten vom 7.11.74: "Morgen früh beginnt der Krieg ums Öl").
Lehrer, die eine solche Hetze mitmachen, braucht das Volk nicht. Es braucht Lehrer, die den Schülern beibringen, daß man gegen Ungerechtigkeiten Widerstand leisten muß und auch kann. Diese Lehrer werden an Hand des Putsches in Chile den Schülern klar machen, daß die herrschende Klasse immer versuchen wird, von der Gewalt Gebrauch zu machen, wenn ihre Herrschaft durch den Willen des Volkes bedroht ist, daß sie nie davor zurückscheuen wird, ihre Herrschaft gegen den Willen der Mehrheit des Volkes mit Waffengewalt zu sichern und daß es im Interesse der Mehrheit des Volkes liegt, rechtzeitig zu lernen, wie es sich wehren kann. Mechthild Veil

Lehrkräfte gegen das Ordnungsrecht

32 Tutoren, Professoren, wissenschaftliche Bedienstete und Dozenten unterzeichneten einen offenen Brief an den Präsidenten der Universität Frankfurt, in welchem sie sich gegen jede Einschränkung der freien politischen Betätigung wenden.
In welchem Maße der Staat gegenwärtig das Recht auf freie politische Betätigung an den Hochschulen einschränken will, zeigt sich auch an dem jetzt vom Wissenschaftsausschuß des Bundestages verabschiedeten Hochschulrahmengesetz. Dieses soll im Dezember im Bundestag behandelt und verabschiedet werden. Aufgenommen worden ist in dieses Gesetz jetzt ein Ordnungsrecht, das es ermöglicht, Studenten für zwei Jahre von den Hochschulen zu relegieren.
Die Unterzeichner des offenen Briefes hatten im Sommersemester 1974 Erklärungen unterschrieben, in denen sie sich gegen die vom hessischen Kultusminister diktierte Hausordnung wandten. In einem Erlaß des hessischen Kultusministeriums wurden die Unterzeichner aufgefordert, "sich dazu zu äußern, ob sie ihre Unterschrift noch aufrechterhalten". In dem offenen Brief heißt es unter anderem:

"... Die Praxis der Anwendung des Hausordnungsrechts muß auch im Zusammenhang gesehen werden mit der Praxis der Anwendung der Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972 gegen unliebsame Kritiker unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, besonders gegen Lehrer, die ihre konkreten Erfahrungen mit der gegenwärtigen Schulmisere öffentlich machen und die sich gegen diese Mißstände und ihre Ursachen politisch betätigen: Diese Beschlüsse sind ein von staatlichen Dienststellen handhabbares Instrument der politischen Bevormundung, der Gesinnungsschnüffelei, der Unterdrückung und Kriminalisierung, der Berufsverbotemaßnahmen.
Alle diese Erlasse und Beschlüsse kommen zu einer Zeit, in der die lohnabhängige Bevölkerung unter Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, Kurzarbeit und steigenden Preisen leidet und versprochene Reformen zurückgenommen werden (Steuerreform, Bildungsreform, Umweltschutz, usf. ...). In diesem Zusammenhang sehen wir im Hausordnungsrecht (HOR) eine Maßnahme der staatlichen Bürokratie, um die Diskussion dieser Mißstände an der Universität und damit verbundene öffentliche Stellungnahmen zu verhindern und um außerparlamentarische Auseinandersetzungen um notwendige gesellschaftliche Veränderungen administrativ zu unterdrücken.
Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß Studenten, die in Lehrveranstaltungen und universitären Gremien Kritik äußern, sei es am Lehrstoff, sei es an Mißständen innerhalb oder außerhalb der Universität, die diese Kritik zur Diskussion stellen und sich gegen Mißstände politisch betätigen, per Erlaß zu Störern definiert werden und durch das HOR gemaßregelt werden können bis hin zum Ausschluß aus der Universität.
Ebenso wenden wir uns dagegen, daß immer häufiger Beschäftigte im öffentlichen Dienst wegen unliebsamer Kritik an Mißständen und wegen politischer Betätigung gegen diese Mißstände Disziplinarverfahren unterzogen werden. Insbesondere wenden wir uns gegen die zunehmende Zahl von Berufsverboten für Lehrer in Hessen und die ihnen vorausgehenden sogenannten Anhörungsverfahren.
Wir sind nicht bereit, an der Einschränkung und Unterdrückung der freien Auseinandersetzung wissenschaftlicher und politischer Meinungen mitzuwirken, wie sie z.B. im Engels-Konflikt geschehen sind, oder am Fachbereich Humanmedizin, wo allein der Verkauf kommunistischer Zeitungen ausreichte zu Hausverbot und Strafanzeige. Eine Mitwirkungspflicht in dieser Hinsicht halten wir für unzumutbar. Dagegen halten wir es für unsere demokratische Pflicht, jeder Beschneidung der Freiheit der Kritik und der politischen Betätigung entschieden entgegenzutreten.
In diesem Sinne verstehen wir unsere Unterschrift. Gezeichnet:

M.Altmeyer (Tutor), G.Boege (Dozent), C.v.Braunmühl (Wiss. Bed.), C.Bugge (Tutor), Prof. A.Combe, Prof. H.U.Deppe, W.Dietz (Tutor), C.Eckart (W.B.), J.Franzen (W.B.), K.Gansler (Tutor), F.Heider (W.B.), J.Hentze (W.B.), R.Herding (W.B.), Prof. J.Hirsch, R.Hirt (Lehrb.), D.Hoß (W.B.), G.Jungblut (W.B.), M.Klopp (Tutor), Prof. M.Kuechler, Prof. G.Lapper, H.Leuninger (Dozent), H.Lorenz (Lehrb.), P.Oechsle (Tutor), Prof. R.Rütten, A.Schäfer (Tutor), K.L.Schibel (W.B.), W.Schlegal (Tutor), Prof. G.Schneider, R.Selbach (Tutor), L.Voegelin (W.B.), E.Vogel (W.B.), H.Weisshaar (W.B.)

Sparmaßnahmen

Bremen. 400 bedürftige Bremer Kinder erhalten derzeit an den Grund- und Hauptschulen täglich kostenlos einen Viertelliter Milch. Nach einem am 15.11. veröffentlichten Beschluß der Deputation für Bildung in Bremen soll diese Unterstützung jetzt verringert werden, weil angeblich kein Geld für die Milch da sei. Gleichzeitig genehmigte sich der Bremer Senat einen Werbeetat in Höhe von 250 000 Mark, mit dessen Hilfe "unpopuläre Maßnahmen" (Bürgermeister Koschnick) der Bevölkerung "verkauft" werden sollen.

Kein Berufsverbot für Jens Scheer

Bremen. Gegen Jens Scheer, Physik-Professor an der Universität Bremen, ist vom Bremer Senat durch Bildungssenator Thape (SPD) ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Anlaß: Kleben eines Plakates der Gruppe Rote Fahne (KPD). "Mit dieser Beamtenpflicht läßt sich der aktive Einsatz für die KPD grundsätzlich nicht vereinbaren." (aus dem Thape-Schreiben an Jens Scheer)

Katastrophale Raumsituation

Am 12.11. führten die Studenten der Abteilung für Heilpädagogik Köln ein "Stopf-in" durch, das breite Teile der Bevölkerung über die Raumnot an dieser Abteilung der Pädagogischen Hochschule Rheinland informieren soll. Die Situation ist die, daß diese Hochschule, vor drei Jahren für 300 Studenten gebaut, jetzt 2 800 Studenten ein ordnungsgemäßes Studium ermöglichen soll, obwohl sich seitdem weder die Zahl der Räume, noch die Zahl der Lehrkräfte, noch die Zahl des technischen Personals erhöht hat.
Deshalb dieses "Stopf-in", um einmal alle Studenten in dieses kleine Gebäude hineinzupressen und zu beweisen, daß unter solchen Bedingungen kein Studium mehr möglich ist. Diese ganze Aktion wird getragen von allen Studenten der Abteilung für Heilpädagogik (AfH), dem Lehrkörper und dem technischen Personal, die ihrerseits natürlich unter großer Arbeitshetze stehen.

Engels-Prozeß

Frankfurt. In Frankfurt begannen jetzt die Gerichtsverhandlungen gegen Studenten, die im vorigen Wintersemester in der Vorlesung des Ökonomieprofessors Engels ihr Recht auf Freiheit der Diskussion geltend gemacht hatten. Engels hatte daraufhin seine Wissenschaft mit Hilfe der Polizei vor der weiteren Kritik geschützt. Den beiden angeklagten Studenten wird Nötigung und Aufforderung zu strafbaren Handlungen vorgeworfen.

Mietstreik

Braunschweig. Zum 1.Oktober wurden hier die Mieten in den Studentenwohnheimen von 105 auf 125 DM erhöht. Gegen diese unerträgliche Mehrbelastung beschlossen 87 % der Studentenwohnheimbewohner in einer Urabstimmung den Mietstreik. Wie sich bei einer Umfrage herausstellte, hatten bereits vor der Urabstimmung im Oktober ca. 90 % der Studenten nur den alten Mietpreis bezahlt.

Die Ausbildung beim BGS

Der Bundesgrenzschutz ist zur Unterdrückung der Volksmassen da/ Ein BGS-Soldat berichtet

Gifhorn. Daß der Bundesgrenzschutz hauptsächlich das Bewachen der Grenze als militärische Aufgabe ausführt, ist ohne Zweifel, daß aber das Grenze-Bewachen in der Ausbildung der BGS-Soldaten den geringsten Teil einnimmt, ist nicht allen Menschen bekannt. Mir war dies auch nicht bekannt, als ich mich vor 3 Jahren zum BGS meldete. Ich begann meinen Dienst in der BGS-Kaserne Gifhorn. In der 3-monatigen Grundausbildung wurde von insgesamt vier Übungen nur eine zum Schutz der "Demarkationslinie" durchgeführt, die anderen standen unter dem Thema Bandenbekämpfung und Objektschutz.

Man unterrichtet uns folgendermaßen: Der BGS ist ein Mittel in der Hand des Innenministers, um in solchen Fällen, wie sie während der Zeit durch Baader-Meinhof vorkamen, einzugreifen, d.h. Banden zu bekämpfen und Objekte zu schützen. Wie groß allerdings solche Banden sein können wurde uns erst bei der Übung klar.

An die "leicht gepanzerten" Radfahrzeuge des Typs SW 1 und SW 2 wurden je Wagen ein ca. 8 m breites Gitter montiert. Mit diesen Gittern am Bug und mehrerer Wagen nebeneinander sollten die Banden bekämpft werden. Dem Fußvolk unter uns lehrte man mit Schützenkette und Schützenreihe gegeneinander vorzugehen.

Bei diesen Übungen wurde auch dem letzten klar, daß solche Banden mindestens ein paar Hundert Mann stark sein müssen.

So wurde uns eingedrillt, wie wir gegen Demonstranten vorzugehen hätten.

Bei der Objektschutzübung hatten wir eine Ziegelei in Wilsche bei Gifhorn zu schützen. Es wurden MG-Nester aufgebaut und das Werk umstellt. Man erklärte uns, das wir damit rechnen müßten, Objektschutz für größere Betriebe hier in der Gegend zu übernehmen.

Das sind in Gifhorn das Teves Werk und in Wolfsburg das VW-Werk.

Selbstverteidigung

Ganz besonders war die Selbstverteidigungsübung, die bestimmt nicht an der Grenze ausgeführt wird, weil bei Grenzzwischenfällen eben nicht Mann gegen Mann gekämpft wird. Genau wie die Übung "Abwehr in Zivil" bei der wir zwar keine Zivilkleidung trugen, aber die Waffen nicht in den dafür vorgesehenen Holstern, sondern in der Kleidung trugen.

Genauso ist die Selbstverteidigungsübung nur ein Mittel, um gegen die Menschen im eigenen Land vorzugehen. Hier mußte jedem klar werden, daß der BGS nicht nur für die Grenzbewachung eingesetzt wird, sondern eine inoffizielle schwerbewaffnete Polizeitruppe ist.

Unter den Kameraden haben wir oft darüber geredet und viele waren der Meinung, das sie im Ernstfall nicht mitmachen würden. Einige in unseren Kasernen machten dann mit als Freiwillige für den Aufbau einer Antiterrortruppe. Viele fanden sich dafür allerdings nicht und es waren auch nicht diejenigen, sie sich gegen solche Einsätze ausgesprochen hatten.

(Name der Red. bekannt)

„...und gib gerechte Parlamente"

Die Kirche soll die Kampfmoral der Truppe heben

Braunschweig. Folgendes ereignete sich am Reformationstag (31.10.74) in der NschKp 20. Nach dem morgendlichen Antreten, wobei sich auf Frage des Spieß ergab, daß kein Soldat Interesse am Kirchgang hatte, befahl der Kompaniechef die Kompanie zum nochmaligen Antreten. Dort erklärte er, er "erwarte" von jedem Soldaten, daß er sich am Gottesdienst beteilige. Die meisten Soldaten faßten dies als Befehl auf und fuhren in die Kirche.

Der Pfarrer nahm nun seine glorreiche Aufgabe wahr, seine Schäfchen auf den **rechten** Weg zu bringen. In seiner Eigenschaft als Militärgeistlicher trug er seinen Teil dazu bei, die Kampfmoral der Truppe durch Predigt und Gebet auf Vordermann zu bringen. Gott soll da schon öfter ein guter Gehilfe der Militaristen gewesen sein. Im zweiten Weltkrieg wurden die Waffen der Herrschenden eingesegnet. Die ganze Zeremonie endete mit einem Gebet. Hierbei konnte der Pfarrer nicht umhin, auf das mangelnde Interesse an religiösen und kirchlichen Fragen einzugehen. Angesichts der zunehmenden Kirchenaustritte, der immer breiter werdenden Forderung nach Trennung von Kirche und Staat (die jetzt sogar von bürgerlichen Politiker erhoben wird – FDP-Kirchenpapier) mußte die Allmächtigkeit des lieben Gottes wieder mal angefleht werden, um diesen "ketzerischen" und "gottlosen" Vorgängen Einhalt zu gebieten: "und gib uns gerechte Parlamente" schloß das Gebet. Den Kameraden sollte hiermit Hoffnung gemacht werden.

Wenn der Bundestag, die Landtage und die kommunalen Parlamente im Augenblick auch nicht viel taugen und für das Volk nichts tun, soll doch niemand den Glauben an diese Parlamente verlieren.

Mit dieser Salbung der bürgerlichen Parlamente versuchen die Pfaffen und die Kirche allgemein ihren Beitrag für die "Staatserhaltung" zu leisten und dem Mißtrauen des Volkes an den Institutionen des bürgerlichen Staates zu begegnen. Aber solche Mätzchen verfangen nicht mehr recht. Dafür ist die ablehnende Haltung der Soldaten gegenüber dem Kirchgang ein guter Beweis.

Schtz. K.G. Braunschweig/Red.

'Mit nackter Angst werden wir Sie schon kleinkriegen'

Bericht über Schickanen während einer Grundausbildung

Stetten. Wir sind hier während unserer Grundausbildung in der Ausbildungskompanie 7./10. Letztens ereignete sich folgendes:

Am Mittwoch waren wir den ganzen Tag im Gelände und nach dem Abendessen fand gleich noch eine Alarmübung statt, verbunden mit einem Nachtorientierungsmarsch. An diesem Abend fand das Rückspiel FC Bayern München – Magdeburg statt, das viele von uns sehen wollten. Wir bekamen die Erlaubnis, die zweite Halbzeit anzuschauen, falls wir rechtzeitig zurückkommen sollten. Die meisten schafften es dann auch, bis 21 Uhr zurückzusein und durften dann bis 22 Uhr fernsehen oder sonst irgendetwas machen. Wir alle dachten deshalb, daß dann Waffendurchsicht und Stubendurchgang später angesetzt wären – normal war es auch so. Doch nicht so im 1. Zug. Kurz nach 22 Uhr kündigte der Zugführer Feldwebel Krieg an, daß in fünf Minuten Waffendurchsicht sei. Doch an das Waffenreinigen hatte sich noch kaum ein Rekrut gemacht, da die meisten beim Fernsehen oder in der Kantine

ein Rekrut gemacht, da die meisten beim Fernsehen oder in der Kantine

waren. Ein paar Minuten später tobte dann Fw Krieg durch die Stuben und kündigte Maßnahmen an, weil nur so wenige bei der Waffendurchsicht da waren.

Am nächsten Tag bei der Parole kam dann das zur Sprache. Einige Soldaten sagten, daß wenn man beim Fernsehen oder in der Kantine ist, man doch sein Gewehr und die persönliche Ausrüstung nicht reinigen kann. Sie meinten, es wäre doch Unsinn, einerseits das Fernsehen zu erlauben und auf der anderen Seite zu verlangen, daß kurz nach 22 Uhr schon alles gereinigt ist. Darauf antwortete unser Ausbildungsleiter zynisch: "Es ist gut, daß Sie mir das sagen. Dann wird halt in Zukunft um diese Zeit kein Fußball mehr geschaut."

Am Freitag dann hatte der 1. Zug zur Strafe für sein "Vergehen" bis 17 Uhr Nachdienst. Den ganzen Nachmittag putzten die Kameraden alles blitzblank. Um 17 Uhr war dann Stubenappell. Als die Ausbilder keinen Schmutz fanden, ließen sie die Sturmgepäcke öffnen und schauten sich die Klappspaten an – und fanden auch schließlich bei einigen ein bißchen Dreck. Dies reichte aus, um den gesamten Zug nochmals bis 18 Uhr 30 Nachdienst machen zu lassen.

Dies zeigt ganz klar, daß die Ausbilder, um uns einzuschüchtern und ihre Macht zu zeigen, auch nicht vor reinen Willkürmaßnahmen zurückschrecken. Zum anderen sieht man daran die Rechtlosigkeit der Soldaten gegenüber ihren Vorgesetzten, die mit uns machen können, was sie wollen.

Weiter möchte ich noch kurz über einen unserer "besten" Ausbilder berichten, damit auch die Bevölkerung sieht, was für Vorgesetzten die Soldaten ausgeliefert sind:

Einer der größten Menschenschinder bei uns ist Unteroffizier Böhme. Ich möchte ein Beispiel von vielen schreiben. Bei unserer Sanitätsausbildung ließ uns dieser Ausbilder Feldtragen schleppen, auf die er Leute mit bis zu

ließ uns dieser Ausbilder Feldtragen schleppen, auf die er Leute mit bis zu

90 Kilo Gewicht legte. Dann mußten wir diese einige hundert Meter im Laufschritt schleppen – und das viermal. Wenn wir dann abgekämpft und mit hochrotem Kopf zurückkamen und fast zusammenbrachen, dann lächelte er uns immer hämisch, ja fast sadistisch an. Von diesem Unteroffizier stammt auch der folgende Ausspruch, den er in einem Unterricht losließ: *"Sie sind nichts, meine Herren, absolut nichts. Sie müssen funktionieren und Sie werden funktionieren. Mit nackter Angst werden wir Sie schon kleinkriegen. Zwei bis drei Wochen geht das so, dann funktionieren Sie."*

Dieser Satz zeigt deutlich den Charakter der Bundeswehr. Funktionieren sollen die Soldaten – das heißt, zu willenlosen Werkzeugen der Kapitalistenklasse werden, die jeden Befehl widerspruchslos erfüllen. Und solche Ausbilder wie Uffz Böhme sollen dafür sorgen, daß dies gewährleistet wird.

–SanS R.M.–



Nach den Erfahrungen der US-Aggression in Vietnam hat die Bundeswehrführung ihre Kampfhubschrauber-Staffeln aufgebaut und auch für den inneren Einsatz gerüstet.

aufgebaut und auch für den inneren Einsatz gerüstet.



Ausländische Soldaten in der Bundesrepublik

Es sind dies	206 000	amerikanische
	59 000	britische
	31 700	belgische
	8 900	niederländische
	5 000	kanadische und
	67 000	französische Soldaten,

insgesamt also 478 000 ausländische Soldaten auf dem Boden der BRD.

Wie die Kompaniechefs die Wahl der Vertrauensmänner in der Grundausbildung umgehen

In der Grundausbildung in Sigmaringen und wohl auch in anderen Kompanien praktiziert der Kompanie-Chef mit Zustimmung des Battaillonskommandeurs einen Trick, um sich evtl. unbequeme und ihm unbekannte Vertrauenmänner vom Halse zu halten.

Die Mannschaften, die gerade eingezogen werden, dürfen für 3 Monate Grundausbildung **keinen** Vertrauensmann wählen. Die Kompanie bekommt im ersten Monat in einer Unterrichtsstunde über "innere Führung" oder Freitags vor Dienstschluß bei der Kompaniebelehrung mitgeteilt: Bisher wurde der V-Mann jährlich aus dem Stamm (1) der Kompanie gewählt, wir wollens doch auch so halten, oder? Dann folgt noch schnell eine formelle Abstimmung. Es werden Phrasen gebracht, wie: 3 Monate sind eh' zu kurz für Wahlen, Ihr kennt Euch noch gar nicht ...

Ein KBW-Sympathisant

(1) Soldaten, die in der Wehrdienstzeit Bürotätigkeiten (Geschäftszimmer) wahrnehmen und zwar meistens für 12 Monate (ca. 20 bis 30 Leute)

„Strenger Verweis"

Ein Soldat wird wegen eines KVZ -'Artikels bestraft

Roth b. Nürnberg. Soldaten des 12./LWAUSBREG 3 haben der Redaktion der KVZ mitgeteilt, daß der Flieger M. Anselment vom Kommandeur verhört wurde, weil er einen Artikel über seine Behandlung im San-Bereich in der KVZ veröffentlicht und ihn mit seinem Namen unterzeichnet hatte (vgl. KVZ Nr. 22, S. 13 "Kurze Behandlung").

Wie es weiter heißt, hat der Kommandeur gegenüber dem Flieger eine Belehrung ausgesprochen, worin dem Flieger A. bei Androhung einer Disziplinarstrafe untersagt wird, Berichte über Vorfälle aus der Bundeswehr zu veröffentlichen. Doch die Disziplinarstrafe ist inzwischen ausgesprochen worden und zwar von dem zuständigen Kompaniechef: Der Flieger A. hat einen 'strengen Verweis' erhalten.

Die Redaktion stellt dazu fest: Erstens, der Flieger A. wird für ein und dieselbe Sache offenbar zweimal belangt: zuerst durch den Kommandeur durch das Aussprechen der Belehrung und dann durch den "strengen Verweis" des Kompaniechefs. Gegenüber der ersten Form der Zurechtweisung stellt der Verweis eine Verschärfung dar. Ob die Maßnahmen der Bundeswehrführung gegen den Flieger A. damit überhaupt abgeschlossen sind, bleibt ohnehin abzuwarten. Das Vorgehen der Bundeswehrführung ist jede falls unzulässig.

Zweitens ist festzuhalten, daß der Kommandeur nicht das Recht hat, einem Soldaten zu verbieten, über seine Erfahrungen mit der Bundeswehr zu berichten. Schaut man sich die Soldatengesetze daraufhin an, so findet man, daß die Verpflichtung zur Verschwiegenheit zum Beispiel nicht gilt im Fall, daß die Tatsachen offenkundig oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen (Soldatengesetz § 14,1). Wir fragen: Ist die Behandlung einer Hodenprellung – denn darum ging es in dem Artikel – etwas, was der Geheimhaltung bedarf oder ist die Art und Weise, wie ein solcher Unfall zu behandeln ist, nicht vielmehr offenkundig? Offenbar verhält sich die Sache so, daß in den Lazaretten der Bundeswehr nicht nach den allgemeinen Erkenntnissen der Medizin die Kranken behandelt werden, sondern daß die medizinische Versorgung der Soldaten schlecht ist und daß der Kommandeur mit seinem Veröffentlichungsverbot diese Tatsache verheimlichen will.

Daraus folgt drittens: Mit Spionagetätigkeit ist dieses Veröffentlichungsverbot und das disziplinarische Vorgehen gegen den Flieger A. überhaupt nicht zu rechtfertigen. Vielmehr ist die Sache offenbar so, daß die Führung der Bundeswehr ganz allgemein und der Kommandeur in diesem Fall besonders daran interessiert sind, daß das Volk nicht erfährt, welche Zustände in der Bundeswehr und vor allem in den Lazaretten herrschen. Die Soldaten aber haben ein Recht darauf, daß Unfälle und Krankheit mit aller Sorgfalt behandelt werden. Deshalb hat das Volk das Recht darauf, daß es erfährt, wie seine Söhne in der Bundeswehr behandelt werden. Deshalb ist es gerecht, wenn die Soldaten gegen die schlechte medizinische Versorgung bei der Bundeswehr protestieren.

Red.

Griechenland:

Die Wahlen sind undemokratisch

Wahlbestimmungen schließen fast ein Viertel der Wahlberechtigten von der Teilnahme an der Wahl aus

Die Wahlen in Griechenland waren vollkommen undemokratisch. Erstens: Wahlberechtigt waren nur Griechen, die sich bis zum 25. April des Jahres in die Wählerlisten eingetragen hatten. Damals herrschte noch die Junta. Während der Herrschaft der Militärjunta aber hat kaum ein Grieche, der die Junta ablehnte, sich in die Listen eintragen lassen. Besonders die Jugendlichen haben das verweigert, um damit ihre Opposition gegen die Junta deutlich zu machen. Die Übergangsregierung unter Karamanlis hat an dieser Verfügung festgehalten, so daß jetzt automatisch nur ein geringer Teil der Jugendlichen zwischen 21 und 28 Jahren wahlberechtigt war.

Zweitens: Viele Griechen befinden sich im Ausland als Arbeiter. Ihnen wurde, sobald ihre Opposition zur Junta bekannt war, die Staatsbürgerschaft aberkannt. Die Staatsbürgerschaft ist ihnen von der Karamanlis-Regierung nicht wieder zuerkannt worden, obwohl sie das versprochen hatte. Sie hat lediglich die 2 800 "Prominenten" wieder zu Staatsbürgern gemacht. Insgesamt haben so nach Schätzungen rund 2,5 Millionen Menschen im wahlfähigen Alter nicht wählen dürfen, obwohl "Wahlpflicht" herrscht und jeder wahlpflichtige Grieche, der der Wahl fernbleibt, bestraft werden kann.

Klar ist auch, daß diese 2,5 Millionen – ungefähr ein Viertel der Wahlfähigen –, die von der Wahl auf Grund der reaktionären Bestimmungen ausgeschlossen sind, die linken Parteien unterstützen. Das folgt aus der Tatsache, daß dieser Teil des griechischen Volkes der aktivste im Kampf gegen die Junta war.

Drittens gibt es in Griechenland nicht nur eine 5 %-Klausel wie bei uns, sondern eine weit kompliziertere Bestimmung, die es nur großen Parteien, die an der Macht sind, ermöglicht, sich weiter auf der Ebene des Parlaments zu stärken und Sitze hinzuzugewinnen.
Diese drei Tatsachen erklären den großen Abstand zwischen der "Neuen Demokratischen Partei", der Partei von Karamanlis (54 %), und den übrigen Parteien, den Sozialdemokraten unter Mavros (20 %), den Sozialisten unter Papandreou (13 %) und den Kommunisten, die ein Wahlbündnis geschlossen und 10 Sitze erhalten haben sollen.

Der Übergangsregierung unter Karamanlis wäre es ein Leichtes gewesen, diese einschränkenden und vollkommen undemokratischen Bestimmungen aufzuheben. Sie hat das nicht getan. Sie hat unter allen Umständen daran festgehalten, als Garantiebestimmungen für die Sicherung ihrer Macht. Das ist ihr gelungen.
Das griechische Volk hat die Durchführung der Wahlen auf den Straßen gefeiert. Keineswegs hat es Karamanlis gefeiert. Es hat die Wahlen bejubelt als einen Erfolg im Kampf gegen die Herrschaft der Militärs. Von der neuen Karamanlis-Regierung wird das Volk nun verlangen, daß er seine Versprechen wahrmacht und die Junta und ihre Helfershelfer vor Gericht stellen läßt. Wie die neue Regierung sich dazu verhält, wird bald die Lage klären.

Kurz nach dem Sturz der Militärs erklärte ein Grieche gegenüber einem Korrespondenten der KVZ auf die Frage, ob Karamanlis sich geändert habe gegenüber früher:
"Als er damals regiert hat, war er ziemlich rechts und hat vor allem die reichen Leute unterstützt. Vielleicht hat er sich in Frankreich geändert. Bisher hat er sich so gezeigt, als ob er die Interessen der Arbeiter vertritt. Aber das Volk liebt ihn nicht, es hat ihn nur aufgenommen. Er hat zwar versprochen, Griechenland zu einem demokratischen Staat zu machen. Aber vielleicht ändert er sich wieder."
Frage: Will er die Unternehmer enteignen?
"Er wird sie nie enteignen. Was er will, ist eine bürgerliche Demokratie."

–g.j.–



Die Presse ist ein wichtiges Mittel im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Zeitungsverkauf in Athen unmittelbar nach dem Sturz der Militärjunta und der Aufhebung der Zensur.

Das dänische Volk ist gegen die EG

Die Presse ist ein wichtiges Mittel im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Zeitungsverkauf in Athen unmittelbar nach dem Sturz der Militärjunta und der Aufhebung der Zensur.

Das dänische Volk ist gegen die EG

Es ist jetzt 2 Jahre her, daß eine Mehrheit der dänischen Bevölkerung für den Eintritt Dänemarks in die Europäische Gemeinschaft abstimmte. Wie sieht die Lage heute aus? In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spürt das Volk die Folgen dieser Mitgliedschaft. Es wird immer klarer, daß der EG-Beitritt für die dänische Bourgeoisie ein Schritt war, zusammen mit der übrigen westeuropäischen Bourgeoisie Krisensituationen leichter durchzustehen und gemeinsam die Arbeiterklasse und das Volk verschärfter auszubeuten.

Die EG-Mitgliedschaft hat in der jetzigen Krise die Arbeitslosigkeit beschleunigt: z.B. hat der Brauereikonzern "Foreneder Bryggerier" eine neue Brauerei in England bauen lassen, was zur Folge hatte, daß Massenentlassungen bei der Brauerei 'Tuborg' in Kopenhagen stattfanden. Die amerikanische Firma 'Ford Motors' hat ihren Betrieb in Dänemark geschlossen und woanders neu aufgebaut. Folge: wieder Massenentlassungen. Seit Dänemark in der EG ist, stiegen die Preise um 50-60 % und das v.a. bei normalen Gebrauchsgütern und Lebensmitteln.
Die bürgerliche Zeitung 'Berlingske Tidende' mußte in ihrem Leitartikel vom 8.9.74 erschrocken feststellen, daß "die solide Mehrheit für den Eintritt Dänemarks in die EG nicht mehr vorhanden (ist). Sie ist seit der Volksabstimmung 1972 immer geringer geworden." Das bestätigt auch eine Gallup-Umfrage im August 1974, die zeigt, daß jetzt 53 % gegen die EG stimmen würden.
Der 2. Jahrestag des EG-Beitritts (2. Oktober 1974) war deshalb in ganz Dänemark geprägt durch Demonstrationen, Streiks, Kundgebungen und andere Aktionen. Die durchgehende Forderung lautete: DÄNEMARK RAUS AUS DER EG JETZT! Allein in Kopenhagen hatten sich 60 000 Menschen am Rathausplatz versammelt und nach einer Kundgebung eine kämpferische Demonstration durchgeführt, deren Hauptlosung der **sofortige Austritt aus der EG** war.

Kambodscha-Broschüre
Khieu Samphan, Vize-Premier, Minister der Nationalen Verteidigung und Oberkommandierender der GRUNK
Erklärung vom November 1974 zur Entwicklung des Kampfes des kambodschanischen Volkes und zur jetzigen Lage
Preis: –,70 DM
zu bestellen bei: **Buchvertrieb Offenbach**
605 Offenbach, Bieberstr.82

UNESCO-Vertreter der Lon-Nol-Marionettenregierung schließt sich der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) an

In Saroeun, Mitglied der Delegation des Lon-Nol-Marionettenregimes bei der gegenwärtig in Paris stattfindenden Konferenz der UNESCO, einer Unterorganisation der UNO, hat sich mit einer öffentlichen Erklärung der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) angeschlossen.
In Saroeun ist Rektor der Technischen Universität von Phnom Penh und war bis vor kurzem Präsident der Vereinigung der Ingenieure. In seiner Erklärung verurteilt er scharf die US-Aggression in Kambodscha, wendet sich gegen alle Gerüchte und Versuche von Kompromißregelungen zwischen der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) und dem Lon-Nol-Regime. Er ruft alle Delegationen in der UNESCO-Konferenz auf, der Lon-Nol-Delegation das Recht abzusprechen, für Kambodscha zu sprechen, und fordert die Anerkennung der GRUNK in der UN-Vollversammlung. Alle seine Freunde, Kollegen, Mitarbeiter und Studenten fordert er auf, dem Verräterregime von Lon Nol keinerlei Unterstützung mehr zu gewähren.
Dies wurde dem Indochina-Komitee Heidelberg von einer Vertreterin der Mission der GRUNK in Paris telefonisch mitgeteilt.

Brief der GRUNK

Der Leiter der Pariser Mission der GRUNK, der königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha, hat uns einen Artikel übersandt über die derzeitige Lage in Kambodscha. Der Artikel zeigt ganz klar, daß die Lon-Nol-Marionette von Phnom Penh nichts in der UNO zu suchen hat. Der Artikel wird in den nächsten Tagen in Form einer Broschüre veröffentlicht. In einem Begleittext wird auf die fünf wichtigsten Punkte des Artikels hingewiesen. Wir drucken im folgenden den Begleitbrief ab.

Liebe Freunde,
Beiliegend übersende ich Euch eine wichtige Kopie eines Artikels von Herrn KHIEU SAMPHAN, dem Vize-Premierminister und Verteidigungsminister der GRUNK und Oberbefehlshaber der FAPLNK über die Situation in Kambodscha (veröffentlicht in der französischen Zeitung "Le Monde Diplomatique" vom November 1974).
Richtet Eure Aufmerksamkeit besonders auf folgende wichtige Punkte dieses Dokuments:

1) Die Verräter von Phnom Penh haben weder Land noch Bevölkerung noch eine Wirtschaft oder Finanzen. Sie repräsentieren nichts als sich selbst, nichts als eine Bande von Verbrechern ohne Glaube und Gesetz, die sich mit Leib und Seele an die amerikanischen Imperialisten verkauft haben.
2) Die befreite Zone, die 90 % des nationalen Territoriums ausmacht, ist ein rechtmäßiger und legitimer Staat, dessen wirkliche Vertreter die FUNK unter Vorsitz von N.Sihanouk, dem Staatsoberhaupt und der GRUNK mit S. PENN NOUTH als Premierminister.
3) Die FUNK schließt niemanden aus, außer einer Handvoll Verrätern, die die ekelhaftesten Verbrechen in der Geschichte Kambodschas gegen das kambodschanische Volk und die kambodschanische Nation begangen haben. Außer dieser handvoll Verräter hat jeder Bürger Kambodschas, egal was war, seinen Platz in der nationalen Gemeinschaft. Kambodscha braucht jeden guten nationalen Willen für den Wiederaufbau und die friedliche Entwicklung der einheitlichen Nation.
4) Unsere Politik der Neutralität und der Bündnisfreiheit entspricht den historischen und geographischen Bedingungen Kambodschas. Sie ist Ausdruck des tiefsten Wunsches des kambodschanischen Volkes und entspricht seinem freundschaftlichen und toleranten Temperament – ehrlich und ernsthaft in seiner Freundschaft aber stets bedacht auf seine Unabhängigkeit, seine Freiheit und seine Ehre (...) Diese feste und dauerhafte Position entspringt nicht einer hin- und herschwankenden Taktik. Sie ist eine grundlegende und strategische Position.
5) Die amerikanische Regierung muß die Intervention in Kambodscha beenden, jegliche Hilfe an die Verräter einstellen, alle Militärberater aus Kambodscha zurückziehen und von jeder direkten oder indirekten Intervention absehen, so daß das Problem Kambodscha schnellstmöglich gelöst wird.

In Hinblick auf die besondere Wichtigkeit dieses Dokuments über die gegenwärtigen Bedingungen in unserem Kampf, uns bei der breiten Publizierung dieses Dokuments zu unterstützen.
Wir erneuern unseren tiefen Dank für Eure Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes.

Chef der Mission
der GRUNK
Ok Sakun, 7.11.

Frankreich:

350 Bergleute gegen Stillegung

Die Kollegen in Falkenberg halten die Zeche besetzt

In den letzten Wochen haben breite Teile des öffentlichen Dienstes, der Arbeiter und Angestellten der Rundfunkanstalten, der Druckereien, der Zeitungen und der Banken gestreikt. Am letzten Dienstag sollten die Aktionen in einem Generalstreik zusammengefaßt werden. Der härteste und längste Streik war bei der Post, darüber ist berichtet worden. Wie breit die Streikbewegung aber tatsächlich ist, davon vermittelt der folgende Bericht einen guten Eindruck. Er stellt den Kampf von 350 Bergleuten gegen die Schließung ihrer Kohlegrube dar.

Seit dem 27. September 1974 halten 350 streikende lothringische Bergarbeiter die Grube Falkenberg (Faulquemont), die stillgelegt werden soll, besetzt. Auch die Sicherheitsbeamten und Ingenieure haben sich mit den Kumpels solidarisiert.
Wie uns die Kumpels erzählten, gehört die besetzte Schachtanlage zu den modernsten Frankreichs. Davon konnten wir uns selbst an Ort und Stelle überzeugen. Nachdem wir mit zwei Bergarbeitern die Anlagen über Tage besichtigt hatten, boten sie uns auch an, in die Schachtanlage einzufahren. Dies war das erste Mal, daß wir diese Möglichkeit hatten, und so sagten wir sofort zu.
Die Anlage wurde in den späten dreißiger Jahren von den Deutschen im Rahmen der Reparationsleistungen aus dem Ersten Weltkrieg errichtet. Die Förderungsbedingungen sind optimal: Die 150 Millionen Tonnen, die dort lagern, haben eine relativ gute Qualität und die Flöze sind sehr mächtig (bis zu 4 Metern – Im Ruhrgebiet und vor allem im Saarland werden Flöze von 90 Zentimetern abgebaut). Trotzdem wird die Stillegung von der Geschäftsleitung der Houilleres de Bassin de Lorraine (HBL, Lothringische Kohlegesellschaft) mit schlechten Förderungsbedingungen begründet. Täglich werden im Durchschnitt 5 000 Kilogramm Kohle abgebaut. Damit liegt die Förderleistung der Grube Falkenberg um 1 000 Kilogramm über der der Grube Merlebach. Diese Tatsachen zeigen wieder einmal die Anarchie der kapitalistischen "Planung" auch unter Staatsregie. (Die HBL hat in etwa den gleichen Status wie die Saarbergwerke AG und die Ruhrkohle AG). Man erinnere sich auch an die Stillegungen in der Bundesrepublik, wo ebenfalls moderne Schachtanlagen, die vorher noch extra auf den neuesten Stand der Technik gebracht wurden, über Nacht geschlossen wurden. Diese Stillegungen brachten für die Kapitalisten an der Ruhr und für die damals schon staatliche Saarbergwerke AG riesige Extraprofite, die von dem Steueraufkommen der werktätigen Bevölkerung genommen wurden. Das ist eindeutig Vergeudung gesellschaftlichen Reichtums zum Vorteil Weniger.

Welche Bedeutung hat die Stillegung für die Betroffenen?

Trotz der niedrigeren Förderleistung soll Merlebach zum Zentrum des lothringischen Kohleabbaus werden.

Da aufgrund der Rohölknappheit die Kohleförderung wieder auf 12 Millionen Tonnen im Jahr gesteigert werden soll, werden jährlich 200 zusätzliche Bergleute gesucht. Es bestünde also für die Kumpels aus Falkenberg keine Gefahr, arbeitslos zu werden. Sie müßten täglich jedoch über 60 Kilometer hin- und herfahren, was bedeutet, daß sich ihre Freizeit um 3 bis 4 Stunden verringert. Die besetzte Grube konnten sie hingegen in wenigen Minuten mit dem Fahrrad oder zu Fuß erreichen. Nicht unwichtig ist auch, daß sie aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen werden.

Wie ist der Kampf organisiert?

Die Stillegung der Zeche war eine beschlossene Sache. Durch die Besetzung hat die Belegschaft erreicht, daß über das Schicksal der Schachtanlage in diesen Tagen neu verhandelt wird. Die Bergleute haben während der ganzen Streikdauer einen Wartungs- und Sicherheitsdienst unterhalten, und so ist es gewährleistet, daß die ersten Kohlen in spätestens 48 Stunden gefördert wären. Trotz der langen Streikdauer hat es keine Schwierigkeiten bereitet, Freiwillige für die Durchführung der Arbeiten zu finden. Es besteht eine starke Solidarität nicht nur unter den Bergleuten, sondern auch von Seiten der Bevölkerung. Nur durch die Spenden der lothringischen und elsässischen Bevölkerung und der Unterstützung durch die Belegschaften der anderen Gruben war es möglich, die Besetzung bis jetzt durchzuhalten. Da natürlich keine Löhne mehr gezahlt werden und die französischen Gewerkschaften im Gegensatz zu den deutschen keine Streikkasse haben, sind die Kumpels von Falkenberg auch weiterhin auf Spenden angewiesen.

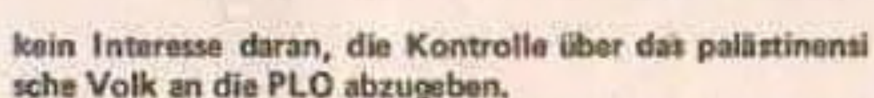
Spendet deshalb unter dem Stichwort "Falkenberg" auf das Konto Nr. 1.446.00-66.8 Postscheckamt Saarbrücken, Kurt Barthelmeh.

Hz, Kt

Beirut:

Interview mit Yasser Abed Rabbo, Vertreter der PLO

(Palästinensische Befreiungsorganisation)



Mit der Errichtung und Sicherung des Staates Israel verbunden ist notwendig die zionistische Politik zur Vernichtung der Palästinenser als eigenständiges Volk. Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land, Zerstörung ihrer Dörfer und Wohnhäuser, Versuch der Integrierung der Vertriebenen in den umliegenden arabischen Staaten unter Behandlung des palästinensischen Volkes als 'Flüchtlingsfrage' sind systematische Politik der Zionisten, um die Existenz des palästinensischen Volkes auszulöschen.
In vollkommener Verdrehung der wirklichen Geschehnisse wird diese faschistische Terrorpolitik Israels als 'Verteidigung' gegenüber den tatsächlichen Opfern des Terrors der Israelis hingestellt und der notwendige und gerechte Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die israelische Vernichtungspolitik als Terror.
Das Verhältnis der arabischen Regimes ist widersprüchlich. Einerseits zwingt sie die expansionistisch-aggressive Politik Israels ihnen selbst gegenüber zur Unterstützung des palästinensischen Volkes, andererseits haben sie aber kein Interesse daran, die Kontrolle über das palästinensische Volk an die PLO abzugeben.
Diesen Umstand versucht der US-Imperialismus und die Zionisten auszunutzen und die PLO vor allem den jordanischen König Hussein und Ägypten gegen die PLO auszuspielen.
Entsprechend heckte Kissinger mit Sadat und Hussein einen Plan aus, der der PLO den Alleinvertretungsanspruch absprach und Hussein ein Recht auf die Vertretung der Palästinenser geben sollte.
Das folgende Interview wurde geführt mit Yasser Abed Rabbo, Vorsitzender der Informationsabteilung der PLO und Mitglied des Politbüros der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (FDLP). Es fand einen Tag vor der UNO-Sitzung, auf der die PLO die gerechten Ziele des palästinensischen Volkes darlegte, statt. Das Interview wurde von H.J.Hager und H.Leberl gemacht, den Mitgliedern einer Delegation des KBW, die sich einige Zeit auf Einladung der FDLP hin im Libanon aufhielt.

Welche Taktik schlug die PLO ein, um den Kissinger-Plan zum scheitern zu bringen?

Der amerikanisch-israelische Plan, die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu liquidieren und die PLO als Repräsentantin des palästi- PLO als Repräsentantin des palästinensischen Volkes loszuwerden, dieser Plan hing hauptsächlich von lokalen, reaktionären und rechten Regierungen in der arabischen Welt ab. Das von König Hussein Jordanien und Sadat, Präsident Ägyptens verfasste Kommunique zeigte das Vorgehen im einzelnen.
Wir haben diesen Rückzieher der ägyptischen Regierung erwartet. Er entsprach der Linie, die sie seit dem Oktoberkrieg gegenüber dem US-Imperialismus verfolgte. So konnten wir sofort darauf reagieren, was sehr wichtig war. Sadat hat damit nicht gerechnet und gehofft, uns durch verbale Beschwichtigungen hinhalten zu können.
Die PLO lehnte diesen Plan sofort ab und mobilisierte die palästinensischen Massen insgesamt gegen ihn.
Die verschiedenen nationalen Kräfte in der ganzen Welt, sogar einige arabische nationalistische Regierungen, z.B. Syrien, Algerien, Lybien und die sozialistischen Länder unterstützten die Position der PLO. All diese Kräfte zwangen Sadat nach 2 Monaten zum taktischen Rückzug. Von Vertretern taktischen Rückzug. Von Vertretern Syriens, Ägyptens und der PLO konnte so in Kairo ... ein Kommunique unterzeichnet werden, das die Position Sadats zurückwies und die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes und sein Recht auf die Errichtung eines eigenen unabhängigen nationalen Staates auf allen von der israelischen Besatzung befreiten Gebieten erneut bestätigte.

Diese Entwicklung führte zur Konferenz von Rabat. Sie hat gezeigt, daß die reaktionären arabischen Kräfte isoliert und zum Rückzug gezwungen werden können. Das palästinensische Volk, die PLO, die arabischen Massen und die nationalen und progressiven und demokratischen Kräfte haben eine große Macht in ihren Händen und können auf die reaktionären und rechten Kräfte einen bedeutenden Druck ausüben und sie zumindest zeitweilig zum Rückzug zwingen.

Was bedeutet das Ergebnis der Gipfelkonferenz von Rabat?

Kissingers Hauptziel bei seinem vorletzten Besuch bei arabischen Regierungen war, die Konferenz in Rabat zur Akzeptierung seines Planes zu bringen: Dessen Hauptpunkt war, König Hussein von Jordanien die Autorität zu geben, über palästinensisches Gebiet zu verhandeln, um das palästinensische Volk und die PLO zu isolieren. Er übte großen Druck auf verschiedene arabische Regierungen aus. Bei der Konferenz in Rabat war sein Geist überall zu spüren. Sie sollten Druck ausüben, damit die PLO Hussein bevollmächtigt, über die Rückgabe besetzten Gebietes, besonders der Westbanks im Namen der PLO zu verhandeln. Dafür sollte Hussein die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes anerkennen.
Das palästinensische Volk und die PLO haben dieses Manöver zur Durchsetzung des amerikanisch-israelischen Plans erkannt und entschieden zurückgewiesen. Die feste Haltung der PLO hat allen klar gemacht, daß alle diese Rezepte illusionär und erfolglos sein werden und daß die PLO sich zurückziehen wird, wenn ihr Standpunkt nicht voll akzeptiert wird. Das hätte das Ende der reaktionären Träume der arabischen Solidarität bedeutet, auf denen Kissingers Plan basiert. Da klar war, daß die Konferenz wohl ohne Hussein, nicht aber ohne die PLO weitergehen würde, wurde der Standpunkt der PLO akzeptiert, sogar von König Hussein.
So führte die Konferenz zu einem großen Erfolg. Natürlich wissen wir, daß König Hussein und die rechten Elemente in der arabischen Welt sich nur vorübergehend dem Sturm unterwarfen. Aber dieser Sieg ist eine politische Waffe in der Hand des palästinensischen Volkes. Wenn es sie nicht richtig nutzt, werden die Reaktionäre erneut versuchen, ihren Plan durchzusetzen. Sie hoffen auf den Druck der US-Regierung, der andere Regierungen zwingen sollte, von den Ergebnissen von Rabat abzugehen, sie hofften darauf, daß sie erklären, die Ergebnisse der Rabat-Konferenz würden eine Lösung blockieren. Hussein erwartet derartige Maßnahmen in naher Zukunft. Deshalb ist es wichtig, daß wir die jetzigen Ergebnisse zu einer unumstößlichen Tatsache machen, die niemand mehr liquidieren kann. Aus diesem Grund stehen uns in den nächsten Monaten einige wichtigen politische Schritte bevor.
Eine der Hauptaufgaben ist die Proklamation der Provisorischen Regierung Palästinas und des Staates Palästina. Diese Schritte werden uns in die Lage setzen, alle israelisch-amerikanischen Manöver und Einkreisungsversuche der reaktionären und rechten arabischen Kräfte zu vereiteln und die nationale Existenz des palästinensischen Volkes und der PLO zu einer unumstößlichen Wirklichkeit zu machen.

Worauf zielte Kissingers jüngste Reise ab?

Kissinger erwartete die Ergebnisse von Rabat nicht. Er erwartete den Erfolg seines Planes. Aber das war eine der weiteren Illusionen des US-Imperialismus, selbst wenn Kissingers Computer gut kalkuliert, den Faktor der wachsenden Bewegung der Massen kann er nicht in Rechnung stellen Genau aus diesem Grund war das Ergebnis von Rabat ein großer Schlag für ihn. Wieder einmal kam Kissinger um für seinen Plan zu kämpfen, der die Resolution von Rabat liquidieren und Jordanien ein Recht auf Vertretung des palästinensischen Volkes geben sollte. Wiederum wollte er bilaterale Lösungen finden zwischen Ägypten und Israel. Aber was er erreichte war nichts. Hussein war vollständig isoliert und unfähig, Kissingers Plan zu verfolgen. Die palästinensische Sache hatte eine große Massenbewegung selbst in Jordanien und Ägypten ausgelöst, wie auch in den besetzten Gebieten. Hussein, die wichtigste Karte Kissingers, ist derzeit nicht einsetzbar.
Die ägyptische Regierung kann den demütigenden Bedingungen Israels nicht zustimmen, sie kann keine Verpflichtung gegen einen weiteren Krieg eingehen, wenn Israel dafür nur 25 km des besetzten ägyptischen Landes freigeben will, was sogut wie nichts ist. Die ägyptischen Massen und Soldaten bis zu den Offizieren üben Druck gegen eine solche Regelung aus, Sadat kann sich deshalb auf Kissinger nicht einlassen. Kissingers gespielter Optimismus soll nur seine leeren Hände verdecken.
Vielleicht bildet er sich ein, einen Erfolg in der Erdölfrage erzielt zu haben. Saudi-Arabien versprach ihm den Ölpreis zu senken, aber unmittelbar darauf erklärten der Irak, Algerien und andere Länder, daß sie dem Druck der US-Rgierung im Interesse der Ölmonopole nicht nachgeben werden.
Auch hier erzielte Kissinger keinen echten Erfolg, was sogar sein persönliches Schicksal in den USA selber bedrohen wird, vielleicht sogar sehr bald.

Welche Bedeutung hat für Euch die Vollversammlung?

Die UNO-Resolution, die in den nächsten Tagen verabschiedet werden soll, wird auf zwei grundlegenden Punkten basieren: Anerkennung der PLO als alleiniger Vertretung des palästinensischen Volkes und zweitens die Anerkennung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechtes auf Errichtung seines nationalen eigenständigen Staates auf seinem Heimatland sowie das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihr Heimatland. Im Augenblick ist die Situation für eine derart konkrete Resolution sehr günstig. Die imperialistischen Mächte üben Druck aus für eine allgemeine, vage Resolution der UNO, z.B. schlugen uns die britischen Imperialisten eine Resolution vor, die eine allgemeine Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung enthält ohne konkrete Festlegung, was das bedeutet. Wir lehnten natürlich ab.
Wenn 105 Staaten sich für das Auftreten der PLO in der UNO aussprachen, erwarten wir, daß sich noch mehr für unsere Resolution aussprechen. Selbst bestimmte imperialistische Mächte in Westeuropa nehmen unter dem Druck verschiedener Länder in Afrika, Asien und selbst Amerika andere Pos'tionen als der US-Imperialismus ein, um ihre Interessen sichern zu können.
Hierin zeigt sich eindeutig, daß das Kräftegleichgewicht in der Welt sich gegen den US-Imperialismus zugunsten der Befreiungsbewegungen verschoben hat. Selten war der US-Imperialismus derart vollständig isoliert, wie bei der PLO-Abstimmung in der UNO. In der ersten Abstimmung wurden die USA nur von Israel selbst und zwei lateinamerikanischen Ländern unterstützt. Sie werden jetzt noch weniger Unterstützung finden.

Die UNO-Resolution wird eine wichtige Waffe sein, die es erlauben wird, einen weiteren Schlag gegen den US-Plan zu führen, die Palästina- und Mittelostfrage zu lösen ohne die Rechte des palästinensischen Volkes zu respektieren.

Wie wird sich die PLO zur Genfer Konferenz verhalten?

Wir lehnen die Resolution 242 des Exekutivkomitees, die das Palästinaproblem als Flüchtlingsproblem behandelt, ab. Sie wurde 1967 gefaßt, als die Machtverhältnisse anders waren, die arabischen Staaten hatten gegen Israel einen Krieg verloren. Heute ist das anders.

Wir haben zwei Bedingungen für unsere Teilnahme in Genf: 1. daß die Genfer Konferenz die palästinensische Delegation als selbständige Delegation akzeptiert und die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes. Wenn die Genfer Konferenz die UNO-Resolution als Grundlage für die Diskussion und das Recht des palästinensischen Volkes auf die Errichtung seines nationalen, unabhängigen Staates und das Recht der Flüchtlinge, heimzukehren, anerkennt, werden wir teilnehmen, sonst nicht.

Was sind Eure nächsten Kampfschritte auf internationaler Ebene?

Unser militärischer, politischer und Massenkampf wird sich jetzt sehr rasch und unter sehr entwickelten Umständen in den besetzten Gebieten entfalten können, außerhalb Israels und unter den Flüchtlingen. Wir sind nun eher in der Lage, eine palästinensische provisorische Regierung zu bilden. Sie wird alle nationalen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte innerhalb des palästinensischen Volkes und alle nationalen Schichten umfassen. Durch sie wird die PLO gestärkt, die die nationale Front des palästinensischen Volkes repräsentiert.

Die Manöver Husseins werden vollständig isoliert werden können. Die hauptsächlichen politischen Schritte werden hier in allernächster Zeit eingeleitet. Andererseits werden wir uns auch auf die Schaffung unseres nationalen unabhängigen Staates konzentrieren. Wir sind aber der Meinung, daß, solange die Zionisten die jüdischen Massen beherrschen, der bewaffnete Kampf gegen die Zionistenclique für das gemeinsame Interesse der jüdischen, der palästinensischen und der arabischen Massen.

Unser Ziel ist weiterhin, ein vereinigtes, demokratisches Palästina zu schaffen, in dem die jüdischen und palästinensischen Massen zusammenleben können auf gleicher Basis. Diese Errungenschaften dienen nicht nur den Interessen des palästinensischen Volkes sondern auf lange Sicht gerade auch dem jüdischen Volk selber. Die Zionistenherrschaft wird für das jüdische Volk nur weitere Katastrophen, weitere Kriege, weiteres Blutvergießen bedeuten. Eine Lösung gibt es nur un einem vereinigten demokratischen Staat. Der wichtigste Schritt dahin ist die Selbstbestimmung unseres palästinensischen Volkes. Sie und die Schaffung eines selbständigen Staates wird dazu beitragen, brüderliche Beziehungen zwischen palästinensischen und jüdischen Massen in Palästina zu schaffen.

Wie wird sich Euer Verhältnis zu Hussein weiter gestalten?

Wie zu jeder anderen arabischen Regierung, aber es gibt ein weiteres besonderes Problem. Die Mehrheit unserer Massen lebt in Jordanien. Die Konferenz in Rabat hat König Hussein das Recht abgesprochen, unsere palästinensischen Massen zu vertreten, nicht nur die auf den Westbanks sondern auch die in Jordanien.

Hussein will einerseits Israel und den USA helfen, nicht den Palästinensern in ihrem Kampf um die Heimat. Aber auf der anderen Seite ist es jetzt unser Recht, als palästinensische Revolutionäre nach Jordanien zurückzukehren und uns in Jordanien frei gegen die zionistische Besetzung zu bewegen. Hussein muß erlauben, entsprechend der Kairoer Verträge von 1970 in Jordanien frei militärisch, politisch und unter den Massen gegen die israelische Besetzung zu operieren. Solange Hussein das nicht erfüllt, die PLO nicht anerkennt und ihre Anwesenheit unter den Massen, in den Lagern, Dörfern, Städten und die Anwesenheit von Truppen der PLO an der Grenze zu Israel nicht akzeptiert, erfüllt er die Beschlüsse von Rabat nicht. Von ihm die Einhaltung zu erkämpfen ist unser nächstes Ziel.

Was geschieht, um Eure Delegation in der UNO zu unterstützen?

Der diplomatische Kampf ist nur eine Form des Massenkampfes, er ist nicht isoliert von den Massen. Deshalb erklären wir unseren Massen die Ziele, die wir in der UNO verfolgen und vereinigen unser ganzes Volk um diese Ziele, deshalb initiieren wir Massenaktionen überall in den besetzten palästinensischen Gebieten und außerhalb. Z.B. werden am 13. November Fackelzüge stattfinden, Demonstrationen. In den besetzten Gebieten werden die politischen Gefangenen in einen Streik treten und die Ziele der PLO erklären. Überall werden Streiks für die PLO organisiert, auch in den besetzten Gebieten. Dadurch wird am Tag des Auftritts der palästinensischen Delegation in der UNO das ganze Volk einheitlich um das eine Ziel und die eine Führung vereint sein. Gleichzeitig ist es eine gute Gelegenheit, die Ziele selbst den Massen noch besser zu erklären, mehr und mehr Massen um unser Programm zu mobilisieren und alle reaktionären, rechten und opportunistischen Kräfte weiter zu isolieren. Gleichzeitig lernen unsere Kader in den verschiedenen Organisationen noch besser, alle Formen des Massenkampfes zu koordinieren und auf ein einheitliches Ziel hin zusammenzufassen.

Diese Lehre ist für alle weiteren Kämpfe von großer Bedeutung für unsere Volksmassen.

‚Iran-Woche' des Schah-Regimes

Ab dem 2. Dezember bittet das Schah-Regime die Spitzen der westdeutschen Gesellschaft zu einer Iran-Woche in die teuersten Hotels von Bonn, Köln, München und Frankfurt. Es soll dort aufgefahren werden, was Küche und Keller des Schahs hergeben. Die erlesensten Köstlichkeiten des Landes, vom Schah-Regime aus den Mühen und dem Schweiß der iranischen Arbeiter und Bauern herausgepreßt, sollen den Spitzen der westdeutschen bürgerlichen Klasse samt ihrem Politiker- und Journalistentroß vorgesetzt werden. Der Schah gibt ihnen ein Gelage, um die Geschäftsbeziehungen zu pflegen und sich mit den natürlichen Reichtümern und den Produkten der Arbeiter und Bauern des Irans in die europäische Hochfinanz besser einkaufen zu können.

Die westdeutschen Imperialisten fördern diese Feierlichkeiten aus ganzem Herzen. Zusammen mit den US-Imperialisten wollen sie den Iran in Abhängigkeit halten, weiter an der Ausbeutung und Unterdrückung des iranischen Volkes profitieren und das Schah-Regime für ihre Interessen gegen die arabischen Völker gebrauchen.

Die Föderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik und Berlin will sich anläßlich dieser geschlossenen Gesellschaften zwischen den Vertretern des Schah-Regimes und den Spitzenlumpen der westdeutschen Gesellschaft in einer breiten Aufklärungsarbeit an die arbeitenden Massen in Westdeutschland wenden, um Kenntnisse über die Verhältnisse im Iran zu verbreiten. Vom 21. bis 29. November sollen in folgenden Städten Aufklärungsstände und Veranstaltungen stattfinden: Hamburg, Münster, Osnabrück, Köln, Darmstadt, Saarbrücken, Trier, Stuttgart, Lage/Lippe, Hannover, Rheydt, Kiel, Gießen, Braunschweig, Heidelberg, Clausthal, Frankfurt, Bonn, Mainz, Reutlingen, Aachen, Dortmund, Bochum, Würzburg, Krefeld, Erlangen, Göttingen, Freiburg, München, Karlsruhe, Konstanz und Westberlin. Für den 30. November ruft die Föderation Iranischer Studenten zu einer Demonstration in Köln auf. Und am 3. Dezember führt die Föderation Iranischer Studenten eine Gegenveranstaltung zur "Iran-Woche" Schah Rezas des Blutigen" durch. Die Ortsgruppe des KBW wird die Demonstration und die Veranstaltung in Köln unterstützen. –W.M.–



Das palästinensische Flüchtlingslager Nabatieh im Libanon. Das obere Bild zeigt das Lager nach seiner Fertigstellung 1959. Das untere Bild zeigt das Lager nach dem Bombenangriff der Israelis am 16.5.1974. Am 12.11. flogen die Israelis einen neuen Angriff und zerstörten alle heilgebliebenen oder bereits wieder aufgebauten Häuser. (Die Bilder sind von einer UNO-Kommission.)



Das jordanische Hussein-Regime geht gegen die Palästinenser vor.

Nach seiner Niederlage auf der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat versucht Hussein mit allen Mitteln seinen Thron in Ostjordanien zu retten. Hunderte von Palästinensern und demokratisch gesinnten Jordaniern sind aus der Verwaltung und aus der Armee entlassen worden. Gerade in der Armee ist es seit dem Oktober-Krieg zu mehreren Meutereien gekommen, da sich Hussein damals geweigert hat, an dem Krieg teilzunehmen und seit Ende des Krieges alles drangesetzt hat, um mit Israel ein Seperatabkommen zu schließen.

Bei seinem letzten Besuch in Amman hat Kissinger längere Zeit mit Husseins Bruder al-Hassan verhandelt. al-Hassan ist nach der Einschätzung des US-Imperialismus besser in der Lage, die 'Jordanisierung' der Armee und ihre Säuberung durchzuführen. D.h. daß der US-Imperialismus jetzt schon den Sturz Husseins plant.

Aktionen gegen den israelischen Unterdrückerstaat

In Tel Aviv wurde von einer Einheit der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (FDLP) ein Gebäude gesprengt, in dem mehrere Journalisten wohnen, die durch ihre Verbindungen zum israelischen Geheimdienst und ihre Hetzartikel gegen den Kampf des palästinensischen Volkes bekannt geworden sind.

In Tulkarem hat eine Einheit der FDPLP das israelische Arbeitsvermittlungsbüro in die Luft gesprengt. Die Funktion dieser Büros ist, den Kapitalisten billige Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten zu beschaffen (Ein palästinensischer Arbeiter bekommt nur 1/3 des Lohns, den ein israelischer Arbeiter erhält!)

Seit Beginn der Konferenz von Rabat hat Israel den Ausnahmezustand in allen besetzten Gebieten erklärt.

Aktionen zur Unterstützung der UNO-Delegation der PLO

Mit Massendemonstrationen, Fackelzügen und Streiks feierte das palästinensische Volk am 13. November den Auftritt der PLO in der UNO und gab ihrer Delegation massenhafte Unterstützung.

In den besetzten Gebieten wurden von der palästinensischen Bevölkerung Streiks durchgeführt.

Die politischen Gefangenen in Israel führten gleichfalls Streiks durch und benutzten diese, um in den Gefängnissen über die PLO und ihre Ziele aufzuklären.

In Beirut wurde am 13. November in allen Lagern der Palästinenser gestreikt, die Läden waren geschlossen, die Studenten der drei Universitäten, der arabischen, der libanesischen und der amerikanischen Universität führten einen Streik durch und Veranstaltungen mit mehreren Tausend Teilnehmern.

Am 13. fanden im Libanon in Beirut, Tripoli und Saida Demonstrationen der Palästinenser statt. In Beirut beteiligten sich daran etwa 5 000 Menschen. Auf der Kundgebung erklärte Abd–Rabbo (FDLP), mit dem auch das Interview auf Seite 14 gemacht wurde:

"Die Palästinenser feiern diesen Tag auf ihre Weise, als nationales Fest. Tausende Gefangene in den besetzten Gebieten streiken heute, um die Führer der palästinensischen Revolution zu unterstützen. In Gaza, Ramallah, Cisjordanien zeigt der heute organisierte Streik, daß das palästinensische Volk nicht gespalten werden kann. Wenn heute Abou-Ammar vor der UNO spricht, wird jedes seiner Worte getragen vom Blut unserer Märtyrer, durch die Leiden unserer Gefangenen, durch den heroischen Willen der palästinensischen Männer und Frauen, die in Jerusalem, in Gaza und überall den Widerstand fortsetzen und den Kampf entwickeln, um eine nationale Basis zu errichten und das Land Palästina wieder zu befreien."

Die Rede Arafats vor der UNO

Die Gerechtigkeit einer Sache ist die Grundlage für das Recht zum Kampf

Der Präsident der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, eröffnete unter donnerndem Beifall und mit allen Ehren, die einem Präsidenten zustehen, die Palästina-Debatte in der UNO. Es war das erste Mal, daß vor der UNO der Vertreter eines Volkes sprach, ohne Mitglied der Weltorganisation zu sein. Das ist ein Ereignis von historischer Bedeutung.

Im folgenden drucken wir Auszüge aus der Rede. Die Überschriften sind von der Redaktion. Der Text ist aus dem Französischen übersetzt nach der Tageszeitung "Le Monde" vom 15.November 1974.

Arafat forderte die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf, das palästinensische Volk in seinem Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen und ihm zu helfen, damit es "zurückkehren kann in sein Vaterland aus einem unfreiwilligen Exil, in das es gezwungen wurde durch die Gewalt der Waffen, durch Tyrannei und Unterdrückung". "Ich rufe Sie auf", sagte Arafat zu den Delegierten, "damit Sie unser Volk in den Zustand versetzen, daß es seine nationale und unabhängige Souveränität auf seinem eigenen Gebiet errichten kann. .. Ich bin hierher gekommen und habe einen Olivenzweig mitgebracht und die Waffe eines Freiheitskämpfers. Lassen Sie den Olivenzweig nicht aus meiner Hand fallen. Der Krieg ist in Palästina ausgebrochen, nur in Palästina wird der Friede geboren."

Das Ziel: ein einziger demokratischer Staat Palästina

Einen großen Teil der Rede nahm das Verhältnis des palästinensischen Volkes zu den Juden in einem zukünftigen Staat Palästina ein. Als einen wichtigen Schritt auf dem Weg dorthin bezeichnete Arafat die Errichtung einer palästinensischen nationalen Autorität auf allen Gebieten, die den israelischen Besatzern entrissen werden. Arafat erklärte:

"Wir laden die Juden ein, aus ihrer moralischen Isolation herauszutreten. (. . .) Wir werden die beste aller Lösungen finden. Das ist eine Lösung, in deren Rahmen wir zusammenleben können, unter einem gerechten Frieden, unter einem einzigen demokratischen Staat Palästina. Das ist ein Staat, in dem es in gleicher Weise Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Fortschritt gibt für Christen, Juden und Moslems. In meiner Eigenschaft als Präsident der PLO erkläre ich hier feierlich, daß wir nicht wünschen, daß ein einziger Tropfen Blut vergossen wird, sei es arabisches oder jüdisches Blut. Ebensowenig freuen wir uns über das Töten. Damit wäre sofort Schluß, wenn einmal ein gerechter Friede errichtet würde, der sich auf die Rechte, die Hoffnungen und die Wünsche unseres Volkes stützt."

Der Zionismus ist der Feind des palästinensischen Volkes und der Juden

Daran anschließend hat Arafat den Zionismus scharf angegriffen und herausgestellt, daß der Kern der zionistischen Ideologie Rassismus ist. Arafat stellte überzeugend dar, daß die palästinensische Revolution die Befreiung der Juden mit einschließt:

"Im Kern des Zionismus besteht latent ein Rassismus gegen die Ostjuden. Während wir scharf die Verbrechen des Nazi-Regimes an den Juden verurteilen, schienen damals die zionistischen Führer mehr Sorge zu tragen, diese Verbrechen auszunutzen für ihre eigenen Ziele: die Einwanderung nach Palästina.

Die palästinensische Revolution ist zu keiner Zeit – auch nicht am Anfang – von rassistischen oder religiösen Zielen getragen worden. Ihre Zielscheibe ist niemals der Jude als Individuum gewesen, sondern vielmehr der rassistische Zionismus und die offene Aggression.

In diesem Sinne ist unsere Revolution auch eine Revolution für die Juden als menschliche Wesen. Wir kämpfen, damit Juden, Christen und Moslems in Gleichberechtigung zusammenleben können, damit sie dieselben Rechte und dieselben Pflichten haben ohne rassische oder religiöse Diskriminierung."

Der PLO-Chef warnte eindringlich vor der steigenden Gefahr, die von dem Zionismus ausgehe für das palästinensische Volk, für die Juden selber in der ganzen Welt und überhaupt für Frieden und Sicherheit. "Denn", so fuhr Arafat fort, "der Zionismus ermutigt den Juden auszuwandern aus seinem Vaterland, und er gibt ihm eine künstliche Nationalität. Die Zionisten verfolgen ihre Terror-Aktivitäten, obwohl diese sich längst als wirkungslos erwiesen haben."

Den Schlußpunkt setzte Arafat, indem er die Palästina-Frage einordnete als Frage des Kolonialismus und der Unterdrückung der Völker. Er erklärte dazu: "Die zionistische Bewegung ging direkt zusammen mit dem Kolonialismus in der Welt im gemeinsamen Angriff auf unser Land."

Der Präsident der PLO stellte dar, wie die jüdische Invasion am Ende des vorigen Jahrhunderts (1881) erfolgte, zu einem Zeitpunkt, "wo Palästina ein blühendes Land war, hauptsächlich von Arabern bevölkert, die im Begriff waren, ihr eigenes Leben aufzubauen und ihre eigene Kultur zu entwickeln". Die Teilung Palästinas, die von der UNO 1947 beschlossen wurde, geschah "in einer vergifteten Atmosphäre, die gekennzeichnet ist durch zweifelhafte Aktionen und starke Pressionen".

Wer sind die Terroristen?

Zuvor war Arafat auf den Vorwurf eingegangen, die PLO sei eine Organisation von Terroristen: "Alle, die uns Terroristen nennen, wollen die Welt daran hindern, daß sie die Gerechtigkeit unseres Ziels feststellt, daß sie die Wahrheit in den Zügen unserer Gesichter erkennt. Diese Leute wollen den terroristischen und tyrannischen Charakter ihrer eigenen Handlungen verbergen und die Tatsache, daß wir uns in einer Lage der Selbstverteidigung befinden. Der Unterschied zwischen einem Revolutionär und einem Terroristen besteht darin, weshalb sie kämpfen.

Jene Leute bekämpfen die gerechten Ziele, sie führen einen Expansions- und Kolonialkrieg und unterdrücken andere Völker, die dann Terroristen sein sollen. Die Handlungen dieser Leute müssen verurteilt werden. Und sie müssen als Kriegsverbrecher bezeichnet werden. Die Gerechtigkeit einer Sache ist die Grundlage für das Recht zum Kampf."

"Die kleine Zahl der palästinensischen Araber, die 1948 nicht von den Zionisten vertrieben worden sind, sind heute Flüchtlinge in ihrem eigenen Land. Die israelischen Gesetze haben sie zu Bürgern zweiter Klasse gemacht. Sie sind in jeder Weise der rassischen Diskriminierung unterworfen, nachdem man ihren Grund und Boden und ihr Eigentum konfisziert hat. Jene, die die israelische Führung unterstützen, begehen ständig Terrorakte gegen die Teile unseres Volkes, die unter der Besatzung auf dem Sinai oder auf den Golan-Höhen leben."

Als Arafat mit seiner Rede fertig war, brach ein Sturm der Begeisterung unter den Vertretern der Dritten Welt los; jeder wollte der erste sein und dem Präsidenten der PLO die Hand schütteln und damit die Solidarität der Völker gegen Zionismus und Imperialismus bekräftigen.

Was heißt Gleichberechtigung, Gleichheit, Gerechtigkeit

Arafat forderte Gleichberechtigung, Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit in einem demokratischen Staat Palästina ohne Diskriminierung für Christen, Juden und Moslems. Wie ist die Lage heute in Israel und in den besetzten Gebieten?

Gleichberechtigung – das heißt, daß 2,5 Millionen vertriebener Palästinenser, von denen der größte Teil elend in den Flüchtlingslagern lebt, das Recht bekommen müssen, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

Gleichheit heißt, daß dieser Staat kein Staat des Zionismus sein kann, wie es heute in der Verfassung steht.

Gerechtigkeit heißt die Beendigung der Militär- und Terrorherrschaft, unter der 1,5 Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten leben. Das heißt auch: Beendigung des Zustands der Rechtlosigkeit für die rund 400 000 Palästinenser in Israel selber.

Ohne Diskriminierung – das heißt auch die Freilassung von über 20 000 politischen Gefangenen, von denen 17 000 noch nicht einmal ein Gerichtsverfahren erhalten haben.

Willkür und Unterdrückung durch die Militärgesetze in Israel

Diese Gesetze erlauben willkürliche Verhaftungen, Beschlagnahmung, Deportation und ähnliches, ohne daß die Betroffenen die Möglichkeit hätten, Einspruch zu erheben. Jeder Ortswechsel z.B. muß von den Militärs durch Passierscheine genehmigt werden.

Artikel 109 der Militärgesetze beispielsweise sieht so aus:

Reisen von einem Ort zum anderen müssen vom Militärgouverneur genehmigt werden:

a. Über die Reise muß Bericht erstattet werden.

b. Während der Reise darf man nur das bei sich tragen, was der Gouverneur gestattet.

c. Die Kontaktaufnahme zu anderen Menschen bedarf der Genehmigung.

d. Die Annahme von Arbeitsplätzen und die Herausgabe von Zeitschriften usw. bedarf ausdrücklicher Genehmigung.

Spendenkonto

Landrover für Zimbabwe (ZANU)
Volksbank Mannheim
Konto Nr. 10 683 26



9. bis 14. November 1974

B.W., Göttingen	400,00 DM
ASG, Kiel	300,00 DM
E. und R.St., Buchen	100,00 DM
G.H., Paderborn	30,00 DM
R.-G.G., Bensheim	10,00 DM
H.-J.F., Mühlheim	134,00 DM
P.H., Osnabrück	50,00 DM
A.H., Freiburg	100,00 DM
SG des KBW, Landau	31,00 DM
P.Sch., Mannheim	15,00 DM
U.W., Castrop-Rauxel	220,00 DM
M.W., Westberlin	100,00 DM
Soldaten- und Reservisten-Komitee Freiburg	45,00 DM
H.O., Kiel	200,00 DM
M.Kn., Dortmund	100,00 DM
SV1-Seminar, Hannoversch-Münden	175,29 DM
St.H., Heidelberg	20,00 DM
G.Zu., Frankfurt	50,00 DM
M.F., Hochheim	30,00 DM
R.Sch., Kiel	200,00 DM
H.-D.St., Frankfurt	50,00 DM
SG des KBW Neuss	250,00 DM
K.L., Viersen	20,00 DM

Kampf für Kindertagesstätten

Zum Protest gegen die Politik des Frankfurter Magistrats machten die Kitas ein Kinderfest.

Am 14.11. fand im Frankfurter "Römer" eine Stadtverordnetenversammlung statt, auf der unter anderem über den "neuen Kurs" in den 20 Frankfurter Kitas (Kindertagesstätten, vgl, KVZ Nr.24) beschlossen wurde. Der "neue Kurs" bedeutet: drastische Verschlechterung der Erziehungsbedingungen der Kinder durch Überbelegung der Häuser bei Beibehaltung von zu wenig Personal. Die Mitarbeiter des Projekts hatten dagegen den Protest erhoben. Jetzt ergriffen auch zahlreiche Eltern die Initiative und meldeten sich zu Wort.

Auf einer Elternvollversammlung am 12.11. hatten die Eltern beschlossen, in der Stadtverordnetenversammlung eine Resolution mit ihren Forderungen vorzulegen. Weiter beschlossen sie, ein Kinderfest auf dem Römerberg durchzuführen, zu dem alle Kitas eingeladen wurden. Die einstimmig beschlossenen Forderungen der Eltern waren:

1. Verankerung der Eltern-Mitbestimmung in der Sondergeschäftsanweisung
2. Beibehaltung der 'Kleinen Gruppe' (15 Kinder) mit zwei ständigen Bezugspersonen während der Kernzeit
3. Verwirklichung der wissenschaftlichen Begleitung und fachlichen Beratung
4. Aufrechterhaltung der Team-Arbeit und dafür 4 Stunden Zeit für jede Bezugsperson pro Woche
5. Durchschnittlich 3 Stunden wöchentlich für die Elternarbeit jeder Bezugsperson
6. Verbesserung der Bedingungen für die Kinder auch in den anderen Kindertagesstätten.

Am Morgen des 14.11. erhielt jeder Kita-Mitarbeiter ein Schreiben des Schuldezernenten Professor Rhein, in dem darauf hingewiesen wurde, daß der Dienst in den Kitas an diesem Tag – wie üblich – aufrechtzuerhalten sei, daß Schulamtsvertreter dies am Nachmittag durch Besuche in den Kitas überprüfen würden und ein Nichteinhalten der Anordnung gegebenenfalls zu "arbeitsrechtlichen Konsequenzen" führen werde. Tatsächlich wurden diese Kontrollen dann auch durchgeführt.

Uns allen war zwar neu, daß Theaterbesuche mit den Kindern nicht Dienst sein sollten, dennoch trauten sich einige Kollegen aufgrund dieser massiven Einschüchterung dann doch nicht mehr auf den Römerberg, denn vor Kündigungen müssen im Projekt viele sich deshalb besonders fürchten, weil sie keinen Erzieher-Abschluß haben.

Außerdem erhielten einige Kitas auf Anfrage im Schulamt die Auskunft, der Brief "bedeute", man dürfe nicht zu dem Kinderfest der Eltern gehen.

Dennoch versammelten sich gegen 14 Uhr mehrere hundert Kinder, Eltern und Erzieher vor dem Römer. Spiele, Kindertheater und Lieder wurden dargeboten. Doch nicht nur das. Um die fröhlich lärmenden Kinder herum schlichen mit Sprechfunk ausgerüstete zivile Polizisten, in der Nähe wurden einige Hundertschaften Bereitschaftspolizei aufgefahren und durch die Menge bewegten sich Bedienstete des Schulamtes, die mit Minox-Kameras jeden Erzieher fotografierten. Die Empörung darüber war sehr groß, einer der Fotografen hätte um ein Haar von aufgebrachten Eltern, Passanten und Erziehern Prügel bezogen, aber urplötzlich tauchten vier "Zivile" auf und gaben ihm Geleitschutz.

Als um 16 Uhr sich etwa 50 Eltern vor dem Römer versammelten, um in die öffentliche Stadtverordnetenversammlung zu gehen, sahen sie sich vor verschlossenen Türen. Polizisten in Uniform und Zivil standen vor sämtlichen Eingängen und auf den Treppen. Einige Eltern, denen es gelang, hineinzukommen, wurden mit Gewalt wieder rausgeschmissen. Nach langem Gerangele gelang es fünf Eltern dennoch, der Sitzung beizuwohnen. Jedoch mußten sie die Resolution, alle Taschen usw. zurücklassen. Die anderen standen erregt debattierend vor dem Portal und zogen dann wütend zum Haus der "Frankfurter Rundschau", um eine Presseerklärung abzugeben. Aber auch hier erst mal verschlossene Türen und später vage Zusagen, vielleicht "was zu bringen".

Die Stadtverordneten zogen ihre Beschlüsse durch, die Betroffenen standen draußen in der Kälte. Deutlicher konnten die bürgerlichen Politiker wirklich nicht machen, daß sie an Beschlüssen im Interesse des Volkes keinen Deut interessiert sind. Eine Mutter meinte voller Empörung: "Das sind ja Gestapo-Methoden".

Die Eltern und Kita-Mitarbeiter haben erneut und drastischer als bisher das wahre Gesicht dieser Volksvertreter gesehen und dabei sind sie der Notwendigkeit des eigenständigen Kampfes um ihre Interessen einen großen Schritt näher gekommen.



Versammlung der Kinder und Eltern vor dem Römer

Inzwischen hat der Schuldezernent Rhein bekanntgegeben, daß gegen die Kita-Mitarbeiter, die am Kinderfest teilgenommen hätten, arbeitsrechtliche Schritte eingeleitet würden. Die Eltern und Kita-Mitarbeiter werden diesen Angriff nicht tatenlos hinnehmen.

—H.K., Ffm—

treter gesehen und dabei sind sie der Notwendigkeit des eigenständigen Kampfes um ihre Interessen einen großen Schritt näher gekommen.

Inzwischen hat der Schuldezernent Rhein bekanntgegeben, daß gegen die Kita-Mitarbeiter, die am Kinderfest teilgenommen hätten, arbeitsrechtliche Schritte eingeleitet würden. Die Eltern und Kita-Mitarbeiter werden diesen Angriff nicht tatenlos hinnehmen. —H.K., Ffm—

An alle Kinder Mütter und Väter!...

...eigentlich hat das Fest einen traurigen Anlass: Ihr habt bestimmt schon von den Kitas gehört. Das sind Kindergärten, wo Kinder sich wohlfühlen und gut spielen können und ihnen bei den Aufgaben geholfen wird, während ihre Eltern arbeiten. Eigentlich müsste in den Kitas für alle Kinder Platz sein, aber statt neue zu bauen, will man jetzt die Kitas mit soviel Kindern vollstopfen, dass keiner dort mehr schön spielen kann.

Die Erzieher haben dann weniger Zeit für die Kinder und können nicht mehr soviel mit ihnen unternehmen, wie Ausflüge machen und Schwimmen gehen.

Findet ihr nicht auch, dass man sich das nicht gefallen lassen kann?

Weil die Leute, die in Frankfurt zu bestimmen haben, am Donnerstag im Römer über die Kitas entscheiden und die Kinder und die Eltern, die das am meisten angeht, gar nicht gefragt werden, treffen wir uns vor dem Römer und feiern, obwohl es gar nichts zu feiern gibt.

Kinder und Eltern aus Frankfurter Kitas

Achtung! Kinderfest: 14.11.74 14 Uhr, Römerberg Kindertheater & Musik...

ZUR KITA

STADTVERORDNETEN VERSAM

Protest gegen die Sendung "Ohr am Rohr" des Kinderfunks beim Südwestfunk

Insgesamt vier solcher Beschwerdebriefe schrieben die Kinder aus dem Haus der Jugend in Wiesbaden an die Redaktion "Kinderfunk" beim Südwestfunk. Zusammen mit Kindern und Jugendlichen aus dem Haus der Jugend in Mainz waren sie eingeladen worden zu Aufzeichnungen für die Sendung "Ohr am Rohr". Doch es wurde nicht die versprochene Kindersendung, sondern eine üble Mache der Sendungsleiter, des Herrn Ebel und der Frau Manescul. Sie spielten die beiden Kindergruppen gegeneinander aus, ließen die Kinder Fehler, die sie gemacht hatten, wiederholen, beschenkten einen Jungen mit einem Haufen Schokolade, den sie ihm dann wieder abnahmen, und brachten die Kinder immer wieder dazu, zu klatschen für eine Sache, die ihnen ganz und gar nicht gefiel.

Danach ließen die Kinder es nicht bei ihrem Ärger bewenden. Zurück in Wiesbaden, diskutierten sie, wie sie sich hätten dagegen wehren können. Zum Beispiel einfach dazwischenrufen. Einmal hatten sie auch dazwischengerufen, daß die Kinder selbst entscheiden sollten. Und so beschlossen sie dann einstimmig, Beschwerdebriefe zu schreiben, von denen wir hier einen abdrucken. Die Sendung wurde inzwischen gesendet – aber nicht der Protest dagegen.

Die Musik war für alte Omas. Die Schokolade abnehmen war richtige Scheiße und die Kinder von Wiesbaden durften nur klatschen für ihre. Der blöde Ansager sagte dauernd: klatscht, klatscht. Das Publikum wußte mache nicht was es ist. Die alte Oma von Hessen schrieb die Punkte falsch auf. Und damit wollen wir sagen daß wir nicht mehr in die Sendung kommen.

Einstimmig angenommen am 18.9.74 im Aktionsraum

Petra Rinker, Ingrid Feist, Patricia Rinker, Gudrun Feist

Schriften aus dem Buchvertrieb Offenbach